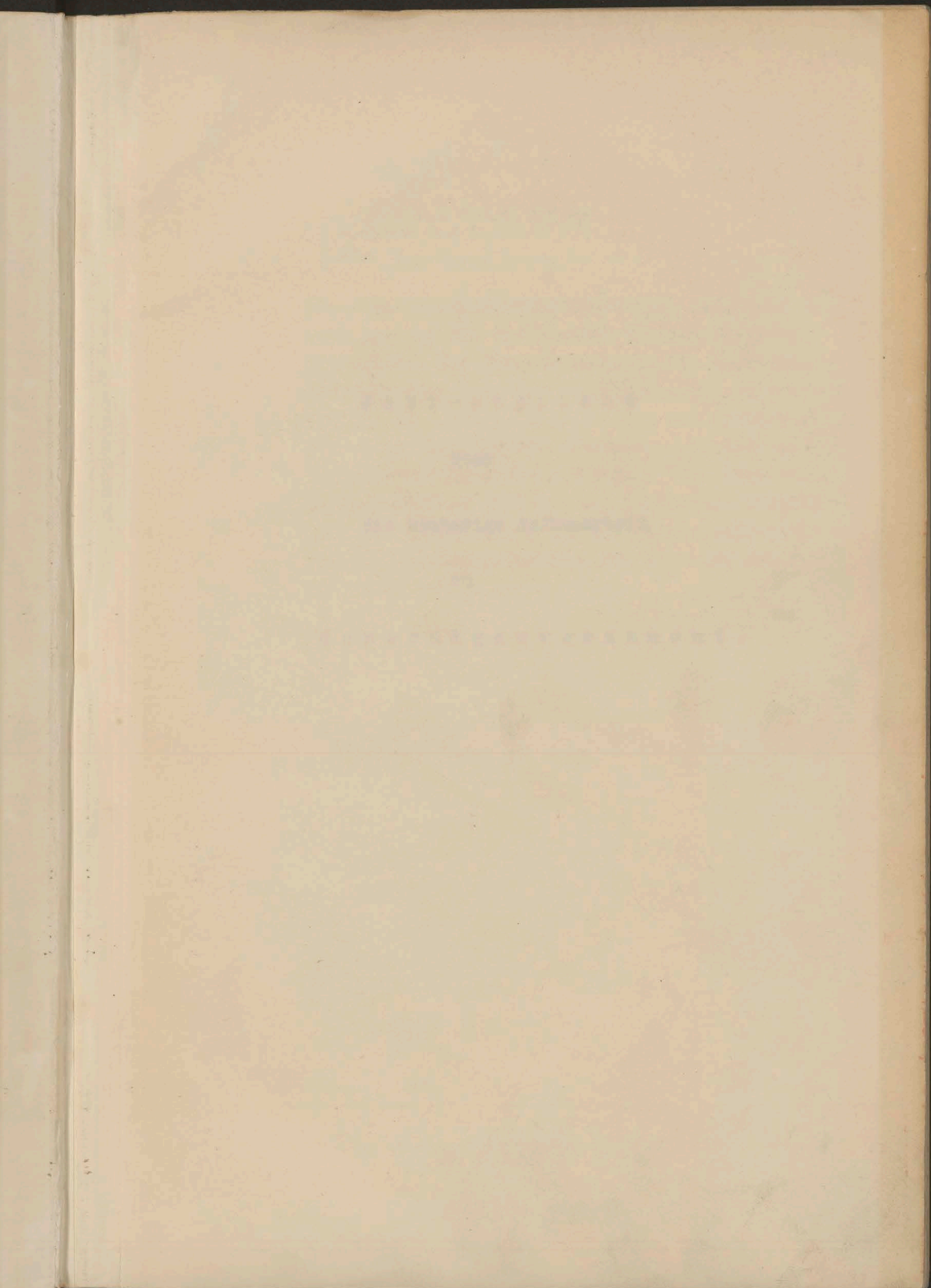
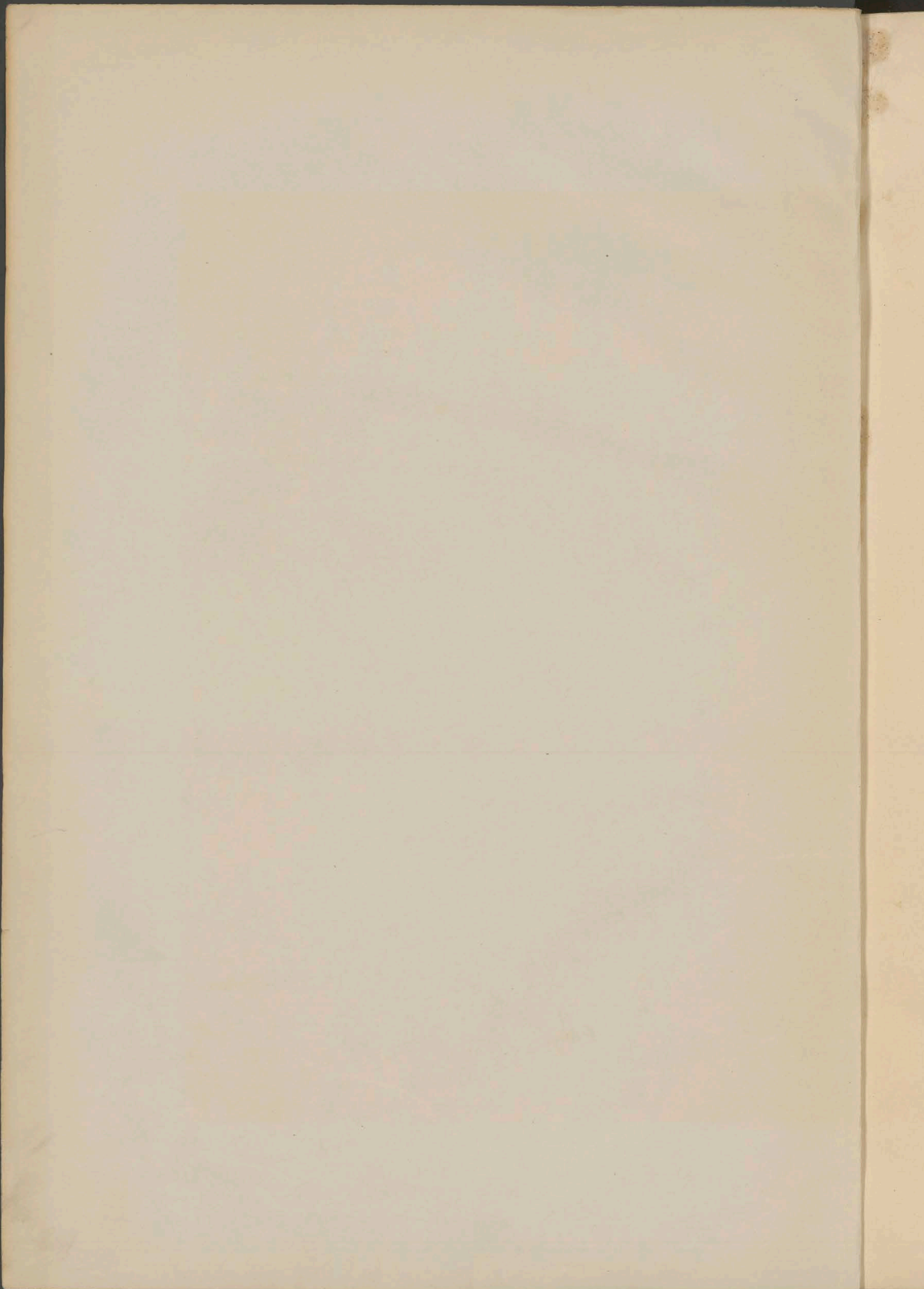


8839 III

Ark. 217/52





Opf

Vorbereitung

Der vorliegende Bericht dient zwei Aufgaben. Er soll zunächst die wichtigsten Glieder in Verwaltung des Generalgouvernements in ihren Jahresberichten veranschaulichen. Der Bericht soll er über den Sommerbericht zeigen die wichtigsten Ereignisse und Erfolge der Aufbaubarbeit im zweiten Halbjahr 1940 darstellen. Zudem soll er zusammen mit der kurzen Übersicht die bisherige Aufbaubarbeit der Administration aufzeigen, die über der Arbeit der neuen Administration steht.

Generalgouvernement.



Handwritten notes or signatures at the bottom of the page, including the number '11' and some illegible characters.

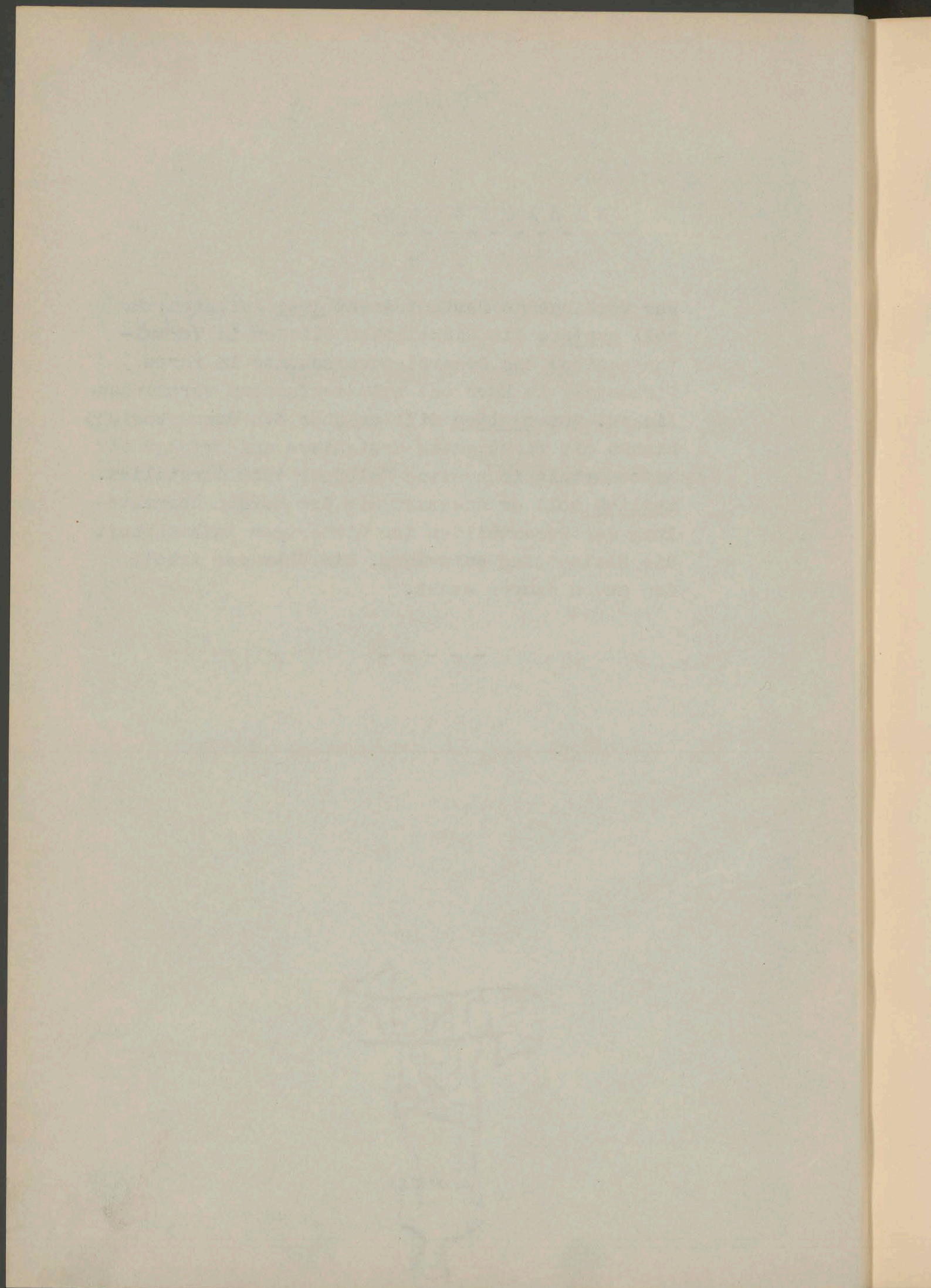


Lib. No. 5776 47

E i n l e i t u n g .

Der vorliegende Bericht dient drei Aufgaben. Er soll erstens die wichtigsten Glieder im Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements in ihrem Wirkungskreis kurz und zusammenfassend veranschaulichen. Zum zweiten will er über den Sommerbericht hinaus die wichtigsten Ereignisse und Erfolge der Aufbauarbeit im zweiten Halbjahr 1940 darstellen. Endlich soll er zusammen mit der kurzen Übermittlung des Gesamtbildes der bisherigen Aufbauarbeit die Zielsetzung aufzeigen, die über der Arbeit des neuen Jahres steht.

- VI. Wirtschaft
- VII. Arbeitsverhältnisse ----- Arbeitsbewegung
- VIII. Finanzwesen
- IX. Die Entwicklung auf kulturellem Gebiet.

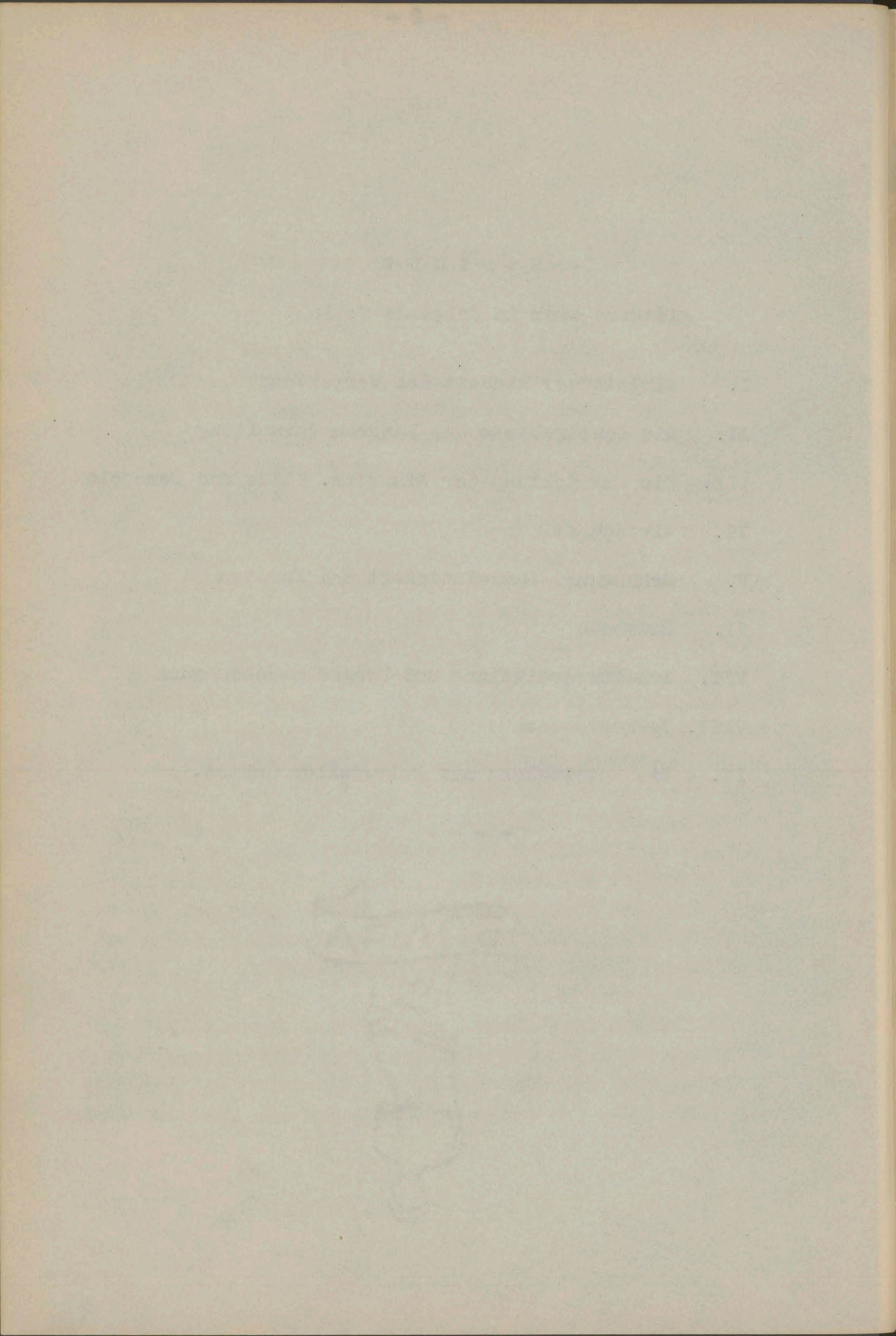


Der B e r i c h t

gliedert sich in folgende Teile :

- I. Einleitung: Einheit der Verwaltung
- II. Die Hauptgebiete der Inneren Verwaltung
- III. Die Entwicklung der Finanzen, Zölle und Monopole
- IV. Wirtschaft
- V. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- VI. Bauwesen
- VII. Arbeitsvermittlung und Umsiedlungsbewegung
- VIII. Verkehrswesen
- IX. Die Entwicklung auf kulturellem Gebiet.

— — — —



1940 und von mindestens der gleichen Zahl im Jahre 1941 noch ganz beträchtlich verschärft werden, müssen sowie so 1. Die Einheit der Verwaltung. einer gemeinsamen Linie des Widerstandes unter den bislang untereinander verfeindeten Bevöl-

Für das Reich will der Generalgouverneur mit allen seinen Gefolgsleuten die Aufgaben erfüllen, die ihm im Generalgouvernement erwachsen. Nicht der Ehrgeiz, in diesem ihm anvertrauten "Nebenland des deutschen Reiches" mit äußerlich sichtbaren Arbeitserfolgen zu glänzen, die in dem gewerblichen Wirtschaftsleben, in der Landwirtschaft, in der Verwaltungs- und Rechtsordnung, im Erziehungswesen, im Gesundheitswesen und auf allen sonstigen Lebensgebieten doch nur den aus eigener Kraft zu diesen Leistungen unfähigen fremden, uns feindlichen Völkerschaften zugute kommen würden, bestimmt die Richtung, sondern allein das politische Ziel aus dem Blickpunkt des Großdeutschen Reiches nach den Befehlen des Führers. Es gibt daher kein Tätigwerden der deutschen Verwaltung auf irgend einem Arbeitsgebiet im Generalgouvernement, das nicht politisch bestimmt wäre. Bei aller Härte und Folgerichtigkeit in der Durchsetzung der deutschen Herrschaftsansprüche und Interessen vermeidet die deutsche Verwaltung aber solche Methoden, die ohne Notwendigkeit und Nutzen lediglich den abgrundtiefen, in alle Zukunft fortwirkenden Hass der beherrschten Völker zu nähren geeignet sind.

Der Verwaltung bedient. Sie ist die geschlossene

Die teilweise furchtbaren Notzustände, in denen die - allerdings von jeher an äußerste Primitivität gewöhnten - Einheimischen zur Zeit leben, und die durch die Aufnahme von rund 7 000 000 Polen und Juden aus dem Reich im Jahre

Die Volkswirtschaft ist ein System, das die Produktion, den Austausch und den Konsum von Gütern und Dienstleistungen umfasst. Es ist ein dynamisches System, das sich ständig entwickelt und verändert. Die Entwicklung der Volkswirtschaft ist ein Prozess, der von vielen Faktoren beeinflusst wird, wie zum Beispiel der Technologie, der Politik, der Kultur und der Umwelt. Die Volkswirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der menschlichen Gesellschaft und hat einen erheblichen Einfluss auf das Leben der Menschen. Die Entwicklung der Volkswirtschaft ist ein Prozess, der von vielen Faktoren beeinflusst wird, wie zum Beispiel der Technologie, der Politik, der Kultur und der Umwelt. Die Volkswirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der menschlichen Gesellschaft und hat einen erheblichen Einfluss auf das Leben der Menschen.

Die Volkswirtschaft ist ein System, das die Produktion, den Austausch und den Konsum von Gütern und Dienstleistungen umfasst. Es ist ein dynamisches System, das sich ständig entwickelt und verändert. Die Entwicklung der Volkswirtschaft ist ein Prozess, der von vielen Faktoren beeinflusst wird, wie zum Beispiel der Technologie, der Politik, der Kultur und der Umwelt. Die Volkswirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der menschlichen Gesellschaft und hat einen erheblichen Einfluss auf das Leben der Menschen.

1940 und von mindestens der gleichen Zahl im Jahre 1941 noch ganz beträchtlich verschärft werden, müssen sowieso schon je länger je mehr im Sinne einer gemeinsamen Linie des Widerstandsgeistes unter den bislang untereinander verfeindeten Bevölkerungsgruppen, besonders der Polen und Juden, gegen die Deutschen wirken. Hunger, Obdachlosigkeit und Kälte bei Hunderttausenden oder Millionen von ohnehin nicht freundlich gesinnten Einwohnern, Seuchenquellen, die auch den deutschen Soldaten und Beamten gefährlich werden können, und dazu die unterirdischen Strömungen sind Momente, die bei der Abschätzung der Möglichkeiten und der Notwendigkeiten keinen Moment aus dem Auge verloren werden können.

Die Einheitlichkeit der staatlichen Verwaltung, die durch Unerläßlich ist, soll der Generalgouverneur zu jeder Zeit stärker als die Schwierigkeiten sein, die absolut geschlossene Einheitlichkeit der gesamten Führung in seiner Hand. Durch die am 1. Dezember 1940 erlassene Verordnung über die Einheit der Verwaltung ist die organisatorische Grundlage für eine einheitliche Verwaltungsführung geschaffen, die auch schon vorher das unbeirrbar verfolgte Prinzip des Generalgouverneurs war. Die in die den Reichsministerien entsprechenden Hauptarbeitsgebiete (Abteilungen) gegliederte "Regierung des Generalgouvernements" ist das Organ, dessen der Generalgouverneur sich zur einheitlichen Führung der Verwaltung bedient. Sie läßt die geschlossene Einheitlichkeit der Führung derart zum Ausdruck kommen, daß jede ihrer Maßnahmen stets auf das nach Abwägung aller Fachgesichtspunkte gefundene richtige Gesamtergebnis abgestellt statt ledig-

lich von isolierten Ressortgesichtspunkten bestimmt ist. Sie wird sich ferner mehr und mehr auf das Erteilen von **R i c h t l i n i e n**, also auf das "Regieren" in den wichtigsten Grundsätzen, konzentrieren, statt durch vielfache Einzelbearbeitungen in eine führungsunfähige Bürokratie auszuarten. Unter ihr stehen vier Distriktschefs, die der Regierung des Generalgouvernements in selbständiger Arbeitsweise für eine erfolgreiche Ausführung der Aufgaben im Rahmen der Richtlinien verantwortlich sind und in diesem Sinne die ihnen unterstellten, insgesamt 40 Kreishauptleute und 7 Stadthauptleute anzuhalten und zu beraten haben. Es ist eine hier schon mit Erfolg angefasste Frage der **F ü h r u n g** und der **E r z i e h u n g** der staatlichen Verwaltung, die durchaus noch genügend brauchbare und wertvolle Beamtenkräfte in ihren Reihen aufzuweisen hat, ob die mit der Verordnung über die Einheit der Verwaltung erstmalig großräumig aufgestellte Forderung zur Wirklichkeit wird oder nicht. Lediglich im Verhältnis der allgemeinen Verwaltung, die heute keine **i h r z u g e h ö r i g e** breite Exekutive besitzt, zur Polizei sind die auch im Reich noch offenen Unterstellungsfragen klärungsbedürftig. Heute steht ein Höherer SS- und Polizeiführer, der seinerseits die Chefs der Ordnungs- und der Sicherheitspolizei unter sich hat, noch unmittelbar unter dem Generalgouverneur und damit **n e b e n** der sonst für die gesamte Verwaltung verantwortlichen "Regierung des Generalgouvernements". Durch beiderseitige Zusammenarbeit werden die nachteiligen Auswirkungen dieses Zustandes so weit wie möglich vermieden.

lich von leichterem Konstruktionspunkt bestimmt
ist. Die wird sich immer mehr und mehr auf das
Feld von H i e r i n , also auf das
"Regieren" in den wichtigsten Grundrissen, kommen
wirken, statt durch kleine Einzelbestimmungen
in eine künftige Entwicklung auszuweichen. Unter
ihm stehen vier Hauptbereiche, die der Regierung des
Generalgouvernements in selbständiger Arbeitsweise
für eine erfolgreiche Ausführung der Aufgaben im Rah-
men der Reichsleitung verantwortlich sind und in denen
sich die ihnen unterstellten, insgesamt 40 Kreis-
hauptleute und 7 Standesherren befinden und an
ihnen haben. Es ist eine hier schon mit Erfolg an-
geordnete Frage der F i n a n z und der K r -
a i e n g der staatlichen Verwaltung, die durch-
aus noch genügend vorhanden und verwirklichte Bestände
in ihren Händen aufzuweisen hat, ob die mit der Ver-
ordnung über die Reichsleitung ebenfalls große
Veränderungen in der Reichsleitung zu bewerkstelligen sind
oder nicht. Lediglich im Verhältnis der allgemeinen
Verwaltung, die heute keine K r a n z e n e r i -
g e - breite Kreise besitzt, zur Polizei sind die
auch im Reich noch offenen Unterstellungsverhältnisse
unabhängig. Heute steht ein Minister SS- und Poli-
zeiminister, der teilweise die Güte der Ordnung- und
der Reichsleitung unter sich hat, noch unent-
fernt unter dem Generalgouvernement und damit n e b e n
der sonst für die gesamte Verwaltung verantwortlichen
"Regierung des Generalgouvernements". Durch dieser-
seitige Verantwortung werden die nachfolgenden Kreise
in diesen Bereichen so weit wie möglich verstanden.

2. Die Entwicklung der Inneren Verwaltung.

II

Die Verwaltung des Generalgouvernements hat im Gegensatz zu allen anderen zum Machtbereich des Großdeutschen Reiches gehörenden Gebieten auch insofern noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, als die

Die Hauptverwaltungsgebiete.

Derzeit sind in den Hauptverwaltungsgebieten vornehmlich nur die Bürgermeister der kleinen Städte und die Vögte der Gemeinden übrig geblieben, während die Verwaltung in übrigen völlig neu aufgebaut und in den maßgeblichen Stellen, in der Mittel- und Zentralinstanz, ausschließlich mit Deutschen besetzt werden mußte. Das erste Jahr der Verwaltungsführung im Generalgouvernement litt dann erheblich unter dem Mangel an geeigneten deutschen Kräften. Es gehört aber gerade zur Meisterung der besonders gelagerten Schwierigkeiten im Generalgouvernement ein Bestand an qualifizierten deutschen Beamten in allen Verwaltungsgebieten. Bei der Rechtssetzung auf dem Gebiet der Verwaltung ist davon auszugehen, daß gemäß dem Führererlaß das Recht des polnischen Staates in Kraft bleibt, soweit es nicht der Übernahme der Verwaltung durch das deutsche Reich widerspricht. Deshalb beschränken sich alle rechtstaatlichen Maßnahmen darauf, Ruhe, Sicherheit und Ordnung sicherzustellen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die ganze Kraft dieses Reiches dem Reich für seine Zwecke zur Verfügung steht. Dieser Grundsatz macht es erforderlich, die Deutschen

II
Die Hauptverhältnisse des
...

...

2. Die Entwicklung der Inneren Verwaltung.

Die Verwaltung des Generalgouvernements hat im Gegensatz zu allen anderen zum Machtbereich des Großdeutschen Reiches gehörenden Gebieten auch insofern noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, als die polnische Verwaltung bis in die Ortsinstanz hinein zerfallen ist. Von der polnischen Verwaltung sind im wesentlichen nur die Bürgermeister der kleinen Städte und die Vögte der Gemeinden übrig geblieben, während die Verwaltung im übrigen völlig neu aufgebaut und in den maßgeblichen Stellen, in der Mittel- und Zentralinstanz, ausschließlich mit Deutschen besetzt werden mußte. Das erste Jahr der Verwaltungsführung im Generalgouvernement litt dazu erheblich unter dem Mangel an geeigneten deutschen Kräften. Es gehört aber gerade zur Meisterung der besonders gelagerten Schwierigkeiten im Generalgouvernement ein Bestand an qualifizierten deutschen Beamten in allen Verwaltungsgebieten. Bei der Rechtssetzung auf dem Gebiet der Verwaltung ist davon auszugehen, daß gemäß dem Führererlaß das Recht des polnischen Staates in Kraft bleibt, soweit es nicht der Übernahme der Verwaltung durch das deutsche Reich widerspricht. Deshalb beschränken sich alle rechtsetzenden Maßnahmen darauf, Ruhe, Sicherheit und Ordnung sicherzustellen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die ganze Kraft dieses Raumes dem Reich für seine Zwecke zur Verfügung steht. Dieser Grundsatz macht es erforderlich, die Deutschen

2. Die Entwicklung der Inneren Verwaltung.

Die Verwaltung des Generalgouvernements hat im Gegensatz zu allen anderen zum Machtbereich des Großdeutsches Reiches gehörenden Gebieten auch inneren noch mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen, als die polnische Verwaltung die in die Gräben hineinfällt. Von der polnischen Verwaltung sind im wesentlichen nur die Bürgermeister der kleinen Städte und die Vögte der Gemeinden übrig geblieben, während die Verwaltung im übrigen völlig neu aufgebaut und in den maßgebenden Stellen, in der Mittel- und Zentralinstanz, ausschließlich mit Deutschen besetzt worden mußte. Das erste Jahr der Verwaltungsführung im Generalgouvernement litt dann erheblich unter dem Mangel an geeigneten deutschen Kräften. Es gehörte aber gerade zur Heilung der besonders gelagerten Schwierigkeiten im Generalgouvernement ein Bestand an qualifizierten deutschen Beamten in allen Verwaltungsgliederungen. Bei der Reorganisation auf dem Gebiet der Verwaltung ist davon auszugehen, daß gemäß dem Führerplan das Recht des polnischen Staates in Kraft bleibt, soweit es nicht der Übernahme der Verwaltung durch das deutsche Reich widerspricht. Deshalb beschränken sich als vornehmste Maßnahmen darauf, Ruhe, Stabilität und Ordnung sicherzustellen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die ganze Kraft dieses Reiches dem Reich für seine Zwecke zur Verfügung steht. Die vornehmste Pflicht ist es erforderlich, die Deutschen

einem besonderen Recht zu unterstellen und ihre Betreuung aus der Einflussphäre aller polnischen Stellen herauszunehmen (Wehrrecht, Gerichtsbarkeit, Personenstandsrecht, Sozialfürsorge, Meldewesen). Andere gesetzgeberische Maßnahmen betreffen die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Generalgouvernement durch ein weitgehendes Polizeiverordnungs- und Verwaltungsstrafrecht für die nachgeordneten deutschen Behörden, durch scharf gehandhabte Pass- und Passierschein-Bestimmungen, durch ein Verbot der Benutzung der ehemals polnischen Hoheitszeichen und der ehemaligen polnischen Uniformen, durch die Auflösung aller bestehenden Vereine und sonstigen Organisationen sowie der nicht staatlich anerkannten Sekten in Verbindung mit einem nahezu völligen Verbot der Neugründung von irgendwelchen Vereinigungen. Die Ausgestaltung des Meldewesens und die Einführung einer allgemeinen Kennkarte zur Erfassung der gesamten nicht-deutschen Bevölkerung dieses Raumes steht unmittelbar bevor. Aus allgemeinen politischen und sonstigen polizeilichen Rücksichten mussten die Juden im Generalgouvernement einem besonderen Recht unterstellt werden. Die Bestimmung des Begriffs "Jude" richtet sich nach einer Verordnung des Generalgouverneurs vom 24. Juli 1940, die in ihren Grundzügen den Reichsvorschriften entspricht. Alle Juden über 10 Jahre haben sich durch eine Armbinde mit Zionsstern kenntlich zu machen. In allen Gemeinden, in denen Juden leben, ist gemäß der Verordnung vom 28. November 1939 ein Judenrat gebildet. Ihm obliegt

28. November 1939 ein Judenrat gebildet. Ihm obliegt
denen Juden leben, ist gemäß der Verordnung von
stern konstitut zu machen. In allen Gemeinden, in
10 Jahre haben sich durch eine Abgabe mit einem
den Reichsverschulden entspricht. Alle Juden über
vernommen vom 24. Juli 1940, die in ihren Grundbesitz
richten sich nach einer Verordnung des Generalgouver-
nments werden. Die Bestimmung des Begriffs "Jude"
Generalgouvernement einem besonderen Recht unter-
gen politischen Merkmalen müssen die Juden im
bar bevor. Aus allgemeinen politischen und sonst-
deutschen Bevölkerung dieses Namens steht unmittelbar
nen Kennkarte zur Erkennung der gesamten nicht-
des Reichsweises und die Einwirkung einer allge-
von irgendwelchen Verordnungen. Die Ausgestaltung
mit einem nahezu völligen Verbot der Heirat
nicht stattdessen anerkannten Sekt in Verbindung
Vereine und sonstigen Organisationen sowie der
Uniformen, durch die Auflösung aller bestehenden
schen Reichsweises und der ehemaligen polnischen
durch ein Verbot der Bekleidung der ehemaligen poln-
handelte Pass- und Passierschein-Bestimmungen,
knappgeordneten deutschen Behörden, durch sofort ge-
selbstverordnungs- und Verwaltungsstrafrecht für die
im Generalgouvernement durch ein weitgehendes Poli-
ten die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung
wesen). Andere gesetzgeberische Maßnahmen betref-
keit, Personalausweisrecht, Sozialfürsorge, Melde-
Stellen herausnehmen (Wohnrecht, Gerichtsbar-
Bekämpfung aus der Einklassifizierung aller polnischen
einem besonderen Recht zu unterstellen und ihre

... in allen ihren Belangen durch die Ver-
die Entgegennahme der Befehle der deutschen Dienst-
stellen an die Juden, für deren Befolgung er ver-
antwortlich ist. Zu seinem Aufgabenbereich gehört
neben der allgemeinen Betreuung der jüdischen Be-
völkerung die Mitwirkung bei der Ghettobildung, die
in den größeren Städten schon weitgehend durchgeführt
ist. Um die brach liegenden Arbeitskräfte der Juden
einsetzen zu können, ist durch die Verordnung vom
26. Oktober 1939 der Arbeitszwang für die jüdische
Bevölkerung eingeführt worden. Eine Anmeldepflicht
für das gesamte jüdische Vermögen auf Grund der Ver-
ordnung vom 24. Januar 1940 sichert seine spätere Be-
schlagnahme und Einziehung. Ein durch schwere Straf-
sanktionen gesichertes Schächtverbot, die Untersagung
des jüdischen Gottesdienstes, ein grundsätzliches
Fahrtverbot für alle öffentlichen Verkehrsmittel und
zahlreiche weitere Beschränkungen kennzeichnen die
Lebensführung, die den Juden im Generalgouvernement
eingeräumt ist. Verwaltung, in Raha- oder Postbe-

... oder in wirtschaftlichen Unternehmen
Besondere Probleme, aber auch besondere Möglichkeiten
bietet das Vorhandensein verschiedener Volksgruppen,
die in diesem Raum mit einer Bevölkerungszahl von
über 12 Millionen und einer Bevölkerungsdichte von
z. Zt. 144 je km² leben. Reichsdeutsche geben. Schon

- ... jetzt aber werden nahezu auf allen Gebieten
- a) Im Generalgouvernement sind - außer Wehrmacht, SS,
Polizei - 17 000 Reichsdeutsche tätig, die entwe-
der in der Verwaltung oder in der Wirtschaft ein-
gesetzt sind. Sie unterliegen einer Meldepflicht
gegenüber dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) und
... Sie sind bis zu einer end-

die Festgenommenen der Polizei der deutschen Dienst-
stellen an die Juden, für deren Befolgung er ver-
antwortlich ist. In seinem Aufgabebereich gehört
neben der allgemeinen Betreuung der jüdischen Be-
völkerung die Mitwirkung bei der Erziehung, die
in den größeren Städten schon weitgehend durchgeführt
ist. Um die durch die Arbeitskräfte der Juden
eintreten zu können, ist durch die Verordnung vom
25. Oktober 1939 der Arbeitsdienst für die Juden
Bevölkerung eingeführt worden. Eine Anmeldepflicht
für das gesamte jüdische Volkstum auf Grund der Ver-
ordnung vom 24. Januar 1940 ist nicht seine spätere Be-
schneidung und Kastration. Ein durch schwere Straf-
sanktionen gesichertes Schlichtungsverbot, die Unterzuga-
des jüdischen Gottesdienstes, ein Grundverbot
Verbot für alle öffentlichen Verkehrsmittel und
analoge weitere Beschränkungen kennzeichnen die
Lebensführung, die den Juden im Generalgouvernement
eingespart ist.

Besondere Probleme, aber auch besondere Möglichkeiten
bietet das Vorhandensein verschiedener Volksgruppen,
die in diesem Raum mit einer Bevölkerungszahl von
über 12 Millionen und einer Bevölkerungsdichte von
2.25. 144 je km² leben.

a) Im Generalgouvernement sind - außer Wehrmacht, SS,
Polizei - 17 000 Reichsdeutsche tätig, die entwe-
der in der Verwaltung oder in der Wirtschaft ein-
gesetzt sind. Sie unterliegen einer Meldepflicht
gegenüber dem Kreishauptmann (Stadthauptmann) und

werden in allen ihren Belangen durch die Verwaltung und die NSDAP betreut.

- b) Die Zahl der Volksdeutschen im Generalgouvernement betrug bei Übernahme der Verwaltung 93 483 Menschen, die zunächst auf Grund der Verordnung über die Einführung einer Kennkarte für deutsche Volkszugehörige vom 26. Januar 1940 erfasst wurden. Die vom Führer befohlene Umsiedlung dieser Volksdeutschen in das Reich ist zunächst in dem Gebiet östlich der Weichsel durchgeführt. Hier sind insgesamt bisher 29 600 Deutsche ausgesiedelt worden, sodass zurzeit im Generalgouvernement noch etwa 63 900 Volksdeutsche leben. Deren Registrierung zur Umsiedlung nach dem Reich läuft zurzeit. Nach Abschluss dieser großen Umsiedlungsaktion werden im Generalgouvernement etwa 2 000 Volksdeutsche verbleiben, die in der deutschen Verwaltung, in Bahn- oder Postbetrieben oder in wirtschaftlichen Unternehmen unentbehrlich sind. Die Einbürgerung dieser Volksdeutschen nimmt der Generalgouverneur statt des Reichsministers des Innern vor. Daher wird es in absehbarer Zeit im Generalgouvernement nur noch Reichsdeutsche geben. Schon jetzt aber werden nahezu auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Volksdeutschen den Reichsdeutschen gleichgestellt.
- c) Die Mehrheit der nichtdeutschen Bevölkerung mit etwa 9,6 Millionen Menschen gehört dem polnischen Volkstum an. Sie sind bis zu einer end-

worden in allen ihren Belangen durch die Ver-
waltung und die NSDAP betreut.
b) Die Zahl der Volksdeutschen im Generalgouver-
nement betrug bei Übernahme der Verwaltung
93 483 Menschen, die zunächst auf Grund der
Verordnung über die Einführung einer Kennmar-
ke für deutsche Volksangehörige vom 26. Januar
1940 erfasst wurden. Die von Hitler befohlene
Umsiedlung dieser Volksdeutschen in das Reich
ist zunächst in dem Gebiet östlich der Weich-
sel durchgeführt. Hier sind insgesamt bisher
29 600 Deutsche angesiedelt worden, sodass
zurzeit im Generalgouvernement noch etwa
63 900 Volksdeutsche leben. Deren Register-
führung zur Umsiedlung nach dem Reich läuft zur-
zeit. Nach Abschluss dieser großen Umsied-
lungaktion werden im Generalgouvernement et-
wa 2 000 Volksdeutsche verbleiben, die in der
deutschen Verwaltung, in Bahn- oder Postbe-
trieben oder in wirtschaftlichen Unternehmen
unentbehrlich sind. Die Eingliederung dieser
Volksdeutschen nimmt der Generalgouverneur
statt des Reichsministers des Innern vor. Da-
her wird es in absehbarer Zeit im Generalgou-
vernement nur noch Reichsdeutsche geben. Schon
jetzt aber werden nahezu auf allen Gebieten
des östlichen Lebens die Volksdeutschen den
Reichsdeutschen gleichgestellt.
c) Die Mehrheit der nichtdeutschen Bevölkerung
mit etwa 9,6 Millionen Menschen gehört dem pol-
nischen Volkstum an. Sie sind bis zu einer end-

gültigen Regelung, ebenso wie alle übrigen Staatsangehörigen des ehemaligen polnischen Staates, als staatenlos zu behandeln. Mit dem Untergang des ehemaligen polnischen Staates ist auch die Staatsangehörigkeit aller ehemals polnischen Staatsangehörigen erloschen.

- d) Unter der nichtdeutschen Bevölkerung nehmen die etwa 750 000 Ukrainer gegenüber den Polen eine besondere Stellung ein. Sie stehen der deutschen Verwaltung verhältnismäßig positiv und dem Polentum fremd und feindlich gegenüber. Die Politik des Generalgouverneurs fördert die Verschiedenheit wo es nur geht. In den überwiegend ukrainischen Siedlungsgebieten stellen sie die Bürgermeister und Vögte. Anordnungen örtlicher Instanzen ergehen auch in ukrainischer Sprache. In dem für die Reichspolitik tragbaren Umfang besteht eine Kultur- und Wirtschaftsautonomie. Ihnen ist im Gegensatz zur polnischen Bevölkerung ein Zusammenschluss in Volksbildungsvereinen, Sportvereinen, landwirtschaftlichen Vereinen usw. gestattet. Auch der Umstand, daß die Ukrainer in der Regel dem orthodoxen Glauben unter einer autokephalen orthodoxen Kirche für das Generalgouvernement angehören, wird politisch ausgewertet.
- e) Neben weiteren zahlenmäßig und politisch nicht ins Gewicht fallenden Volksgruppen, leben hier etwa 80 000 Goralen und 8 000 Weissrussen, die in nächster Zeit vielleicht eine den Ukrainern ähnliche Stellung erhalten sollen.

gültigen Regelung, ebenso wie alle übrigen Staatsangehörigen des ehemaligen polnischen Staates, als staatenlos zu behandeln. Mit dem Untergang des ehemaligen polnischen Staates ist auch die Staatsangehörigkeit aller ehemals polnischen Staatsangehörigen erloschen.

d) Unter der nichtdeutschen Bevölkerung nehmen die etwa 750 000 Ukrainer gegenüber den Polen eine besondere Stellung ein. Sie stehen der deutschen Verwaltung verhältnismäßig positiv und dem Polentum feind und feindlich gegenüber. Die Politik des Generalgouvernements für dort die Verschiedenheit wo es nur geht. In dem überwiegend ukrainischen Siedlungsgebiet stellen sich die Bürgermeister und Vögte. An- ordnungen örtlicher Instanzen ergreifen auch in ukrainischer Sprache. In dem für die Besatzungs- lichte tragebaren Umfang besteht eine Kultur- und Wirtschaftsanstalt. Ihnen ist in Gegenwart zur polnischen Bevölkerung ein Zusammenschluss in Volkshilfsvereinen, Sportvereinen, land- wirtschaftlichen Vereinen usw. gestattet. Auch der Umstand, daß die Ukrainer in der Regel dem orthodoxen Glauben unter einer autokephalen or- thodoxen Kirche für das Generalgouvernement an- gehören, wird politisch ausgewertet.

e) Neben weiteren zahlenmäßig und politisch nicht ins Gewicht fallenden Volksgruppen, leben hier 80 000 Geiseln und 8 000 Wehrmänner, die in nächster Zeit vielleicht eine den Ukrainern ähn- liche Stellung erhalten sollen.

f) Die Zahl der Juden im Generalgouvernement beträgt 1,5 Millionen.

g) Auf Grund der Ausländer-Meldepflicht-Verordnung sind bei den Kreis- und Stadthauptleuten als Meldebehörde 3 500 ausländische Staatsangehörige und 2 150 Staatenlose, die nicht ehemalige polnische Staatsangehörige sind, erfasst. Darunter sind 288 feindliche Ausländer, die entsprechend den Reichsbestimmungen behandelt werden.

2.) Zur Durchführung gemeindefürsorglicher und staatspolizeilicher Aufgaben

Die Umsiedlungsbewegungen innerhalb des Generalgouvernements, die durch die Umsiedlungen in den Wehrplanungsgebieten, durch die neue Bodenverordnung und Ghattobildung und Freimachung einzelner Gebiete von Juden bedingt sind, stellen an die Verwaltung oft schwierige Aufgaben, die sich mit denen der Unterbringung der Evakuierten aus dem Reich messen können.

Zum Einsatz in "Sonderdienst" werden die Jahrgänge einberufen, die der Generalgouvernement zugeordnet sind. In den wichtigsten Bereichen der Verwaltung ist folgendes geschehen:

1.) Durch eine Verordnung des Generalgouverneurs vom 6. Mai 1940 ist der "Sonderdienst" geschaffen worden, der als Verwaltungstruppe den Kreishauptleuten zur Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Der Sonderdienst besteht aus deutschen Männern, die in Einsatzkommandos von grundsätzlich 1 Führer und 20 Männern

- 1) Die Zahl der Juden im Generalgouvernement betrug 1,5 Millionen.
- 2) Auf Grund der Ausländer-Hilfspflicht-Verordnung sind bei den Kreis- und Stadthauptstellen als Hilfsbedürftige 3.500 ausländische Staatsangehörige und 2.150 Staatslose, die nicht ehemalige deutsche Staatsangehörige sind, erfasst. Darunter sind 888 ausländische Ausländer, die entsprechend den Hilfsbestimmungen behandelt werden.
- Die Umsiedlungsbewegungen innerhalb des Generalgouvernements, die durch die Umsiedlungen in den Wehrplannagegebieten, durch die neue Bodenverordnungen und Umsiedlung und Umsiedlung einzelner Gebiete von Juden bedingt sind, stellen an die Verwaltung oft schwierige Aufgaben, die sich mit denen der Unterbringung der Evakuierten aus dem Reich nicht vergleichen lassen.
- In den wichtigsten Bereichen der Verwaltung ist folgendes geschehen:
- 1.) Durch eine Verordnung des Generalgouverneurs vom 6. Mai 1940 ist der "Sonderdienst" geschaffen worden, der als Verwaltungstruppe den Kreisbehörden zur Unterstützung von Verwaltungsmaßnahmen zur Verfügung steht. Der Sonderdienst besteht aus deutschen Männern, die in Einheiten von Grundbesitzern 1. Führer und 20 Mann

nern jedem Kreis- und Stadthauptmann zur Verfügung stehen. Der Sonderdienst, der - im Gegensatz zur deutschen und polnischen Polizei - unter der ausschließlichen Befehls- und Disziplinargewalt der Kreis- und Stadthauptleute steht und für diese einfach unentbehrlich ist, hat sich bei der schwachen Besetzung der deutschen Dienststellen in der unteren Instanz gut bewährt, so daß eine erhebliche Vergrößerung des Sonderdienstes geplant ist.

- 2.) Zur Durchführung gemeinnütziger und staatspolitisch bedeutsamer Arbeiten sowie für den Katastropheneinsatz ist der " B a u d i e n s t i m G e n e r a l g o u v e r n e m e n t " durch eine Verordnung vom 1. Dezember 1940 errichtet worden. Er besteht entsprechend der Volkszugehörigkeit der Baudienstpflichtigen aus dem " P o l n i s c h e n B a u d i e n s t " sowie dem ukrainischen und goralischen " H e i m a t - d i e n s t ". Zum Einsatz im " B a u d i e n s t " werden die Jahrgänge einberufen, die der Generalgouverneur bestimmt. Der Aufbau und Ausbau des Baudienstes ist zurzeit Gegenstand umfangreicher Planungen, nachdem im Sommer 1940 im Distrikt Krakau bereits gute Erfahrungen mit der Errichtung eines Baudienstes auf freiwilliger Grundlage gemacht worden sind. Einer Erziehung und Ausbildung dieser Dienstangehörigen, die einst gegen die deutschen Interessen ausschlagen könnte, ist vorgebeugt.

nach jedem Kreis- und Stadtkreis zur Ver-
gung stehen. Der Sonderdienst, der - im Gegen-
satz zur deutschen und polnischen Polizei - un-
ter der ausschließlichen Befehl- und Disziplin-
nanzgewalt der Kreis- und Stadtkreisverwaltungen steht
und für diese einisch verantwortlich ist, hat sich
bei der deutschen Besetzung der deutschen Kreise-
stellen in der unteren Instanz gut bewährt, so
daß eine erhebliche Verbesserung des Sonderdien-
stes geplant ist.

2.) Zur Durchführung gemeinschaftlicher und staatspoli-
tisch bedeutsamer Arbeiten sowie für den Katastro-
phenschutz ist der "Branddienst" in
Gemeinschaftsverfahren durch
eine Verordnung vom 1. Dezember 1940 errichtet wor-
den. Er besteht entsprechend der Volkseigenen
Kraft der Brandbekämpfung aus dem "Pol-
nischen Branddienst" sowie dem
ukrainischen und russischen "Heim-
dienst". Zum Heimeinsatz "Branddienst"
werden die Lehrlinge einberufen, die der Gemein-
dengemeinschaft bestimmt. Der Aufbau und Ausbau des
Branddienstes ist bereits Gegenstand umfangreicher
Planungen, nachdem im Sommer 1940 im Distrikt Kre-
ken bereits gute Erfahrungen mit der Errichtung
eines Branddienstes auf freiwilliger Grundlage ge-
macht worden sind. Dieser Errichtung und Ausbildung
dieser Branddienstlichen, die einerseits gegen die
deutschen Interessen auszuweichen können, ist vor-
gebeugt.

- 3.) Die allgemeine wirtschaftliche Lage der nichtdeutschen Bevölkerung im Generalgouvernement, die vor allem durch die Kriegseignisse beeinflusst ist, macht umfangreiche fürsorgerrische Maßnahmen notwendig. Grundsatz ist jedoch, mit staatlichen Mitteln lediglich in den aller-
notwendigsten Fällen und zur Behebung solcher sozialen Notstände einzugreifen, durch die Reichsinteressen berührt werden. Im übrigen ist die Durchführung von Fürsorgemaßnahmen der freien Wohlfahrt überlassen. Die Funktionen der freien Wohlfahrt werden ausschließlich durch den Haupthilfsausschuß und seine Untergliederungen wahrgenommen. Hierbei handelt es sich um ein Gremium von 5 Polen, 1 Ukrainer und 1 Juden, die unter schärfster Kontrolle der deutschen Verwaltung die Verwendung der der freien Wohlfahrt zur Verfügung stehenden Mittel regeln. Unter dem Hauptausschuß werden die Fürsorgemaßnahmen durch den polnischen Hauptausschuß, den ukrainischen Hauptausschuß und die jüdische soziale Selbsthilfe wahrgenommen, die in allen Kreishauptmannschaften und kreisfreien Städten Hilfskomitees zur unmittelbaren Betreuung ihrer Volksgruppe haben. Durch den verwaltungsmäßigen Aufbau der Hauptausschüsse der Hilfskomitees ist sichergestellt, daß und durch entsprechende Zuschüsse zum Ausgleich zu bringen.

3.) Die allgemeine wirtschaftliche Lage der
nichtentzogenen Bevölkerung im Generalgouver-
nement, die vor allem durch die Kriegs-
erzeugnisse bestimmt ist, macht weit-
gehende Forderungen nach
nehmen notwendig. Grundsätzlich ist jedoch, mit
staatlichen Mitteln lediglich in den aller-
notwendigsten Fällen und zur Behebung sei-
cher sozialen Notstände einzugreifen, durch
die Reichsinteressen berührt werden. Im
übrigen ist die Durchführung von Forderge-
maßnahmen der freien Wohlfahrt überlassen.
Die Funktionen der freien Wohlfahrt werden
ausschließlich durch den Hauptwirtschafts-
und seine Untergliederungen wahrgenommen.
Hierbei handelt es sich um ein System von
2 Polen, 1 Ukrainer und 1 Jude, die unter
schärfster Kontrolle der deutschen Verwal-
tung die Verwendung der freien Wohlfahrt
zur Verfügung stehenden Mittel regeln. Unter
dem Hauptanspruch werden die Forderungsbefrei-
men durch den polnischen Hauptanspruch, den
ukrainischen Hauptanspruch und die jüdische
soziale Selbsthilfe wahrgenommen, die in al-
len Forderungsbefreiungen und Forderungen
Stätten Hilfskomitees zur unmittelbaren Be-
treuung ihrer Volksgenossen haben. Durch den
Verwaltungsmäßigem Aufbau der Hauptansprüche
an der Hilfskomitees ist sichergestellt, daß

diese Organisationen ausschließlich fürsorgliche Maßnahmen gemäß den ihnen erteilten Richtlinien und Befehlen durchführen (Volksküchen, Natural- und Geldunterstützungen, Krankenhilfe, Liebesgabenverteilung usw.). Nachdem die freie Wohlfahrt in dieser Form aufgebaut ist, kann die durch die Vereinsverordnung im Generalgouvernement angeordnete Auflösung aller Vereine, deren politische Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, auch auf dem Sektor der Wohltätigkeits- und Fürsorgevereine durchgeführt werden. Die Vermögen dieser aufgelösten Vereine sind hauptsächlich dem Haupthilfsausschuß zur Verfügung gestellt worden, sodaß sie ihrer Zweckbestimmung erhalten geblieben sind.

- 4.) Durch die Kriegsereignisse ist die finanzielle Lage vor allem der Städte des Generalgouvernements so, daß erhebliche Zuschüsse aus Haushaltsmitteln des Generalgouvernements gegeben werden mußten, um die Städte in Stand zu setzen, ihren dringlichsten Verpflichtungen nachzukommen. Eine Erfüllung von Vorkriegsverpflichtungen ist in nennenswertem Umfang noch nicht möglich gewesen, doch ist es gelungen, die Haushalte der bedeutenderen Städte des Generalgouvernements durch eine vorsichtige Handhabung der Genehmigung der Etats durch die Regierung und durch entsprechende Zuschüsse zum Ausgleich zu bringen.

diese Organisationen ausschließlich für vor-
gerichte Maßnahmen gemäß den ihnen erteilten
Richtlinien und Befehlen der Oberen (Völker-
kassen, National- und Geldanstalten,
Krankenhilfe, Lebensversicherungen usw.).
Nachdem die freie Wohlfahrt in dieser Form
aufgekauft ist, kann die durch die Versicher-
ordnung im Generalgouvernement angeordnete
Auflösung aller Vereine, deren politische Be-
deutung nicht untersucht werden darf, auch
auf dem Gebiet der Wohlfahrt und Versicher-
gesellschaften durchgeführt werden. Die Vereine
dieser aufgelösten Vereine sind hauptsächlich
dem Hauptzweck der Wohlfahrt zur Verfügung gestellt
worden, wobei die ihrer Zweckbestimmung entfal-
len geblieben sind.

4.) Durch die Kriegsverhältnisse ist die finanzielle
Lage vor allem der Städte des Generalgouverne-
ments so, das erhebliche Rückschlüsse aus Haus-
haltswirtschaft des Generalgouvernements gegeben
werden mußten, um die Städte in Stand zu setzen,
ihren dringlichsten Verpflichtungen nachzukom-
men. Eine Erleichterung von Kriegsverpflichtungen
genügt es im genannten Umfang noch nicht mög-
lich gewesen, doch ist es gelungen, die Haus-
halte der bedeutendsten Städte des Generalgou-
vernements durch eine vorübergehende Milderung
der Genehmigung der Städte durch die Regierung
und durch entsprechende Rückschlüsse zum Ausgleich
zu bringen.

schickte Verwaltung der aus dem Altgeschäft

Durch die Verordnung über die Bildung und Verwaltung der Gemeindeverbände vom 27.6.

1940 ist auch für die Kreisinstanz ein Selbstverwaltungskörper geschaffen worden, und zwar nicht im Sinne und Geiste der überlieferten

- 5.) deutschen Selbstverwaltung, sondern lediglich zwecks vernünftiger Verlagerung der Finanzierungsorganisation. Der Gemeindeverband steht unter Führung des Kreishauptmanns und gibt ihm die Möglichkeit zur Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des Straßenbaues, der Landwirtschaft, der notwendigen Fürsorge, des Schulwesens, des Feuerschutzes usw. Die Gemeindeverbände entsprechen gebietsmäßig den Kreishauptmannschaften. Sie übernehmen das

- 6.) Aktivvermögen der ehemaligen polnischen Landkreise, während deren Verbindlichkeiten entsprechend einer in Vorbereitung befindlichen Regelung lediglich in dem aus politischen und wirtschaftlichen tragbaren Umfang übernommen werden sollen. gegen ist es notwendig und eine selbstverständliche Pflicht der Verwaltung des

Auch das Sparkassenwesen ist neu belebt worden. Die Sparkassen, die grundsätzlich als Kreis- und Stadtsparkassen nach öffentlichem Recht errichtet worden sind, arbeiten bereits wieder in einem solchen Umfang, daß das Neugeschäft zu Spareinlagen in Höhe von 307 Mill. Zloty gebracht werden konnte. Über die Abwicklung des Altgeschäftes der Sparkassen schweben noch Ermittlungen und Verhandlungen. Eine ge-

Durch die Verordnung über die Bildung und
Verwaltung der Gemeindeverbände vom 27.6.
1940 ist auch für die Kreisleitungen ein Selbst-
verwaltungskörper geschaffen worden, und zwar
nicht im Sinne und Geiste der überlieferten
deutschen Selbstverwaltung, sondern lediglich
zwecks vernünftiger Verlagerung der Finanz-
tragsorganisation. Der Gemeindeverband steht
unter Führung des Kreisleiters und gibt
ihm die Möglichkeit zur Durchführung von Maß-
nahmen zur Förderung des Straßenbaus, der
Landwirtschaft, der notwendigen Versorgung, des
Schulwesens, des Feuerwesens usw. Die Ge-
meindeverbände entsprechen vollständig den
Kreisleitungsansprüchen. Die Gemeinden des
Aktivbereichs der ehemaligen polnischen Land-
kreise, während deren Verbindlichkeiten ent-
sprechend einer in Vorbereitung befindlichen
Regierung lediglich in dem aus politischen und
wirtschaftlichen tragehen Umfang übernommen
werden sollen.

Auch das Sparkassenwesen ist neu belebt wor-
den. Die Sparkassen, die grundsätzlich als
Kreis- und Stadtsparkassen nach öffentlichen
Recht errichtet worden sind, arbeiten bereits
wieder in einem solchen Umfang, daß das Hinge-
schick an Sparanlagen in Höhe von 300 Mill.
Klody gezeichnet werden konnte. Über die Abwick-
lung des Altgeschäftes der Sparkassen stehen
noch Ermittlungen und Verhandlungen. Eine ge-

schickte Verwaltung der aus dem Altgeschäft zur Verfügung stehenden Aktiven werden im Laufe der Zeit möglicherweise zu einer 80 bis 100 %igen Befriedigung der Gläubiger aus dem Altgeschäft führen.

- 5.) Der Grundstücksverkehr ist durch die Verordnung des Generalgouverneurs vom 27. März 1940 unter Genehmigungszwang gestellt worden. Es sollte verhindert werden, daß ohne deutsche Kontrolle und Steuerung Grundbesitz seinen Eigentümer wechselt. Damit ist die Grundlage für eine in Vorbereitung befindliche Neuordnung des Bodenrechts überhaupt gegeben.
- 6.) Im Generalgouvernement sind durch den Krieg erhebliche Kriegsschäden verursacht worden. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Generalgouvernements kommt eine Erstattung von Sach- oder Personenschäden nicht in Betracht. Dagegen ist es notwendig und eine selbstverständliche Pflicht der Verwaltung des Generalgouvernements den deutschen Geschädigten die ihnen durch polnischen Terror oder durch die Kriegssereignisse erwachsenen Schäden in vollem Umfang zu vergüten. Die Personenschädenverordnung des Generalgouverneurs vom 29. September 1940 gibt die Möglichkeit, den Volksdeutschen, die im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen oder durch politischen Terror unter dem polnischen Regime einen Personenschaden erlitten

schlichte Verwaltung der aus dem Abgusschiff zur Verfügung stehenden Aktien werden im Laufe der Zeit möglichwerden an einer 50 bis 100 %igen Beteiligung der Gläubiger aus dem Abgusschiff führen.

5.) Der Grundgesetz ist durch die Verordnung des Generalgouverneurs vom 27. März 1940 unter Genehmigung des Reichsrats bestätigt worden. Es sollte verhindert werden, daß ohne deutsche Kontrolle und Steuerung Grundbesitz außer Kontrolle wechsele. Damit ist die Grundlage für eine in Vorbereitung befindliche Neuordnung des Bodenerwerbs übergeben.

6.) Im Generalgouvernement sind durch den Krieg erhebliche Verluste entstanden. Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Generalgouvernements kommt eine Verantwortung von Sach- oder Personenschäden nicht in Betracht. Dagegen ist es notwendig und eine selbstverständliche Pflicht der Verwaltung des Generalgouvernements den deutschen Geschädigten die ihnen durch polnischen Terror oder durch die Kriegsverbrechen erwachsenen Schäden in vollem Umfang zu vergüten. Die Personenschädenverurteilung des Generalgouverneurs vom 29. September 1940 gibt die Möglichkeit, den Volksgenossen, die im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen oder durch politischen Terror unter dem polnischen Regime einen Personenschaden erlitten

haben, angemessene Zuwendungen zu gewähren, um wenigstens die wirtschaftlichen Nachteile des erlittenen Schadens auszugleichen. Die Behandlung von Sachschäden, die Reichs- oder Volksdeutsche im Generalgouvernement erlitten haben, ist zurzeit Gegenstand von Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen. Eine endgültige Regelung dahin, daß die im Zusammenhang mit Kriegshandlungen oder politischem Terror erlittenen Schäden voll ersetzt werden, steht unmittelbar bevor.

- 7.) Dem Sportbeauftragten in der Regierung (Innere Verwaltung) des Generalgouvernements obliegt die Organisation und Beaufsichtigung des S p o r t s und aller dem Sport dienenden Institutionen im Generalgouvernement. Zugleich ist der Sportbeauftragte in die Bereichsleitung der NSDAP eingebaut, der die Führung des Sports der Deutschen obliegt. Die politische Haltung der Ukrainer hat es tunlich erscheinen lassen, auch ihnen den Zusammenschluß zu Sportvereinen und die Teilnahme am Wettkampfsport zu gestatten. Die übrige nichtdeutsche Bevölkerung des Generalgouvernements hat aus politischen Rücksichten zurzeit noch keine Möglichkeiten bekommen, sich zu Sportvereinen zusammenzuschließen oder Wettkampfsport zu treiben.

haben, angemessene Forderungen zu stellen, um wenigstens die wirtschaftlichen Nachteile, die den erlittenen Schäden entsprechen. Die Behandlung von Sachschäden, die Verluste oder Volksschaden im Generalgouvernement erlitten haben, ist zurzeit Gegenstand von Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen. Eine endgültige Regelung darüber, daß die im Zusammenhang mit Kriegshandlungen oder politischen Terror erlittenen Schäden voll ersetzt werden, steht unmittelbar bevor.

7.) Dem Sportbeamteten in der Regierung (Interne Verwaltung) des Generalgouvernements obliegt die Organisation und Beaufsichtigung des Sports und aller dem Sport dienenden Institutionen im Generalgouvernement. Zugleich ist der Sportbeamtete in die Beaufsichtigung der WSMAP eingebunden, der die Führung des Sports der Deutschen obliegt. Die politische Haltung der Ukrainer hat es zunächst erforderlich lassen, auch ihnen den Zutritt zu Sportveranstaltungen und die Teilnahme an Wettkampfsport zu gestatten. Die richtige altschlesische Bevölkerung des Generalgouvernements hat aus politischen Rücksichten zurzeit noch keine Möglichkeiten bekommen, sich an Sportveranstaltungen anzuschließen oder Wettkampfsport zu treiben.

Personal die Maßnahmen durchzuführen, die dem Schutz der deutschen Interessen gewahrt werden.

8.) Das Vermessungswesen

hat im Reichsinteresse besonders wichtige Aufgaben durchzuführen, die im Zusammenhang mit der Grenzziehung und den Wehrmachtsplanungen, der neuen Bodenordnung und der Ausgestaltung des Straßen- und Verkehrsnetzes stehen. Besondere Schwierigkeiten waren zu überwinden, weil, abgesehen von Galizien, ein vollständiger Kataster überhaupt nicht vorhanden war. Um alle Messungsvorhaben einheitlich gestalten zu können und bei dem Mangel an geeigneten und vertrauenswürdigen Fachkräften ganz besonders unerwünschte Doppelarbeit zu vermeiden, ist durch eine Verordnung des Generalgouverneurs die Vereinheitlichung des Vermessungswesens und die Unterstellung aller Messungsdienststellen unter die Abteilung Innere Verwaltung herbeigeführt worden. Aus dem gleichen Grund sind alle beeidigten Landmesser durch eine Verordnung vom 23. Juli 1940 der Abteilung Innere Verwaltung unterstellt worden.

9.) Die Veterinärverwaltung

hat nahezu ausschließlich mit polnischem Personal zu arbeiten. Trotzdem ist es ihr gelungen, mit dem an sich willigen, aber in der Zeit des polnischen Regimes außerordentlich nachlässig gewordenen polnischen

Personal die Maßnahmen durchzuführen, die den Schutz der deutschen Interessen gewährleisten. So sind Tierseuchen verhindert oder im Entstehen vernichtet worden. Schlachtvieh- und Fleischbeschau und der Schlachthauszwang sind eingeführt und die tierärztliche Lebensmittelüberwachung nach einheitlichen Grundsätzen ausgebaut worden. Damit ist vor allem die Versorgung der Deutschen im Generalgouvernement gesichert worden. Gerade auf diesem Gebiet ist eine erhebliche Besserung gegenüber dem früheren Zustand möglich geworden.

det wurden, während im Dezember 1939 allein in der Stadt Warschau über 600 Personen allein

10.) Die Gesundheitsverwaltung.

Auf dem Gebiete der Gesundheitsverwaltung war die Aufbauarbeit im wesentlichen schon im Sommer des vergangenen Jahres abgeschlossen. Die Versorgung der Reichsdeutschen und Volksdeutschen mit deutschen Ärzten wurde weiter ausgebaut. Heute sind gegenüber 10 Ärzten zu Beginn des letzten Jahres 66 deutsche Ärzte im Generalgouvernement tätig. Außerdem bestehen zwei rein deutsche Krankenhäuser und acht deutsche Abteilungen in polnischen Krankenhäusern. Außerdem sind fünf deutsche Apotheken eingerichtet worden. Die Rohstoffversorgung des Großhandels und der

Personal die Maßnahmen durchzuführen, die den Schutz der deutschen Interessen gewahrt werden. So sind die Interessen der deutschen Bevölkerung im Ausland zu berücksichtigen, die im Ausland wohnen und die deutschen Interessen zu vertreten. Die deutschen Interessen im Ausland sind zu berücksichtigen, die im Ausland wohnen und die deutschen Interessen zu vertreten. Die deutschen Interessen im Ausland sind zu berücksichtigen, die im Ausland wohnen und die deutschen Interessen zu vertreten.

10.) Die Gesundheitsverwaltung.

Auf dem Gebiete der Gesundheitsverwaltung war die Arbeit im wesentlichen schon im Sommer des vergangenen Jahres abgeschlossen. Die Versorgung der Reichsdeutschen und Volksdeutschen mit deutschen Ärzten wurde weiter ausgebaut. Heute sind gegenüber 10 Ärzten zu Beginn des Jahres dieses Jahres 22 deutsche Ärzte in Generalpraxis tätig. Außerdem bestehen zwei rein deutsche Krankenhäuser und acht deutsche Abteilungen in polnischen Krankenhäusern. Außerdem sind fünf deutsche Apotheken eingerichtet worden. Die Rohstoffversorgung des Großhandels und der

Apotheken und damit die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln ist sichergestellt. Die chemisch-pharmazeutischen Fabriken arbeiten wieder. Besonders eindrucksvoll sind die Erfolge auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung. Vorbeugenderweise wurden allein fast zwei Millionen Menschen einer Zwangsschutzimpfung unterzogen. Einen besonderen Eindruck von dem Erfolg der Seuchenbekämpfung vermittelt die Tatsache, daß im November 1940 im ganzen Generalgouvernement nur wenig über 200 Neuerkrankungen an Typhus gemeldet wurden, während im Dezember 1939 allein in der Stadt Warschau über 600 Personen allein an Typhus erkrankt sind. Die Zahl der Fleckfieberfälle betrug im April 1940 noch 1 200, im November 1940 war sie auf rund 140 zurückgegangen.

Zu einer gründlichen Organisation der gesamten Heilberufe im Generalgouvernement hat die Gesundheitskammer mit ihrem Zusammenschluß aller Heilberufe unter ihrer Führung erheblich beigetragen. In ihr sind über 18 000 Heilpersonen (Ärzte, Apotheker, Zahnärzte, Dentisten, Feldschere und Hebammen) zusammengeschlossen. Eine bei ihr an-

Apotheken und damit die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln ist sichergestellt. Die chemisch-pharmazeutischen Fabriken arbeiten wieder. Besonders einträglich voll sind die Erfolge auf dem Gebiete der Gesundheitsförderung. Vorberufliche wurden allein fast zwei Millionen Menschen einer Ernährungsaufklärung unterzogen. Einen besonderen Eindruck von dem Erfolg der Gesundheitsförderung vermittelt die Tatsache, daß im November 1940 im ganzen Generalgouvernement nur wenig über 200 Neuerkrankungen an Typhus gemeldet wurden, während im Dezember 1939 allein in der Stadt Warschau über 600 Personen allein an Typhus erkrankt sind. Die Zahl der Fleckenfieberfälle betrug im April 1940 noch 1.200, im November 1940 war sie auf 140 zurückgegangen.

Zu einer ähnlichen Organisation der gesamten Helfervere im Generalgouvernement hat die Gesundheitskammer mit ihren Zusammenschluss aller Helfervere unter ihrer Führung erheblich beigetragen. In ihr sind über 18.000 Helfervere (Ärzte, Apotheker, Zahnärzte, Dentisten, Feldscherer und Hebammen) zusammengeschlossen. Eine bei ihr an-

gegliederte Zentralstellenvermittlung sorgt für gleichmäßige Verteilung der Heilpersonen über das ganze Land.

1.) Die Entwicklung des Steuerwesens

Die bisher von den polnischen Steuerbehörden verwalteten Steuern und Gebühren werden nach den Bestimmungen der polnischen Gesetze von den Steuerbehörden unter Aufsicht der deutschen Finanzinspektoren weiterhin verwaltet und erhoben. Aus Gründen des Finanzbedarfs und der Vereinfachung sind eine Reihe polnischer Vorschriften des materiellen Steuerrechts insbesondere auf dem Gebiete der Einkommensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer sowie die Vorschriften über Veranlagung und Rechtsmittelverfahren in Steueransachen fortgebildet und teilweise grundlegend geändert worden. Das Steueraufkommen hat sich weiter günstig entwickelt. Das Netto-Aufkommen (nach Abzug der zum Teil beträchtlichen Anteile der Gemeinden) betrug in letzten Vierteljahr des Kalenderjahres 1939 monatlich durchschnittlich nur 5 bis 6 Millionen Zloty. Es ist gelungen, dieses Steueraufkommen im ersten Kalenderhalb-

Die Entwicklung der Finanzen,
Zölle und Monopole.
1940 auf monatlich durchschnittlich 18 Milli-
onen Zloty zu steigern. Der Monatsdurchschnitt
des letzten Kalendervierteljahres 1940 dürfte

1.) Die Entwicklung des Steuereingangs:

Die bisher von den polnischen Steueräm-
tern verwalteten Steuern und Gebühren wer-
den nach den Bestimmungen der polnischen
Gesetze von den Steuerämtern unter Auf-
sicht der deutschen Finanzinspektoren wei-
terhin verwaltet und erhoben. Aus Gründen
des Finanzbedarfs und der Vereinfachung
sind eine Reihe polnischer Vorschriften
des materiellen Steuerrechts insbesondere
auf dem Gebiete der Einkommensteuer, Grund-
steuer, Gewerbesteuer sowie die Vorschrif-
ten über Veranlagung und Rechtsmittelver-
fahren in Steuersachen fortgebildet und teil-
weise grundlegend geändert worden. Das
Steueraufkommen hat sich weiter günstig ent-
wickelt. Das Netto-Aufkommen (nach Abzug der
zum Teil beträchtlichen Anteile der Gemein-
den) betrug im letzten Vierteljahr des Kalen-
derjahres 1939 monatlich durchschnittlich nur
5 bis 6 Millionen Zloty. Es ist gelungen,
dieses Steueraufkommen im ersten Kalenderhalb-

Die Entwicklung der Finanzen,
Zölle und Monopole.

1.) Die Entwicklung des Steuerwesens

Die bisher von den polnischen Steuer-
gremien verwalteten Steuern und Gebühren wor-
den nach den Bestimmungen der polnischen
Gesetze von den Steuerbehörden unter Auf-
sicht der deutschen Finanzinspektoren wei-
terhin verwaltet und erhoben. Aus Gründen
des Finanzbedarfs und der Vereinfachung
sind eine Reihe polnischer Vorschriften
des materiellen Steuerrechts insbesondere
auf den Gebieten der Einkommensteuer, Grund-
steuer, Gewerbesteuer sowie die Vorschrif-
ten über Veranlagung und Hochsteuerver-
fahren in Steuerangelegenheiten fortgebildet und teil-
weise grundlegend geändert worden. Das
Steuerankommen hat sich weiter günstig ent-
wickelt. Das Netto-Einkommen (nach Abzug der
zum Teil betragsmäßigen Anteile der Gemein-
den) betrug im letzten Vierteljahr des Kalen-
derjahres 1939 monatlich durchschnittlich nur
5 bis 6 Millionen Zloty. Es ist gelungen,
dieses Steuerankommen im ersten Kalenderhalb-

ungen sind zum Teil so erheblich, daß vor allem auf die besonders betroffenen Städte Warschau und Krakau der monatliche Durchschnitt für das Jahr 1940 auf monatlich durchschnittlich 14 Millionen und im 3. Kalendervierteljahr 1940 auf monatlich durchschnittlich 18 Millionen Zloty zu steigern. Der Monatsdurchschnitt des letzten Kalendervierteljahres 1940 dürfte auf etwa 21 bis 22 Millionen Zl. liegen.

Durch die straffe Erfassung der gesamten staatlichen Einnahmen wurde eine planmäßige Steuerung der Ausgaben-Wirtschaft des Generalgouvernements mit dem Ziel einer zweckentsprechenden Verwendung der öffentlichen Gelder sichergestellt. Der Haushalt des Generalgouvernements weist einen Ausgabenbedarf von über 1 Milliarde Zloty auf. Trotzdem nach dem Feldzug die staatlichen Einnahme-Quellen fast völlig verschwunden waren, ist es in der kurzen Zeit der bisherigen Aufbauarbeit gelungen, die Ausgaben durch laufende ordentliche Einnahmen von über 930 Millionen Zloty zu decken. Außerdem konnten für großzügige Straßen- und Flußbaumaßnahmen aus außerordentlichen Mitteln 230 Millionen Zloty zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzlage der meisten Gemeinden ist schwierig. Einen gewissen Ausgleich hat die nach dem Muster der deutschen Bürgersteuer im Juni 1940 neu eingeführte Einwohnerabgabe geschaffen. In zahlreichen Fällen dringenden Finanzbedarfs sind außerdem Darlehnsaufnahmen genehmigt und Zuwendungen aus dem Ausgleichsstock gewährt worden. Diese Zuwendungen des ehemaligen polnischen Staates aufgenommen worden. Besondere Verbesserungen sind für Militär-

Jahr 1940 auf monatlich durchschnittlich
14 Millionen und im 3. Kalendervierteljahr
1940 auf monatlich durchschnittlich 18 Milli-
onen Klotz an steigen. Der Monatsdurchschnitt
des letzten Kalendervierteljahres 1940 dürfte
auf etwa 21 bis 22 Millionen Kt. liegen.

Durch die ständige Ersetzung der gesamten
staatlichen Einnahmen wurde eine planmäßige
Steuerung der Ausgaben-Wirtschaft des General-
gouvernements mit dem Ziel einer zweckmäßigen
ordnungsgemäßen Verwendung der öffentlichen Gelder
sicherergestellt. Der Haushalt des Generalgouver-
nements weist einen Ausgabenbedarf von über
1 Milliarde Klotz auf. Trotzdem nach dem Ende
des 2. staatlichen Einnahme-Quartals fast völlig
veranschlagt waren, ist es in der kurzen Zeit
der bisherigen Aufbauphase gelungen, die Aus-
gaben durch laufende ordentliche Einnahmen von
über 950 Millionen Klotz zu decken. Außerdem
konnten für großartige Straßen- und Flußbau-
nahmen aus außerordentlichen Mitteln 250 Millionen
Klotz zur Verfügung gestellt werden. Die Finanz-
lage der meisten Gemeinden ist schwierig. Einem
gewissen Ausmaß hat die nach dem Winter der
deutschen Bürgerkrieger im Juni 1940 neu einge-
führte Einkommensteuer zugeführt. In zahlreichen
Fällen dringenden Finanzbedarfs sind außerdem
Darlehensmaßnahmen genehmigt und Zuerkennung aus
dem Auslandsbank gewährt worden. Diese Zuer-

dungen sind zum Teil so erheblich, daß vor allem auf die besonders notleidenden Städte Warschau und Krakau der Ausgleichsstock von ursprünglich 10 Millionen Zloty auf 20 Millionen Zloty erhöht werden mußte. Außerdem erhalten die Gemeinden die erheblichen Kosten für den Sicherheitsdienst als Polizeikostenzuschuß wieder vergütet.

2.) Besoldungswesen.

Die Bezahlung der deutschen Gefolgschaftsmitglieder wird im Einzelfall durch die Abteilung Finanzen auf Grund der Bestimmungen der Tarifordnungen geregelt. Am 25. Oktober 1940 ist als Zusammenfassung der notwendigen Bestimmungen eine Dienstordnung für die im öffentlichen Dienst im Generalgouvernement beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder in Kraft gesetzt worden.

Bei der Besoldung der polnischen Beamten und Angestellten hat die Verordnung vom 3.11.1939 die Zahlungen von Zuschlägen und höheren Besoldungssätzen, als den seither vom polnischen Staat geleisteten, verboten. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse reichen die Besoldungen, besonders in den unteren Gruppen, kaum zur einfachsten Lebensweise aus. Mit Rücksicht darauf, daß eine allgemeine Besoldungserhöhung aus volkswirtschaftlichen und etatmäßigen Gründen nicht möglich ist, sind Sofortmaßnahmen, wie die Aufhebung der niedrigsten Besoldungsstufen und die Schaffung eines Zulagesystems für besonders tüchtige und zuverlässige polnische Gefolgschaftsmitglieder in Vorbereitung. In beschränktem Umfange sind auch Unterstützungszahlungen an Pensionsempfänger des ehemaligen polnischen Staates aufgenommen worden. Besondere Verbesserungen sind für Militär-

dungen sind zum Teil so erheblich, daß vor allem auf die besonders notleidenden Städte Rücksicht zu nehmen und Kräfte der Arbeitsbeschäftigung von wirtschaftlich 10 Millionen Zloty auf 20 Millionen Zloty erhöht werden müßte. Außerdem erhalten die Gemeinden die erheblichen Kosten für den Sicherheitsdienst als Polizeibeschäftigung wieder vergütet.

2.) Bedürfnisse.

Die Besetzung der deutschen Gefolgschaftsmittelglieder wird im Kinschiff durch die Abteilung Finanz zum auf Grund der Bestimmungen der Tarifordnungen geregelt. Am 25. Oktober 1940 ist als Zusammenfassung der notwendigen Bestimmungen eine Memorandum für die in öffentlichen Dienst im Generalverwaltungsverwaltung beschäftigten Gefolgschaftsmittelglieder in Kraft gesetzt worden.

Bei der Besetzung der polnischen Beamten und Angestellten hat die Verordnung vom 3.11.1939 die Bestimmungen von Ausschüssen und höheren Bediensteten, als den seither von polnischen Staat geleiteten, verboten. Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse stehen die Besetzungen, besonders in den unteren Gruppen, kaum zur einfachsten Lebensweise aus. Mit Rücksicht darauf, daß eine allgemeine Besetzungserhöhung aus volkswirtschaftlichen und staatlichen Gründen nicht möglich ist, sind Sofortmaßnahmen, wie die Aufhebung der niedrigsten Besetzungsklassen und die Schaffung eines Zulage Systems für besondere tüchtige und zuverlässige polnische Gefolgschaftsmittelglieder in Vorbereitung. In beschränktem Umfang sind auch Unterstützungszahlungen an Pensionärinnen des ehemaligen polnischen Staates aufgenommen worden. Besondere Verbesserungen sind für Militär-

rentenempfänger, die den Weltkrieg bei deutschen oder österreichischen Truppenteilen mitgemacht haben, geschaffen worden.

3.) Zölle und Verbrauchssteuern.

Das Zollrecht des Generalgouvernements wurde erstmals in der Zollverordnung vom 17.11.1939 zusammenfassend geregelt und durch die 5. Durchführungsvorschrift entsprechend den inzwischen gewonnenen Erfahrungen weiter ausgebaut und neu gefaßt. Mit der 6. Durchführungsverordnung vom 21.2.1940 zur Zollverordnung wurden die sogenannten autonomen Zollermaßigungen, die bereits in der polnischen Zeit außer Kraft getreten waren, wieder in Kraft gesetzt. In der Folgezeit wurde die Anwendung von Vertragszollsätzen erweitert, die Liste der durchführverbotenen Waren und der ausgleichsabgabepflichtigen Waren ergänzt und für monopolgebundene Waren der Erhebung der Monopolabgabe angeordnet. Es wurde ferner die Anwendung der Vertragszollsätze und der Meistbegünstigung im einzelnen geregelt und durch Anordnung des Leiters der Abteilung Finanzen vom 29.4.1940 die Zollfreiheit für die aus den ehemaligen polnischen, jetzt ins Reich eingegliederten Gebieten, stammenden Waren stufenweise ausgebaut.

Die Vorarbeiten für eine grundlegende Revision des früheren polnischen Zolltarifs, die eine Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten des Generalgouvernements bringen wird,

rentenempfänger, die den Weltkrieg bei
deutschen oder österreichischen Truppentei-
len mitgemacht haben, gesammelt worden.
3.) Kolle und Vertriebsstellen.

Das Kollekt des Generalgouvernements
wurde erstmals in der Kollektivierung von
17.11.1939 zusammenfassend geregelt und
durch die 5. Durchführungsverordnung ent-
sprechend den zwischen gewonnenen Krieh-
truppen weiter ausgebaut und neu geformt.
Mit der 6. Durchführungsverordnung vom 21.2.
1940 zur Kollektivierung wurden die sog-
enannten autonomen Kollektivierungen, die
bereits in der polnischen Zeit außer Kraft
gefallen waren, wieder in Kraft gesetzt. In
der Folgezeit wurde die Anwendung von Ver-
triebsstellen erweitert, die Maße der durch-
führungsverordnungen waren und der ausgleichsgebende
pflichtigen Waren ergänzt und für monopolge-
bundene Waren der Erhebung der Monopolgebühren
angeordnet. Es wurde ferner die Anwendung der
Vertriebsstellen und der Meldestellung im
einzelnen geregelt und durch Änderung des Lei-
ters der Abteilung Finanzen vom 29.4.1940 die
Kollektivität für die aus dem ehemaligen polni-
schen, jetzt ins Reich eingegliederten Gebie-
ten, stammenden Waren ebenfalls ausgebaut.
Die Vorschriften für eine gründliche Revision
des früheren polnischen Kollektivs, die eine
Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Gegeben-
heiten des Generalgouvernements bringen wird,
sind dem Reichsministerium für Wirtschaft

sind bereits in Angriff genommen.

Bei den ehemaligen polnischen Verbrauchssteuern war zunächst eine Weitererhebung in der alten Höhe vorgesehen. Unter Angleichung an die steuerliche Belastung auf diesem Gebiete im Reich mußte die Biersteuer und die Zuckersteuer erheblich erhöht werden. Die Einnahmen auf dem Gebiete der Zoll- und Verbrauchssteuern weisen im Jahre 1940 eine ständige und zum Teil erhebliche Steigerung auf. Ihre Entwicklung ist aus der Tabelle am Schluß des Beitrags ersichtlich.

4.) Die Generaldirektion der Monopole.

Bereits im Jahre 1939 war es gelungen, sämtliche Monopolbetriebe, mit Ausnahme des durch Kriegseinwirkung stark zerstörten Trinkbranntweinwerkes Warschau, wieder voll in Betrieb zu bringen. Im Jahre 1940 wurde auch dieses Werk wieder aufgebaut. Darüberhinaus hat die Generaldirektion der Monopole im Jahre 1940 neue Werke geschaffen und mit dem Bau weiterer Erzeugungsstätten, die in den Jahren 1940 und 1941 in Betrieb gehen werden, begonnen. Vor allem aber wurde auf Grund der guten Erfahrungen, die mit der Monopolwirtschaft im Generalgouvernement gemacht wurden, der Aufgabenbereich der Monopolverwaltung durch die Schaffung neuer Monopole, nämlich des Mineralölmonopols, Süßstoffmonopols und des Glück-

und bereits im Angriff genommen.
Bei den ehemaligen polnischen Verwaltungen
steuerten war zunächst eine Weiterverbreitung
in der ersten Hälfte vorgesehen. Unter An-
gleichung an die österreichische Belastung
auf diesem Gebiete im Reich wurde die Bier-
steuer und die Zuckersteuer erheblich er-
höht werden. Die Einkommen auf dem Gebiete
der Zoll- und Verbrauchssteuern weisen im
Jahre 1940 eine erhebliche und zum Teil erheb-
liche Steigerung auf. Ihre Entwicklung ist
aus der Tabelle am Schluß des Heftes er-
sichtlich.

4.) Die Generaldirektion der Monopole.

Bereits im Jahre 1939 war es gelungen, sämt-
liche Monopolbetriebe, mit Ausnahme des
durch Kriegseinwirkung stark zerstörten Trink-
brunnenbetriebs, wieder voll in Be-
trieb zu bringen. Im Jahre 1940 wurde auch die
den Werk wieder aufgebaut. Darüber hinaus hat
die Generaldirektion der Monopole im Jahre
1940 neue Betriebe geschaffen und mit dem Bau
weiterer Erzeugungsanlagen, die in den Jahren
1940 und 1941 in Betrieb gehen werden, begon-
nen. Vor allem aber wurde auf Grund der guten
Ergebnisse, die mit der Monopolwirtschaft im
Generalgouvernement gemacht wurden, der Aufga-
benbereich der Monopolverwaltung durch die
Schaffung neuer Monopole, nämlich des Mineral-
monopols, Salzmonopols und des Glück-

spielmonopols wesentlich erweitert.

Die vier Tabak- und Zigarettenwerke in Krakau, Das finanzielle Ergebnis (siehe Anlage 2 und 3) des Jahres 1940 zeigt, daß der eingeschlagene Weg richtig war. Im einzelnen ist über die Tätigkeit der verschiedenen Monopole im Jahre 1940 und hinsichtlich des geplanten künftigen Ausbaues folgendes zu sagen:

a) Tabakmonopol. Im Jahre 1940 wurden rund 4 700 ha mit Tabak bebaut, was gegenüber dem Jahre 1939 eine Steigerung der Anbaufläche um rund 18 % bedeutet.

Zur Fermentation dieses Tabaks wurde neben dem bisherigen polnischen Kammerssystem, das amerikanische Redrying-System eingeführt. Die erste derartige Anlage wurde am 1. 4. 11. 1940 in Lublin in Betrieb genommen und ist in der Lage, monatlich über 500 000 kg Rohtabak zu fermentieren. Im Vergärungswerk Czyzyny ist der Einbau einer weiteren Schnellfermentationsanlage bereits so weit fortgeschritten, daß mit der Inbetriebnahme Ende Januar 1941 gerechnet werden kann.

Für das Jahr 1941 ist eine weitere Vergrößerung der Tabakanbaufläche um rund 60 v.H. geplant. Zur Bewältigung des Ernteertrages werden weitere Schnellfermentationsanlagen aufgestellt werden. Gleichzeitig ist eine Erweiterung des Vergärungswerkes in Lublin durch Errichtung eines neuen Tabakspeichers vorgesehen.

Die Trinkbrauwerke in Krakau und Warschau sind allein nicht in der Lage, den Bedarf des Generalgouvernements zu decken. Es war daher

apfelmonopole wesentlich erweitert.

Das finanzielle Ergebnis (siehe Anlage 2 und 3) des Jahres 1940 zeigt, daß der eingeschlagene Weg richtig war. Im einzelnen ist über die Tätigkeit der verschiedenen Monopole im Jahre 1940 und hinsichtlich des geplanten künftigen Ausbaues folgendes zu sagen:

a) Tabakmonopol. Im Jahre 1940 wurden rund 4 700 ha mit Tabak bebaut, was gegenüber dem Jahre 1939 eine Steigerung der Anbaufläche um rund 18 % bedeutet.

Zur Fermentation dieses Tabaks wurde neben dem bisherigen polnischen Kammerwerk, das amerikanische Redwing-System eingesetzt. Die erste fertige Anlage wurde am 4.11.1940 in Lublin in Betrieb genommen und ist in der Lage, monatlich über 500 000 kg Rohtabak zu fermentieren. Im Vergärungswerk Guryv ist der Einbau einer weiteren Schnellfermentationanlage bereits so weit fortgeschritten, daß mit der Inbetriebnahme Ende Januar 1941 gerechnet werden kann.

Für das Jahr 1941 ist eine weitere Vergrößerung der Tabakanbaufläche um rund 60 v. H. geplant. Zur Bewässerung des Fruchtbarees werden weitere Schnellfermentationen aufgestellt werden. Gleichzeitig ist eine Erweiterung des Vergärungswerkes in Lublin durch Errichtung eines neuen Tabakfabrikates vorgesehen.

Die vier Tabak- und Zigarettenwerke in Krakau, Radom und Warschau I und II wurden modernisiert und teilweise mit neuen Maschinen, Installationen und Anlagen ausgestattet. Dadurch wurde einerseits eine Steigerung der Erzeugung, andererseits eine Senkung der Gesteungskosten erzielt.

Bei dem großen Mangel an Zigarren für die im Generalgouvernement eingesetzten Deutschen erwies sich die Errichtung eines eigenen Zigarrenwerkes im Generalgouvernement als notwendig. Das Werk wurde in der kurzen Bauzeit von etwa 4 Monaten in Krakau geschaffen und ist mit seinen modernen Fabrikationsanlagen zunächst auf eine Jahreserzeugung von rund 17,3 Millionen Stück eingerichtet. Die Betriebseröffnung hat am 1. November 1940 stattgefunden.

In Radom wurde ein von dem ehemaligen polnischen Tabakmonopol im Jahre 1939 errichtetes Werksgebäude mit den erforderlichen Einrichtungen und Maschinen versehen. Das neue Werk wird voraussichtlich im nächsten Jahre in Betrieb gehen.

b) Branntweinmonopole. Das Trinkbranntweinwerk in Warschau war im Februar 1940 bereits wieder in verkleinertem Produktionsumfang betriebsfähig. Das Flaschenlackwerk in Siedlce ist seit September 1940 in Betrieb und erzeugt monatlich rund 15 000 kg Flaschenlack. Die Trinkbranntweinwerke in Krakau und Warschau sind allein nicht in der Lage, den Bedarf des Generalgouvernements zu decken. Es war daher

Die vier Tabak- und Zigarettenwerke in Krakau, Radom und Warschau I und II wurden modernisiert und teilweise mit neuen Maschinen, Installations- und Anlagen ausgestattet. Dadurch wurde einerseits eine Steigerung der Erzeugung, andererseits eine Senkung der Herstellungskosten erzielt.

Bei dem großen Mangel an Zigaretten für die in der Generalverwaltung eingesetzten Deutschen erwies sich die Erhaltung eines eigenen Zigarettenwerkes in der Generalverwaltung als notwendig. Das Werk wurde in der kurzen Bauzeit von etwa 4 Monaten in Krakau geschaffen und ist mit seinen modernen Fabrikationsanlagen zunächst auf eine Jahreserzeugung von rund 17,5 Millionen Stück eingerichtet. Die Betriebsöffnung hat am 1. November 1940 stattgefunden.

In Radom wurde ein von dem ehemaligen polnischen Tabakmonopol im Jahre 1939 expropriertes Werkgebäude mit den erforderlichen Einrichtungen und Maschinen versehen. Das neue Werk wird voraussichtlich im nächsten Jahre in Betrieb gehen.

b) Erzeugnisse. Das Trinkbranntweinwerk in Warschau war im Februar 1940 bereits wieder in vollem Produktionsumfang betriebsfähig. Das Flaschenlackwerk in Stettin ist seit September 1940 in Betrieb und erzeugt monatlich rund 15 000 kg Flaschenlack.

Die Trinkbranntweinwerke in Krakau und Warschau sind allein nicht in der Lage, den Bedarf des Generalgouvernements zu decken. Es war daher

c) Salzmonopole. Die Salzwerke Wiedliczka
erforderlich, in Lublin ein weiteres Trink-
branntweinwerk zu errichten. Die hierzu vorge-
nommenen Arbeiten stehen vor dem Abschluß, so-
daß das neue Werk demnächst in Betrieb gehen
kann. Die vorhandenen Branntweinreinigungswerke
sind hergerichtet worden und sämtlich wieder
in Betrieb. Die beiden Melassebrennereien in
Cholm und Zyrardow stehen unter treuhänderischer
Verwaltung der Generaldirektion der Monopole.

stellt. Der gesamte Salzbesitz in Generalgou-
Im Generalgouvernement waren 296 landwirtschaft-
liche Brennereien vorhanden, die zum Teil durch
die Kriegssereignisse beschädigt waren. Durch ge-
eignete Maßnahmen wurden noch im Betriebsjahr
1939/40 174 Brennereien und bis heute 230 Bren-
nereien wieder in Betrieb gesetzt. Der Kessel-
wagenpark des Branntweinmonopols wurde durch
Erfassung und Wiederherstellung der Wagen des
früheren polnischen Monopols auf 130 betriebs-
fähige Wagen gesteigert, 29 weitere Wagen befin-
den sich im Bau.

Im Betriebsjahr 1939/40 wurden 5 Millionen Liter
Kartoffelsprit erzeugt. Im Jahre 1940/41 ist mit
einer Erzeugung von rund 24 Millionen Liter zu
rechnen. Bei dem großen Bedarf an wirklich ein-
wandfreien Likören hat die Generaldirektion der
Monopole sich entschlossen, auch die Likörerzeu-
gung aufzunehmen. Sie hat hierzu ein Unternehmen
in Krakau angekauft, das Spitzenqualitäten er-
zeugt. Außerdem hat sie für die Erzeugung der Kon-
sumwaren im Trinkbranntweinwerk Krakau eine ent-
sprechende Anlage geschaffen, die seit 15. Dezem-
ber 1940 in Betrieb ist.

erforderlich, im Hinblick ein weiteres Trink-
brennweinwerk zu errichten. Die hierzu vorge-
nommenen Arbeiten stehen vor dem Abschluß, so-
daß das neue Werk demnächst in Betrieb gehen
kann. Die vorhandenen Brennweinverarbeitungs-
einrichtungen sind hergerichtet worden und sämtlich wieder
in Betrieb. Die beiden Melassebrennereien in
Göln und Rheydt stehen unter fremdbetrieblicher
Verwaltung der Generaldirektion der Monopole.

Im Generalgouvernement waren 296 Landwirtschaft-
liche Brennereien vorhanden, die zum Teil durch
die Kriegserlasse beschlagnahmt waren. Durch ge-
eignete Maßnahmen wurden noch im Betriebsjahr
1939/40 174 Brennereien und als heute 230 Bren-
nereien wieder in Betrieb gesetzt. Der Kessel-
wesenpark des Brennweinmonopols wurde durch
Erlassung und Wiederherstellung der gegen das
frühere polnische Monopol auf 130 betriebs-
fähige Anlagen gesteigert, 29 weitere Anlagen befin-
den sich im Bau.

Im Betriebsjahr 1939/40 wurden 5 Millionen Liter
Kartoffelsprit erzeugt. Im Jahre 1940/41 ist mit
einer Erzeugung von rund 24 Millionen Liter zu
rechnen. Bei dem großen Bedarf an wirklich ein-
wandfreien Likören hat die Generaldirektion der
Monopole sich entschlossen, auch die Likörher-
stellung aufzunehmen. Sie hat hierzu ein Unter-
nehmen in Krakau angekauft, das Spitzenqualitäten er-
zeugt. Außerdem hat sie für die Erzeugung der Kon-
sumierten im Trinkbrennweinwerk Krakau eine ent-
sprechende Anlage geschaffen, die seit 1. Dezem-
ber 1940 in Betrieb ist.

a) Salzmonopole. Die beiden in General-
c) Salzmonopole. Die Salzwerke Wiedliczka
und Bochnia sind in der Lage, den gesamten
Bedarf des Generalgouvernements an Speise-,
Vieh- und Industriesalz zu decken und darüber-
hinaus noch nennenswerte Mengen für den Ex-
port bereitzustellen. Das Salzwerk Wiedliczka
erzeugt neben Steinsalz in einer modernen
Vacuumanlage auch Siedesalz, während das
Salzwerk Bochnia Steinsalz und Viehsalzbri-
ketts (als Lecksteine für Vieh und Wild) her-
stellt. Der gesamte Salzabsatz im Generalgou-
vernement geschieht durch Salzgroßhändler,
die unter Überwachung der Hauptzollämter als
Monopolämter stehen. Der Salzgroßhandel ist
sofort nach Beendigung des Feldzuges in Polen
wieder in Gang gebracht worden. Anfängliche
Salzverknappungen waren durch Transportschwie-
rigkeiten bedingt. Für den Winter 1940/41 wur-
den in allen größeren Städten Salzfreiläger
eingerrichtet, die auch bei Transportstörungen
eine Versorgung der Bevölkerung auf einige
Zeit ermöglichen.

Die Generaldirektion der Monopole liefert Salz
ins Reich, ins Protektorat und in die Slowakei.
Größere Verträge mit den nordischen Staaten
wurden vorbereitet und befinden sich unmittel-
bar vor dem Abschluß.
Für 1941 ist eine weitgehende Rationalisierung
der Betriebe geplant, die vor allem eine Senkung
der verhältnismäßig hohen Gesteungskosten
bringen soll.

e) Salzmonopole. Die Salzwerke Wiedlitz und Bochnia sind in der Lage, den gesamten Bedarf des Generalgouvernements an Speisesalz- und Industriezwecken zu decken und darüber hinaus noch nennenswerte Mengen für den Export bereitzustellen. Das Salzwerk Wiedlitz erzeugt neben Steinsalz in einer modernen Vakuumanlage auch Stodansalz, während das Salzwerk Bochnia Steinsalz und Viehsalz produziert (als Lecksteine für Vieh und Wild) herstellt. Der gesamte Salzbedarf im Generalgouvernement geschieht durch Salzgroßhändler, die unter Überwachung der Hauptkontrolle als Monopolisten stehen. Der Salzgroßhandel ist sofort nach Beendigung des Feldzuges in Polen wieder in Gang gebracht worden. Anfangliche Salzverknappungen waren durch Transportschwierigkeiten bedingt. Für den Winter 1940/41 wurden in allen größeren Städten Salzverläger eingerichtet, die auch bei Transportstörungen eine Versorgung der Bevölkerung auf einige Zeit ermöglichen.

Die Generaldirektion der Monopole liefert Salz, wie Mehl, im Protektorat und in die Slowakei. Größere Verträge mit den nordischen Staaten wurden vorbereitet und befinden sich unmittelbar vor dem Abschluss. Für 1941 ist eine weitgehende Rationalisierung der Betriebe geplant, die vor allem eine Senkung der verhältnismäßig hohen Gestehungskosten bringen soll.

d) Zündholzmonopole. Die beiden im Generalgouvernement gelegenen Zündholzfabriken, die Privatbesitz sind, haben bald nach Beendigung des Feldzuges ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und beliefern nach Überwindung der anfänglich sich auch hier sehr nachteilig auswirkenden Transportschwierigkeiten das gesamte Generalgouvernement ausreichend mit Zündhölzern. Da die Ausbeutung des Zündholzmonopols durch den früheren polnischen Staat einer Gesellschaft mit vorherrschend ausländischem Kapital übertragen war, wurde durch Verordnung über die Änderung der Vorschriften über das Zündholzmonopol vom 25.11.1939 verfügt, daß die aus dem Zündholzmonopol eingehenden staatlichen Einnahmen vorerst auf ein Sonderkonto der Generaldirektion der Monopole einzuzahlen sind.

e) Glücksspielmonopol. Das ehemals polnische Lotteriemonopol, das in Form einer Klassenlotterie bestand, konnte infolge der veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der bisherigen Form nicht wieder aufgenommen werden. Es wurde daher am 1.9.1940 an Stelle dieses Monopols ein wesentlich erweitertes Glücksspielmonopol im Generalgouvernement errichtet, das die Veranstaltung von Glücksspielen aller Art, den Betrieb von Spielbanken und von Glückspielautomaten und die Veranstaltung von Lotterien umfaßt. Zur Auswertung dieses Monopols wurde am 31.8.1940 aus Mitteln der Generaldirektion der Monopole die "Casino-Gesellschaft m.b.H." mit Sitz in Krakau gegründet, die die

d) Staatsholzmonopole. Die beiden im General-
regiment gelassenen Staatsholzmonopole, die
Privatbesitz sind, haben bald nach Beendigung
des Polens ihre Tätigkeit wieder aufgenommen
und sind bald nach Beendigung der ersten
Kriegsjahre auch hier wieder vollständig auszu-
geblieben. Die Transportleistungen des General-
regiments sind ausserhalb des Staatsholzmonopols durch
den früheren polnischen Staat einer Gesellschaft
mit vorwiegend ausländischen Kapital über-
tragen. Diese wurde durch Verordnung über die An-
nahme der Vorschriften über das Staatsholzmonopol
vom 22.11.1919 verfügt, das die aus dem
Staatsholzmonopol eingehenden staatlichen Einnah-
men vorerst auf ein Bankkonto der Generaldirek-
tion der Monopole einzusammeln sind.

e) Glücksspielmonopole. Das ehemalige polnische
Lotteriemonopol, das in Form einer Klassen-
lotterie bestand, konnte infolge der veränderten
wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse
in der bisherigen Form nicht wieder aufgenommen
werden. Es wurde daher am 1.9.1940 an Stelle
dieses Monopols ein wesentlich erweitertes
Glücksspielmonopol im Generalregiment etabliert,
das die Veranstaltung von Glücksspielen
aller Art, den Betrieb von Spielbanken und von
Glücksspielautomaten und die Veranstaltung von
Lotterien umfasst. Zur Auswertung dieses Monopols
wurde am 31.8.1940 aus Mitteln der General-
direktion der Monopole die "Casino-Gesellschaft
s.p.a." mit Sitz in Krakau gegründet, die die

Errichtung und Unterhaltung von Spielbanken, die Aufstellung und den Betrieb von Glücksspielautomaten und die Schaffung und Unterhaltung von Einrichtungen zur Hebung des Fremdenverkehrs zum Gegenstand hat. Durch diese Gesellschaft wurde bereits am 19.10.1940 in Warschau eine Spielbank für die polnische Bevölkerung eröffnet. Der Spielbetrieb erbrachte schon in den ersten Monaten erfreuliche Einnahmen. Von den Einnahmen der Spielbank ist eine Spielbankabgabe (Monopolabgabe) zu entrichten, die 50 v.H. der monatlichen Bruttospieleinnahmen beträgt.

Für das Jahr 1941 ist u.a. der Ausbau der Spielbank durch die Hinzunahme weiterer Räumlichkeiten, die Aufstellung von Glücksspielautomaten, die Errichtung eines neuzeitlichen Großhotels in Krakau und die Wiedereinführung des schon aus der österreichischen Zeit in Galizien bekannten kleinen Lottos im gesamten Gebiet des Generalgouvernements vorgesehen.

f) Süßstoffmonopol. Schon vor dem Feldzug in Polen hat stets eine stark illegale Einfuhr von Süßstoffen an das frühere polnische Staatsgebiet stattgefunden. Nach Übernahme der Verwaltung in deutsche Hände mußte diese Zufuhr in legale Bahnen gelenkt und es mußte gleichzeitig durch entsprechende Anpassung an die jeweils vorhandenen Zuckermengen für eine ausreichende Versorgung des Marktes gesorgt werden.

Errichtung und Unterhaltung von Spielbanken,
die Aufstellung und den Betrieb von Glück-
spielautomaten und die Eröffnung und Unterhal-
tung von Einrichtungen zur Hebung des Fremden-
verkehrs zum Gegenstand hat. Durch diese Ge-
sellenschaft wurde bereits am 19.10.1940 in
Warschau eine Spielbank für die polnische Be-
völkerung eröffnet. Der Spielbetrieb erstreckte
sich in den ersten Monaten örtlich auf Kin-
nahmen. Von den Einnahmen der Spielbank ist eine
Spielbankabgabe (Monopolabgabe) zu entrichten,
die 30 v. H. der monatlichen Bruttoeinnahme-
nahmen beträgt.

Für das Jahr 1941 ist u. a. der Ausbau der Spiel-
bank durch die Hinannahme weiterer Spiel-
ketten, die Aufstellung von Glückspielautomaten,
die Errichtung eines neuzeitlichen Großhotels
in Krakau und die Wiedererrichtung des schon aus
der Unterbesessenen Zeit in Gdansk bekannten
Kasinos in den gesamten Gebiet des Generalgou-
vernements vorgesehen.

1) Glücksspielmonopol. Schon vor dem Krieg in
Polen hat stets eine stark illegale Einfuhr
von Glücksspielen an das frühere polnische Staats-
gebiet stattgefunden. Nach Übernahme der Ver-
waltung in deutsche Hände mußte diese Einfuhr
in legale Bahnen gelenkt und es mußte gleichzei-
tig durch entsprechende Anpassung an die je-
weils vorhandenen Rückkehrerzahlen für eine ausrei-
chende Versorgung des Marktes gesorgt werden.

Zur Lösung dieser Aufgaben war das Monopol die gegebene Lösung. Durch Verordnung vom 24.4.1940 wurde daher mit Wirkung am 1.5. 1940 das Süßstoffmonopol im Generalgouvernement eingeführt. Die Generaldirektion der Monopole, der die Verwaltung dieses Monopols obliegt, deckt ihren Süßstoffbedarf ausschließlich bei den deutschen Süßstofffabriken. Der Bedarf beläuft sich für die Zeit bis Ende September 1940 auf rund 100 000 kg Rein-Süßstoff (550-fach) von denen 40 000 kg zur Ausfuhr aus dem Reich freigegeben und durch die deutschen Süßstofffabriken auch größtenteils schon geliefert worden sind.

Auch hinsichtlich der Versorgung der Wehrmacht hat sich die einheitliche Zusammenfassung des gesamten g) Mineralölmonopole. Die unübersichtliche polnische Mineralölbesteuerung wurde durch ein Mineralölmonopol, das durch die Verordnung über die Einführung eines Mineralölmonopols vom 20.1. 1940 geschaffen wurde und am 1.2.1940 in Kraft getreten ist, abgelöst. Das Mineralölmonopol ist ein Handelsmonopol. Es übernimmt die im Generalgouvernement hergestellten und in das Generalgouvernement eingeführten Mineralöle zum Übernahme-Preis und gibt sie zu einem Abgabepreis an die Monopol-Vertriebsgesellschaft für Mineralöle m.b.H. weiter, die den Vertrieb bis zum Verbraucher beversorgt. der Bevölkerung mit einwandfreien Erzeugnissen und zu gleichbleibenden Preisen sicherzustellen. Aus dem Preisunterschied zwischen Übernahme- und Abgabepreis ergibt sich die Einnahme des Monopols. Die Einnahmen des Monopols stiegen im Laufe des

Zur Lösung dieser Aufgaben war das Monopol
die gegebene Lösung. Durch Verordnung vom
24.4.1940 wurde daher mit Wirkung am 1.5.
1940 das Sulfatmonopol im Generalgouverne-
ment eingerichtet. Die Generaldirektion der Mo-
nopol, der die Verwaltung dieses Monopols ob-
liegt, deckt ihren Sulfatbedarf ausschließlich
noch bei den deutschen Sulfatfabriken. Der
Bedarf beläuft sich für die Zeit bis Ende
September 1940 auf rund 100 000 kg Sulfat-
stoff (550-fach) von denen 40 000 kg zur Ausfuhr
aus dem Reich freigegeben und durch die deutschen
Sulfatfabriken nach Größtentellen schon gelie-
fert worden sind.

2) Mineralölmonopol. Die künftige ökonomische poli-
tische Mineralölversorgung wurde durch ein
Mineralölmonopol, das durch die Verordnung über
die Einrichtung eines Mineralölmonopols vom 20.1.
1940 geschaffen wurde und am 1.2.1940 in Kraft
getreten ist, abgelöst. Das Mineralölmonopol ist
ein Handelsmonopol. Es übernimmt die im General-
gouvernement hergestellten und in das Generalgou-
vernment angelieferten Mineralöle zum Übernahme-
preis und gibt sie zu einem Abgabepreis an die
Monopol-Vertriebsgesellschaft für Mineralöle m.b.H.
weiter, die den Vertrieb des zum Verbrauch be-
stehenden.

Aus dem Preisunterschied zwischen Übernahme- und
Abgabepreis ergibt sich die Einnahme des Monopols.
Die Einnahmen des Monopols fließen im Laufe des

Anlage 1

Jahres infolge Senkung der Übernahmepreise und Erhöhung der Abgabepreise bei gleichbleibenden Verkaufspreisen so stark an, daß sie etwa doppelt so hoch sind als die Einnahmen, die bei Weitergeltung der polnischen Mineralöl-Steuer-gesetzgebung bei gleichem Umsatz erzielt worden wären. Außerdem ist der gesamte Verteilungsapparat verbilligt worden durch die Monopolstellung der Monopol-Vertriebsgesellschaft für Mineralöl m.b.H., der das Alleinrecht zum Vertrieb im Generalgouvernement übertragen ist und die unter maßgebendem Einfluß der Monopolverwaltung steht.

Auch hinsichtlich der Versorgung der Wehrmacht hat sich die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Mineralölvertriebes als äußerst zweckmäßig erwiesen.

Einnahmen (abgerundet)

Das abgelaufene Jahr hat den Beweis dafür erbracht, daß der Gedanke der Zusammenfassung der früheren polnischen Staatsmonopole unter eine einheitliche straffe Leitung richtig war, und daß die Monopole, unter den besonderen Verhältnissen des Generalgouvernements in der Lage sind, in einfachster und sicherer Weise die notwendigen Mittel für den Wiederaufbau des Landes hereinzubringen und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreien Erzeugnissen und zu gleichbleibenden Preisen sicherzustellen.

Der Staat hat die Aufgabe, die Versorgung der Bevölkerung mit Mineralen zu sichern. Infolge der Abnahme der heimischen Erzeugung der Mineralien hat die Regierung die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen. Diese Maßnahme ist notwendig, um die heimische Erzeugung zu fördern und die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen. Die Regierung hat die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen, um die heimische Erzeugung zu fördern und die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen.

Die Regierung hat die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen, um die heimische Erzeugung zu fördern und die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen. Die Regierung hat die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen, um die heimische Erzeugung zu fördern und die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen. Die Regierung hat die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen, um die heimische Erzeugung zu fördern und die Abgabe von Mineralen auf den Export zu erhöhen.

Anlage 1

Aufstellung

des Aufkommens an Zöllen und Verbrauchssteuern

im I. bis III. Kalendervierteljahr 1940.

(IV. Rechnungsvierteljahr 1939 und
I. und III. 1940)

Einnahmen (abgerundet)

Abgaben und Steuerart 28 --

I. Kalenderviertel II.
1940
Złoty

Zölle	1.171.600,--	6.0
Zuckersteuer	11.281.100,--	14.4
Stückeszuckersteuer	55.600,--	
Biersteuer	3.212.300,--	3.0
Weinsteuer	175.800,--	2
Kohlensäuresteuer	28.200,--	1
Fettsteuer	--	
Hefesteuer	1.898.400,--	1.6
Essigsäuresteuer	12.300,--	
Abgabe von Mehl und Grütze	26.300,--	
Akzisenpatentabgabe	487.100,--	1
Mineralölsteuer	427.700,--	3
Punzierungsgebühren	21.500,--	
Gebühr für Zuckervirtschaftszwecke	27.000	
Sonstige Verbrauchssteuern (Nachweg. Grenzzollkassen)	--	
Ausgleichsabgabe	--	
Leuchtmittelsteuer	--	

Gesamtsumme:

18.824.900,-- 26.1

	II. Kalenderviertel 1940 Zloty	III. Kalenderviertel 1940 Zloty	IV. Kalenderviertel 1940 Zloty
	6.018.800,—	11.796.600,—	18.987.000,—
	14.409.600,—	10.477.600,—	36.168.300,—
	46.500,—	40.300,—	142.400,—
	3.064.300,—	3.821.100	10.097.700,—
	205.000,—	134.300,—	515.100,—
	160.300,—	170.800,—	359.300,—
	100,—	—	100,—
	1.696.000,—	1.766.500,—	5.360.900,—
	19.600,—	25.700,—	57.600,—
	1.400,—	—	27.700,—
	147.100,—	626.000,—	1.260.200,—
	300.800,—	62.900,—	791.400,—
	45.500,—	83.100,—	150.100,—
	—	—	27.000,—
	—	100.700,—	100.700,—
	8.300,—	35.400,—	43.700,—
	13.000,—	—	13.000,—
	26.136.300	29.141.000,—	74.102.200,—

Anlage 2

Generaldirektion der Monopole
im Generalgouvernement
(Hauptmonopolzweige)

		Einnahmen	Ausgaben	Ablieferungen
<u>Tabakmonopol</u>				
1. Kalender-	1940	61.747.085,91	4.795.397,71	60.939.500,--
viertel				
2. "	1940	86.139.085,74	3.030.113,38	76.503.149,77
3. "	1940	88.764.742,28	6.507.697,33	67.594.277,50
4. "	1940	79.970.990,81	6.582.187,36	58.000.000,--
		316.621.904,74	20.915.395,78	263.036.927,27
<u>Salzmonopol</u>				
1. Kalender-	1940	20.927.739,01	7.099.074,84	14.272.585,03
viertel				
2. "	1940	11.444.551,10	722.004,02	6.727.414,97
3. "	1940	9.967.540,41	1.133.561,80	7.000.000,--
4. "	1940	13.372.908,03	1.086.556,83	6.800.000,--
		55.712.738,55	10.041.197,49	34.800.000,--
<u>Branntweinmonopol</u>				
1. Kalender-	1940	23.583.981,02	2.511.844,39	22.180.000,--
viertel				
2. "	1940	21.989.024,26	3.284.527,53	16.769.435,26
3. "	1940	26.693.089,08	6.211.856,43	13.000.000,--
4. "	1940	67.379.342,10	17.106.091,39	44.300.000,--
		139.645.436,46	29.114.319,74	96.249.435,26

Anlage 3

Mehrerträge des Monopols.

Durch Preiserhöhung wurden in der Zeit vom
1. Januar bis 31. Dezember 1940 erzielt:

Tabakmonopol :

Mehrertrag Zl. 116.056.293,42

Salzmonopol:

Mehrertrag " 21.952.300,--

Branntweinmonopol:

Mehrertrag " 61.101.662,--

Mineralölmonopol:

Gesamteinnahmen

a) nach poln. Steuerrecht in der
Zeit vom 1.2. bis 31.12.1940
Zl. 8.568.699,06

b) aufgrund des
Mineralölmonop. " 15.090.031,23

mithin Mehrertrag f.d. Mineralölmonop. " 6.521.332,17

zusammen: Zl. 205.631.587,59

=====

I V. Die Wirtschaft.

Durch Kriegshandlungen beschädigte Betriebe
Die kriegswirtschaftliche Leistung des Generalgouvernements.

Jahres seien die folgenden Zahlen einer im
Maßgebend für die Wirtschaftsführung im Generalgouvernement waren die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse des Reiches. Hierbei stand in der ersten Hälfte des Jahres die Erfassung vorhandener Rohstoffbestände und deren Überführung ins Reich im Vordergrund. Die dem Generalgouverneur als Bevollmächtigten für den Vierjahresplan unterstellte Dienststelle für den Vierjahresplan in Krakau hat bis zu ihrem Aufgehen in der Abteilung Wirtschaft der Regierung des Generalgouvernements (31.7.1940) sehr erhebliche Bestände an Baumwolle, Flachs, Metallen u. dgl. an das Reich abgeliefert. An Schrott allein wurden aus dem Generalgouvernement bis zum 30.9.1940 230,000 to abtransportiert und den ober-schlesischen Stahlöfen zugeführt.

der Bohrungen in den ersten Kriegsmonten und
den strengen Winter bedingten Abfall der Monate.
Neben der Rohstoffeffassung wurde die schon im Spätherbst 1939 eingeleitete Inangsetzung der Rüstungsbetriebe für die Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft ausgebaut und neben den Waffen- und Munitionfabriken die eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie sowie Betriebe der Metallverarbeitung, der optischen Industrie, der Textilindustrie usw. in den Dienst der Kriegsproduktion gestellt.

wird.

Durch Kriegshandlungen beschädigte Betriebe waren wieder in Gang gesetzt. Als Beispiel für die Leistungssteigerung im Laufe des Jahres seien die folgenden Zahlen einer im Distrikt Warschau durchgeführten Erhebung genannt. Darnach arbeiten in kriegswichtigen Industriezweigen des Distrikts im Jahre 1938 von 3700 te auf eine Monatsförderung von 38.100 te

im Jan. 1940	614 Betriebe mit	26.139 Arbeitern
im Juli 1940	750 Betriebe mit	42.201 Arbeitern
im Okt. 1940	727 Betriebe mit	46.644 Arbeitern

Im einzelnen erläutern die folgenden Beispiele einiger Zweige der gewerblichen Wirtschaft den Beitrag des Generalgouvernements zur Kriegswirtschaft des Reiches:

Mineralölförderung: Nach einem durch Aussetzen der Bohrungen in den ersten Kriegsmonaten und den strengen Winter bedingten Abfall der Monatsförderung an Rohöl in den ersten Monaten des Jahres wurde ein steter Anstieg der Förderziffer bis zum besten Monatsdurchschnitt der polnischen Zeit erreicht. Neben der weiteren Aufschließung der seichten Erdölhorizonte, die bereits gewisse Ermüdungserscheinungen aufweisen, sind von deutschen Gesellschaften Tiefbohrungen angesetzt worden, deren Ergebnis erst im Frühjahr vorliegen wird.

Kräften für die reichswichtigen Bauverhaben im Generalgouvernement sind zur Durchführung unter

Durch Kriegshandlungen beschädigte Betriebe wurden wieder in Gang gesetzt. Als Beispiel für die Leistungsfähigkeit im Jahre des Jahres seien die folgenden Zahlen einer im Distrikt Warschau durchgeführten Erhebung genannt. Danach arbeiten in Kriegswirtschaften Industriearbeiter des Distrikts

im Jan. 1940	614 Betriebe mit	25.139 Arbeitern
im Juli 1940	750 Betriebe mit	42.201 Arbeitern
im Okt. 1940	727 Betriebe mit	46.644 Arbeitern

Im einzelnen erlitten die folgenden Betriebe einiger Zweige der gewerblichen Wirtschaft den Beitrag des Generalgouvernements zur Kriegswirtschaft des Reiches:

Mineralölindustrie: Nach einem durch Ansetzen der Bohrungen in den ersten Kriegsmontaten und den strengen Winter bedingten Abfall der Monatsförderung an Rohöl in den ersten Monaten des Jahres wurde ein steter Anstieg der Förderleistung bis zum besten Monatsdurchschnitt der polnischen Welt erreicht. Neben der weiteren Aufschüttung der seichten Erdölhorizonte, die bereits gewisse Erprobungserscheinungen aufwiesen, sind von deutschen Gesellschaften Tiefbohrungen angesetzt worden, deren Ergebnis erst im Frühjahr vorliegen wird.

Wert der Rohölförderung 1940 rund 42 Millionen Zloty (131.000 to), Erdgaslieferung rund 17 Millionen Zloty (240 Millionen cbm).

Eisenerzbergbau: Starke Steigerung der Förderung der durchschnittlich 28/32 %igen Erze von einem polnischen Monatsdurchschnitt im Jahre 1938 von 3700 to auf eine Monatsförderung von 30.100 to im Oktober 1940.

Roheisen- und Stahlerzeugung: Von vier vorhandenen Hochöfen arbeiten zwei während des größeren Teiles des Jahres, ein dritter wurde im Dezember angeblasen (Tschenstochau). Die monatliche Stahlwerksleistung wurde bei einer Ausnutzung der in Betrieb befindlichen Werke mit 65 % auf ca. 15.000 to im Monat gebracht.

Textilrohstoffe: Die Erzeugung von Zellwolle und Kunstseide im Generalgouvernement konnte auf einen Monatsdurchschnitt von 1,000,000 kg gesteigert werden. Nach der derzeitigen Regelung gehen hiervon 90 % ins Reich.

Die Bewirtschaftung gewerblicher Erzeugnisse als Steuerungsmaßnahme:

Die kriegswirtschaftlichen Lieferungen an das Reich und der umfangreiche Einsatz von Arbeitskräften für die reichswichtigen Bauvorhaben im Generalgouvernement sind nur durchzuführen unter

Wert der Rohfördererzeugung 1940 rund 42 Millionen
Sty (131.000 to), Bruttoleistung rund 17
Millionen Sty (240 Millionen to).

Massenerzeugung: Starke Steigerung der Förderung
der durchschnittlich 28/32 liegen zwei von einem
geologischen Monatsdurchschnitt im Jahre 1938 von
3700 to auf eine Monatsförderung von 30.100 to
im Oktober 1940.

Kohlen- und Stahlerzeugung: Von vier vorhande-
nen Hochöfen arbeiten zwei während des früheren
Teiles des Jahres, ein dritter wurde im Dezember
eingelassen (Tschentschan). Die monatliche Stahl-
verfeinerung wurde bei einer Annäherung der in
Betrieb befindlichen Werke mit 62 1/2 auf ca.
15.000 to im Monat gebracht.

Textilrohstoffe: Die Erzeugung von Zellwolle und
Kunstseide im Generalgouvernement konnte auf
einen Monatsdurchschnitt von 1.000.000 kg gesteigert
werden. Nach der derzeitigen Regelung gehen
hier von 90 1/2 ins Reich.

Die Wirtschaftsgewerblicher Erzeugnisse als
Steuerermäßigung:

Die kriegswirtschaftlichen Lieferungen an das
Reich und der umfangreiche Einsatz von Arbeits-
kräften für die notwendigsten Bauvorhaben im
Generalgouvernement sind zur Erleichterung unter

Schaffung gewisser allgemeinwirtschaftlicher Voraussetzungen. Neben der Bereitstellung notwendiger Roh- und Halbstoffe sowie sonstiger Hilfsmittel für die Betriebe muß der arbeitenden Bevölkerung die Ernährung sichergestellt und ein Mindestmaß an Kleidung und Schuhwerk u. dgl. geliefert werden. Der Getreideernte werden der bauerlichen Be-

Die Knappheit fast aller gewerblichen Erzeugnisse ist im Generalgouvernement unverhältnismäßig viel größer als im Reich. Die für die Erfassung und Lenkung der Ware errichteten Bewirtschaftungsstellen können eine Gesamtversorgung der Bevölkerung durchweg nicht vornehmen, sondern nur eine Versorgung bestimmter schaffender Bevölkerungsgruppen. In wichtigsten Warengruppen besteht eine starke Einfuhrabhängigkeit, die zu einer engen Zusammenarbeit der Bewirtschaftungsstellen mit den Reichsstellen führt. So ist das Generalgouvernement für die Kohlenversorgung angesichts der derzeitigen Grenzziehung ganz auf die Einfuhr angewiesen, die im ersten Halbjahr 1940 einen Wert von 27,9 Millionen Reichsmark erreichte. Die Anspannung der Kohlenlage in Verbindung mit den Transportschwierigkeiten führt im laufenden Winter dazu, daß die Hausbrandversorgung der polnischen Bevölkerung so gut wie ganz unterbleibt. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffen fand im

Schaffung gewisser allgemeinwirtschaftlicher Voraussetzungen. Neben der Bereitstellung notwendiger Roh- und Halbfabrikate sowie sonstiger Hilfsmittel für die Betriebe muß der arbeitenden Bevölkerung die Ernährung abgesichert werden und ein Mindestmaß an Kleidung und Schuhwerk u. dgl. geliefert werden.

Die Knappheit fast aller gewerblichen Erzeugnisse ist im Generalgouvernement unverhältnismäßig viel größer als im Reich. Die für die Erlassung und Lenkung der Wirtschaft bestehenden Wirtschaftsstellen können eine Gesamtversorgung der Bevölkerung durchweg nicht vornehmen, sondern nur eine Versorgung bestimmter sonstiger Bevölkerungsgruppen. In wichtigsten Versorgungsgüter besteht eine starke Knappheitslage, die zu einer engen Zusammenarbeit der Wirtschaftsstellen mit den Reichsstellen führt. So ist das Generalgouvernement für die Kohlenversorgung angesichts der derzeitigen Grenzlage ganz auf die Einfuhr angewiesen, die im ersten Halbjahr 1940 einen Wert von 27,9 Millionen Reichsmark erreichte. Die Anspannung der Kohlenlage in Verbindung mit den Transportschwierigkeiten führt im laufenden Winter dazu, daß die Haushaltsversorgung der polnischen Bevölkerung so gut wie ganz unterbleibt. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Spinnstoffen fand im Generalgouvernement eine sehr starke Knappheitslage statt.

Handwerkanschwuchs gefördert wird, oder daß Austausch gegen die Kunstseiden- und Zellwolllieferungen des Generalgouvernements eine Einfuhr zweckdienlicher Textilwaren aus dem Reich statt u.zw. sowohl aus Litzmannstadt wie aus Vorräten und Beutebeständen, die sich für die Arbeiterschaft gut eignen. Im Interesse einer möglichst umfangreichen zentralen Erfassung der Getreideernte wurden der bauerlichen Bevölkerung Textilwaren als Prämie für abgeliefertes Getreide zur Verfügung gestellt. Sonderzuteilungen an Rüstungsbetriebe und Öffentliche Auftraggeber erfolgten in Spinnstoffen wie in Schuhzeug.

Planungsarbeit der Abteilung. Viele Vorräte wurden vernichtet oder vereschleppt. Mit zunehmenden Neben die Maßnahmen, die der Lenkung und fortschreitenden Normalisierung des Wirtschaftslebens galten, trat die Planungsarbeit, die die Konsolidierung der Wirtschaft des Generalgouvernements in ihren gegenwärtigen Grenzen und ihren inneren Umbau zum Gegenstand hat. Die Notwendigkeit, die Arbeitslöhne im GG. niedrig zu halten, erfordert vorausschauende Maßnahmen zur Senkung des durch die Begleitumstände des Krieges vielfach gestörten Kostengefüges. Die Ausschaltung der Juden aus Handel und Handwerk bedingt vorausschauende Vorkehrungen, sei es, daß Polen Einzelhandelsgeschäfte übernehmen und ein polnischer

Anstehen gegen die Kunststoffe- und Zellulose-
Lieferungen des Generalgouvernements eine Hin-
fuhr zweckdienlicher Textilwaren aus dem Reich
statt u. zw. sowohl aus Lattenstadt wie aus
Vortoren und Beständen, die sich für die
Arbeitskraft gut eignen. Im Interesse einer
möglichst umfangreichen Kontrolle Erlassung
der Getreidebesitzurkunden wurden der bayerischen Be-
völkerung Textilwaren als Prämie für abgelie-
ferte Getreide zur Verfügung gestellt. Sonder-
anstellungen an Kautschukbetriebe und öffentliche
Auftraggeber erfolgten in Spinnstoffen wie in
Schmierung.

Planungsarbeit der Abteilung.

Neben den Maßnahmen, die der Lenkung und Fort-
schreitenden Normalisierung des Wirtschaftsa-
bens gelten, tritt die Planungsarbeit, die die
Konsolidierung der Wirtschaft des Generalgouver-
nements in ihren gegenwärtigen Grenzen und ihren
inneren Ebenen zum Gegenstand hat. Die Notwendig-
keit, die Arbeitskräfte im G. G. niedrig zu halten,
erfordert vornehmende Maßnahmen zur Senkung
des durch die Beschäftigten des Krieges viel-
fach gestörten Konsumgüter. Die Anschaffung
der Juden aus Handel und Handwerk bedingt voraus-
sehungsvolle Vorkehrungen, sei es, das Polen Einzel-
handelsgeheimnisse übernehmen und ein polnischer

In der Zukunft muß es insbesondere gelingen, Handwerksnachwuchs gefördert wird, oder daß deutsche Kaufleute aus dem Reich in wirtschaftliche Schlüsselstellungen eingesetzt werden. Die Entwicklung darf hier nicht dem Zufall überlassen bleiben, sondern muß sich in Formen vollziehen, die in gleicher Weise den politischen Interessen des Reiches wie der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit entsprechen.

Die Aufgabe des Generalgouvernements ist es, die im Reich im Generalgouvernement fließenden Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sind wert- und mengenmäßig von so Vor besonders schwierige Aufgaben waren die Preisbildungsbehörden gestellt. Das Preis- und Währungsgefüge im Bereich des Generalgouvernements ist durch den Krieg völlig in Unordnung geraten. Die Ernte 1939 konnte nur zum Teil geborgen und eingebracht werden. Viele Vorräte wurden vernichtet oder verschleppt. Mit zunehmender Sicherung der Ernährungsgrundlage durch die Planungen auf dem ernährungs und landwirtschaftlichen Gebiete ist aber im Laufe des Jahres eine wesentliche Besserung eingetreten. Das Verhältnis der Umsätze, die sich im ordentlichen Handel zu gesetzlichen Preisen vollziehen zu dem Schleichhandel und seinen Wucherpreisen hat sich seit Beginn der Tätigkeit der Preisbildungsbehörden verhältnismäßig rasch gebessert. Damit ist seit den Monaten Juli und August des vergangenen Jahres eine wesentliche Beruhigung der Wirtschafts- und Preisverhältnisse eingetreten.

Handwerkernachschub gefördert wird, oder das
deutsche Kaufleute aus dem Reich in wirtschaft-
liche Selbstbestimmungen eingesetzt werden.
Die Entwicklung darf nicht dem Zufall
überlassen bleiben, sondern muss sich in Formen
vollziehen, die in gleicher Weise den politi-
schen Interessen des Reiches wie der wirtschaft-
lichen Zweckmäßigkeit entsprechen.

Vor besonders schwierige Aufgaben waren die
Produktionsgebieten gestellt. Das Preis- und
Währungsgebot in der Politik des Generalgouverne-
ments ist durch den Krieg völlig in Ordnung
gefallen. Die Krise 1933 konnte nur zum Teil ge-
borgen und eingepreist werden. Viele Vorzüge
wurden vernachlässigt oder verschleppt. Mit zunehmen-
der Sicherung der Ernährungslage durch die
Planungen auf dem Ernährung und Landwirtschaft-
lichem Gebiet hat aber im Laufe des Jahres
eine wesentliche Besserung eingetreten. Das Vor-
hältnis der Wirtschaft, die sich im ordentlichen
Handel an gesetzlichem Preis vollziehen zu dem
Schlechtehandel und seinen Wucherpreisen hat sich
seit Beginn der Tätigkeit der Produktionsbehör-
den verhältnismäßig rasch gebessert. Damit ist seit
den Monaten Juli und August des vergangenen Jahr-
tes eine wesentliche Besserung der wirtschaft-
lichen Lage eingetreten.

In der Zukunft muß es insbesondere gelingen, die Preise und Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft in ein angemessenes Verhältnis zu den örtlichen Preisen für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft zu bringen. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Frage der Preisbildung im Warenverkehr zwischen dem deutschen Reich und dem Generalgouvernement. Die aus dem Reich ins Generalgouvernement fließenden Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sind wert- und mengenmäßig von so ausschlaggebender Bedeutung für die hiesige Wirtschaft, daß die Regelung der Preise für diese Erzeugnisse zum festen Rückgrat auch der gewerblichen Preise innerhalb des Generalgouvernements werden kann.

Wenn trotz aller bisheriger Bemühungen für eine Reihe von Erzeugnissen und Leistungen feste und normalisierte Preisverhältnisse noch nicht geschaffen sind, so darf dies nicht den Blick vom Wesentlichen ablenken: Es ist gelungen, die Preise für Wohnung, Heizung, Bekleidung und für die wichtigsten Nahrungsmittel so in Ordnung zu bringen, daß die Bevölkerung des Generalgouvernements entsprechend ihren Einkünften durch den diesjährigen Winter gebracht werden kann. Alle Anzeichen sprechen im übrigen dafür, daß die gesamte Wirtschaftslage und damit auch die Grundlage des Preisgefüges sich im nächsten Wirtschafts-

In der Zukunft mag es insbesondere gelingen, die Preise und Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft in ein angemessenes Verhältnis zu den öffentlichen Preisen für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft zu bringen. Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Frage der Preisbildung im Warenverkehr zwischen dem deutschen Reich und dem Generalgouvernement. Die aus dem Reich ins Generalgouvernement fließenden Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft sind wert- und mengenmäßig von so ausserordentlich großer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft, dass die Regelung der Preise für diese Erzeugnisse zum festen Rückgrat auch der gewerblichen Preise innerhalb des Generalgouvernements werden kann.

Wenn trotz aller bisheriger Bemühungen für eine Reihe von Erzeugnissen und Leistungen feste und normalisierte Preisverhältnisse noch nicht geschaffen sind, so darf dies nicht den Blick vom Wesentlichen ablenken: Es ist gelungen, die Preise für Wohnung, Heizung, Bekleidung und für die wichtigsten Nahrungsmittel so in Ordnung zu bringen, dass die Bevölkerung des Generalgouvernements entsprechend ihren Einkünften durch den diesjährigen Winter gerettet werden kann. Alle Anzeichen sprechen im übrigen dafür, dass die gesamte Wirtschaftslage und damit auch die Grundlage des Preisgefüges sich im nächsten Wirtschaftsjahr

jahr wesentlich verbessern lassen werden, so daß der Bevölkerung ein ausreichendes Realeinkommen sicher sein wird, dessen sie ja auch in der Zukunft insbesondere als Abnehmer deutscher Industriewaren bedarf.

Die Struktur des Generalgouvernements als eines zwar unter der Oberhoheit des Reiches stehenden, wirtschaftlich aber selbständigen Staatsgebildes macht eine von der Devisenbewirtschaftung des Reiches getrennte, selbständige Devisenbewirtschaftung des Landes erforderlich. Neben der Durchführung der devisenrechtlichen Bestimmungen mußten auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung eine Reihe wichtiger Spezialfragen gelöst werden, die durch die wirtschaftliche Lage des durch den Krieg zerrütteten Gebietes des Generalgouvernements aufgeworfen wurden.

Die Verfügung über Devisenwerte ist unter strengen Genehmigungszwang gestellt. Die Kommission ist so aufgebaut, daß die Bevölkerung bei Verfügungen über Devisenwerte sich heute im wesentlichen an den Genehmigungszwang hält. Damit ist es gelungen, den größten Teil der Devisenwerte des Landes fest zu bewirtschaften. Eine besondere Aufgabe war und ist heute noch der Schutz der im Generalgouvernement bestehenden Zloty-Währung. Da das Generalgou-

Es ist wesentlich vorzuziehen, wenn man
 das der Bevölkerung ein ausreichendes Niveau
 können sicher sein wird, dass man sie so
 in der Zukunft insbesondere als Lohnarbeiter
 oder Industriellen bedarf.

Die Struktur des Generalgouvernements ist eine
 zwar unter der Oberhoheit des Reiches stehende,
 wirtschaftlich aber selbständige Staatsebene.
 Das macht eine von der Reichsregierung
 des Reiches getrennte, selbständige Verwaltung
 wirtschaftlich des Landes erforderlich. Neben der
 Verwaltung der administrativen Angelegenheiten
 stehen auf der Ebene der Reichsregierung
 eine Reihe wichtiger Spezialfragen gelöst werden,
 die durch die wirtschaftliche Lage des Reiches
 im weitesten Sinne des Generalgouvernements
 nicht gelöst werden können.

Die Verwaltung des Generalgouvernements ist unter
 Generalgouverneur gestellt. Die Kommission ist so
 aufgebaut, dass die Verwaltung der Angelegenheiten
 der Provinzen sich nicht in wesentlichen an
 den Generalgouverneur mitteilt. Damit ist es gelungen,
 den größten Teil der Angelegenheiten des Landes fast
 zu bewältigen. Eine besondere Aufgabe war und
 ist heute noch der Kampf der Generalgouvernements-
 mit bestehenden Richtigungen. Da das Generalgou-

vernement nur einen Teil des Gebietes des ehemaligen Staates Polen umfaßt und die Zloty-Währung des ehemaligen Staates Polen nur im Generalgouvernement beibehalten worden war, bestand ein großer Anreiz, die jenseits der Grenzen befindlichen Noten der ehemaligen Bank Polski in das Generalgouvernement einzuführen. Dies mußte unter allen Umständen verhütet werden, da der Zahlungsmittelumlauf des Generalgouvernements auf einem der Wirtschaftskraft des Landes entsprechenden niedrigen Stand gehalten werden mußte und eine Aufblähung des Zahlungsmittelumlaufes durch gebietsfremde Zloty-Zahlungsmittel inflationistische Folgen gehabt hätte. Den Devisenbehörden ist es in engem Zusammenarbeiten mit dem Zollgrenzschutz und den Zollfahndungsstellen gelungen, den größten Teil der gebietsfremden Zloty-Noten aufzufangen und sicherzustellen, sodaß der Notenumlauf im Generalgouvernement auf ein währungspolitisch tragbares Maß beschränkt blieb. Eine weitere Hauptaufgabe ist die Aufrechterhaltung eines geordneten Zahlungsverkehrs mit dem Reich und dem übrigen Devisenausland. Der Zahlungsverkehr mit dem Reich wird im Verrechnungswege abgewickelt, d.h. alle Zahlungen vom Generalgouvernement nach dem Reich und umgekehrt vom Reich nach dem Generalgouvernement werden über das Verrechnungsinstitut Krakau und die Deutsche Verrechnungskasse Berlin, geleitet und miteinander verbunden. Jedoch nur vorübergehend sein dürfen, mußte für die Zukunft durch eine geordnete Regelung des Ver-

vermerkt nur einen Teil des Gebietes des
ehemaligen Staates Polen wies und die
Kloster-Verwaltung des ehemaligen Staates Polen
nur im Generalgouvernement beibehalten wor-
den war, bestand ein großer Anreiz, die jen-
seits der Grenzen befindlichen Wälder der ab-
maligen Bank Polski in das Generalgouverne-
ment einzuverleihen. Dies mußte unter allen Um-
ständen verhindert werden, da der Zahlungsmittel-
Umschlag des Generalgouvernements auf einen
der Wirtschaftskraft des Landes entsprechenden
niedrigen Stand gehalten werden mußte und eine
Anhebung des Zahlungsmittelumschlages durch ge-
steigerte Einnahme-Zahlungsmittel inflationäristi-
sche Folgen gehabt hätte. Den Devisenbehörden
ist es in engen Zusammenarbeiten mit dem Zoll-
Grenzschutz und den Zollverwaltungen gelungen
gen, dem größten Teil der geldfremden Einnah-
men Einkünfte und sicherzustellen, wobei der
Umschlag im Generalgouvernement auf ein wirt-
schaftlich mögliches Maß beschränkt blieb.
Eine weitere Hauptaufgabe ist die Aufrechterhal-
tung eines geordneten Zahlungsverkehrs mit dem
Reich und dem übrigen Devisenland. Der Zah-
lungsverkehr mit dem Reich wird im Verrechnungs-
wege abgewickelt, d. h. alle Zahlungen vom Reich
Gouvernement nach dem Reich und umgekehrt vom Reich
nach dem Generalgouvernement werden über das Ver-
rechnungsinstitut Krakau und die Deutsche Verrech-
nungsbank Berlin, geleistet und miteinander ver-

rechnet. Der Niederbruch der Wirtschaft im Generalgouvernement wirkte sich auch auf den Verrechnungsverkehr mit dem Reich aus, sodaß manche Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung eines geordneten Verrechnungsverkehrs zu überwinden waren. Da das Gebiet des Generalgouvernements große Mengen Waren braucht und noch nicht in der Lage ist, in entsprechendem Maße Waren auszuführen, waren die Zloty-Einzahlungen beim Verrechnungsinstitut Krakau zur Überweisung von Rechnungsbeträgen für aus dem Reich eingeführte Waren bis zum September des abgelaufenen Jahres fortlaufend bedeutend höher als entsprechende Reichsmark-Einzahlungen bei der Deutschen Verrechnungskasse, Berlin, zur Überweisung ins Generalgouvernement. Die hierdurch auftretenden Schwierigkeiten in der gegenseitigen Verrechnung wurden durch einen laufenden Kredit der Deutschen Verrechnungskasse, Berlin, zugunsten des Verrechnungsinstitutes Krakau in Höhe bis zu 40 Millionen Reichsmark überbrückt. Seit September 1940 ist jedoch durch fortlaufende außerordentliche Reichsmark-Überweisungen vom Reich nach dem Generalgouvernement im Kapitalverkehr, insbesondere infolge der im Generalgouvernement vorgenommenen Truppenverstärkungen und der an seiner Ostgrenze durchgeführten Baumaßnahmen der Zahlungsverkehr mit dem Reich für das Generalgouvernement aktiv, sodaß zur Zeit die Bezahlung der Wareneinfuhr ins Generalgouvernement keiner Behinderung im Verrechnungsverkehr unterliegt. Da diese außerordentlichen Reichsmark-Überweisungen jedoch nur vorübergehend sein dürften, mußte für die Zukunft durch eine geordnete Regelung des Waren-

rechnet. Der Niederschlag der Wirtschaft im General-
 Gouvernement wirkt sich auch auf den Verkehr-
 und den Handel mit dem Reich aus, wobei man
 Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung eines
 geordneten Verkehrsverkehrs zu überwinden waren.
 In dem Gebiet des Generalgouvernements große Mengen
 Waren brachten und noch nicht in der Lage ist, in
 entsprechenden Maße Waren anzukommen, waren die
 Elitz-Kontrollen beim Verkehrsverkehr für einen
 zur Überwachung von Rechnungsbüchern für den
 Reich eingebracht waren bis zum September des abge-
 laufenden Jahres fortlaufend bedauernd höher als
 entsprechende Reichsmark-Kontrollen bei der Bewe-
 sungen Verkehrswege, Berlin, zur Überwachung
 des Generalgouvernements. Die dadurch entstehenden
 Schwierigkeiten in der gegenseitigen Verzehrung
 wurden durch einen laufenden Kredit der Deutschen
 Verkehrswege, Berlin, zugunsten des Verkehrs-
 und Handelsverkehrs in Höhe bis zu 40 Millionen
 Reichsmark überbrückt. Seit September 1940 ist je-
 doch durch fortlaufende außerordentliche Reichsmark-
 Überweisungen von Reich nach dem Generalgouverne-
 ment im Kapitalverkehr, insbesondere infolge der im
 Generalgouvernement vorgenommenen Eisenverkehrs-
 gen und der an seiner Grenze durchgeführten Bewe-
 sungen des Verkehrsverkehrs mit dem Reich für das
 Generalgouvernement aktiv, wobei zur Zeit die Be-
 zahlung der Warenlieferungen des Generalgouvernements
 keiner Bezahlung im Verkehrsverkehr unterliegt.
 Da diese außerordentlichen Reichsmark-Überweisungen
 jedoch nur vorübergehend sein dürfen, mußte für
 die Zukunft durch eine geordnete Regelung des Waren-

verkehrt, insbesondere der Wareneinfuhr ins Generalgouvernement die Schaffung eines Ausgleiches im Verrechnungsverkehr gesichert werden. Die Wareneinfuhr wurde daher nach Warengattungen in der Weise kontingentiert, daß im Rahmen der Zahlungsmöglichkeiten in erster Linie lebensnotwendige Waren zur Einfuhr ins Generalgouvernement zugelassen werden, deren Bezahlung im Verrechnungswege sichergestellt ist.

Außerdem ist es gelungen, einen Verrechnungsverkehr auch mit einer Reihe von anderen Ländern, so der Schweiz, Ungarn, Italien, Jugoslawien und Bulgarien, aufzubauen. Die Überweisungen in diese Länder sowie aus diesen Ländern ins Generalgouvernement laufen über das großdeutsche Clearing, d.h. sie werden über die Deutsche Verrechnungskasse, Berlin, verrechnet.

Bei der Treuhandverwaltung ist die Erfassung, Verwaltung und unter Umständen auch die Verwertung des im Generalgouvernement befindlichen Vermögens des ehemaligen polnischen Staates und der Privatvermögen seiner Angehörigen, die im Generalgouvernement ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort haben, soweit das Allgemeininteresse das Eingreifen in das Privatvermögen erfordert, zusammengefaßt. Außerdem hat sie die Sonderfragen für das jüdische Vermögen im Generalgouvernement zu lösen. Das Eigentum des früheren polnischen Staates ist

Verkehr, insbesondere der Handelsverkehr des Ge-
neralvertrags als Befreiung eines Angebots.
Es ist im Vertragstexte nicht ausdrücklich gesagt, dass
Warenverkehr nicht durch den Vertrag in
den Handel eintritt, das ist jedoch der Fall.
Insgesamtheit ist in erster Linie festzustellen,
dass Waren zur Einfuhr ins Generalvertragsgebiet zu-
gelassen werden, deren Besetzung im Vertragstexte
nicht ausdrücklich ist.

Außerdem ist zu klären, einen Vertragstexte
nicht mit einer Reihe von anderen Ländern, so
den Schweiz, Belgien, Italien, Jugoslawien und
Bulgarien, aufzunehmen. Die Bestimmungen in diese
Länder sowie aus diesen Ländern ins Generalvertrags-
gebiet fallen über das allgemeine Prinzip, d.h.
es werden über die deutsche Vertragstexte,
Belgien, Frankreich.

Bei der Vertragsabgrenzung ist die Erlaubnis, Ver-
kauf und weiter Verkauft auch die Verwertung
des im Generalvertragsgebiet geltenden Vertriebs
des einzelnen polnischen Staates und der Privat-
verträge seiner Angehörigen, die im Generalvertrags-
gebiet ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt
ort haben, soweit das Allgemeininteresse des Ein-
zelnen in den Privatrechtsverträgen besteht, zusammen-
gefasst. Außerdem ist die Sonderverträge für den
deutschen Vertrag im Generalvertragsgebiet zu lösen.
Das Eigentum des früheren polnischen Staates ist

zumehr auf das Generalgouvernement mit Verordnung vom 24.9.1940 formell übertragen worden. Die Frage der Behandlung der Schulden des früheren polnischen Staates ist noch nicht endgültig gelöst. Das Generalgouvernement ist nicht Rechtsnachfolger des ehemaligen polnischen Staates und kann demgemäß auch nicht für dessen Verpflichtungen in Anspruch genommen werden. Das schließt jedoch nicht aus, daß unter bestimmten Voraussetzungen das Generalgouvernement sich bereit findet, gewisse Billigkeitsleistungen an bestimmte Gläubiger des ehemaligen polnischen Staates vorzunehmen. Es wäre jedoch verfrüht, schon jetzt hierüber eine entsprechende Regelung zu treffen, weil Voraussetzung für einen derartigen Billigkeitsausgleich wäre, daß zunächst eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung des Generalgouvernements mit dem Deutschen Reich und der Sowjet-Union erfolgt. Eine derartige Regelung kann zwangsläufig nicht vor Beendigung des jetzigen Krieges erfolgen. Von diesem Grundsatz ist eine Ausnahme nur insofern gemacht worden, daß die Lieferanten von Waren, die von dem Generalgouvernement selbst verbraucht werden konnten, eine Befriedigung bereits jetzt erhalten haben.

Damit in Zusammenhang steht die weitere Aufgabe, einen finanziellen Ausgleich zwischen den Gebieten des ehemaligen polnischen Staates, die das Generalgouvernement bilden, und denjenigen Gebieten des ehemaligen polnischen Staates, die an das Deutsche Reich angegliedert worden sind, herbeizuführen. Es bedarf keines Hinweises, daß diese Auseinandersetzung

hinunter auf das Generalgouvernement mit Ver-
ordnung vom 24.9.1920 formal übertragen worden.
Die Frage der Behandlung der Gebiete des früheren
von polnischen Staaten ist noch nicht endgültig
gelöst. Das Generalgouvernement ist nicht befähigt,
nachfolger des ehemaligen polnischen Staates und
kann demnach auch nicht für dessen Verpflichtun-
gen im Ausland eintreten werden. Das Schicksal je-
doch nicht nur, das unter bestimmten Voraussetzungen
wegen des Generalgouvernements schon bereits fließt,
sondern die militärischen Leistungen an bestimmte Dispo-
sition des ehemaligen polnischen Staates vorzunehm-
en. Es wäre jedoch verfehlt, wenn jetzt darüber
eine entsprechende Regelung zu treffen, weil Voraus-
setzung für einen derartigen Militärschicksal
wäre, daß zunächst eine vorläufige Anweisung
beiderseitigen Generalgouvernements mit dem Fort-
setzen des Gebiets und der Sowjet-Union erfolgt. Eine der-
artige Regelung kann zwangsläufig nicht vor Beendi-
gung des jetzigen Krieges erfolgen. Von diesem
Grundsatz ist eine Ausnahme nur insofern gemacht
worden, daß die Interessen von Warschau, die von dem
Generalgouvernement selbst verwaltet werden konnten,
eine Befreiung bereits jetzt erhalten haben.

Nach der Besetzung steht die weitere Aufgabe,
einen internationalen Ausgleich zwischen den Gebieten
des ehemaligen polnischen Staates, die das General-
gouvernement bilden, und den jetzigen Gebieten des
ehemaligen polnischen Staates, die an das Deutsche
Reich angegliedert worden sind, herbeizuführen. Es
bedarf keines Hinweisens, daß diese Angelegenheit

sich zunächst auf den privaten Sektor zu beschränken hat. Entsprechend dieser Aufgabe hat die Abteilung Treuhandstelle verschiedene grundlegende Verhandlungen mit der entsprechenden Behörde im Deutschen Reich, der Haupttreuhandstelle Ost, geführt. Während die Auffassungen zunächst wenig in Übereinstimmung zu bringen waren, weil die Haupttreuhandstelle Ost aus verständlichen Gründen kaum geneigt war, einer auch für das Generalgouvernement befriedigenden Lösung zuzustimmen, ist es, bedingt durch den Wandel der Auffassung über den Zweck des Generalgouvernements möglich gewesen, nuncmehr zu einer Angleichung der beiderseitigen Standpunkte zu gelangen. Es hat sich hierbei die Notwendigkeit herausgestellt, die privaten Schuldverflechtungen, welche zwischen dem Generalgouvernement und den Ostgebieten bestehen, zu ermitteln und danach festzulegen, in welcher Weise ein etwaiger Saldo zu begleichen ist. Nach dem bisher vorliegenden Material ist davon auszugehen, daß sich ein erheblicher Saldo zu Gunsten des Generalgouvernements ergeben wird. Es ist deshalb bedeutsam, daß die Haupttreuhandstelle Ost sich grundsätzlich bereit erklärt hat, beim Reichsfinanzministerium das Generalgouvernement bei der Geltendmachung des sich etwa zu seinen Gunsten ergebenden Saldos zu unterstützen. Es liegt ohne weiteres auf der Hand, daß bei Durchsetzung dieses Zieles für das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements ein wesentlicher Auftrieb gegeben werden wird.

Entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts sind die im Einvernehmen mit der Abteilung Treuhandstelle erfolgten Eingriffe in das Privatver-

nach zunächst auf den privaten Sektor zu be-
achten hat. Entsprechend dieser Aufgabe hat
die Abteilung Wirtschaftliche Zusammenarbeit Grund-
legende Verhandlungen mit der entsprechenden Be-
hörde im Deutschen Reich, der Hauptverwaltung
für Wirtschaft, geführt. Während die Verhandlungen zu-
nächst wegen der Überlastung zu bestehen waren,
wollte die Hauptverwaltung die Ost eine vereinbarte
ohne Befugnis haben konnte war, einer auch für das
Generalgouvernement verbindlichen Lösung zu-
kommen, ist es, bedingt durch den Wandel der Auf-
fassung über den Zweck des Generalgouvernements
möglich gewesen, mehrere zu einer Angleichung der
beiderseitigen Standpunkte zu gelangen. Es hat sich
hierbei die Notwendigkeit herausgestellt, die priv-
ten Wirtschaftskontingenente, welche zwischen dem Ge-
neralgouvernement und dem Deutschen Reich bestehen, zu
ermitteln und danach festzusetzen, in welcher Weise
ein Vergleich dahin zu beschaffen ist. Nach dem
bisher verfügbaren Material ist davon auszugehen,
dass sich ein erheblicher Teil zu Gunsten des Ge-
neralgouvernements ergeben wird. Es ist deshalb be-
stimmend, dass die Hauptverwaltung die Ost eine Grund-
sätzlich bereit erklärt hat, beim Wirtschaftswandel-
stadium des Generalgouvernements bei der Festset-
zung des sich einer zu seinen Gunsten ergebenden
Teils zu unterstützen. Es liegt ohne Weiteres auf
der Hand, dass bei Durchführung dieser Bestimmungen
des Wirtschaftswandels des Generalgouvernements ein we-
sentlicher Beitrag gegeben werden wird.

Entsprechend den allgemeinen Grundsätzen des Völker-
rechts sind die in Einvernehmen mit der Abteilung
Wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Privatver-

mögen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates nur dann erfolgt, wenn die Allgemeininteressen dies erforderten. In Übereinstimmung hiermit sind herrenlose Vermögensobjekte zu Gunsten des Generalgouvernements eingezogen und andere Vermögenswerte beschlagnahmt worden.

Die Erfahrungen mit den Treuhändern, denen die Verwaltung der erfaßten Unternehmungen übertragen wurde, sind nicht ganz einheitlich. Es hat sich herausgestellt, daß ein kleiner Prozentsatz der Treuhänder seine Treupflicht nicht verstanden

hat. Auf der anderen Seite hat jedoch weitaus die größte Zahl der Treuhänder ihre Aufgaben erfüllt. Es verdient Hervorhebung, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Treuhändern in geradezu hervorragender Weise die ihnen anvertrauten Betriebe entwickelt hat, wobei es der Abteilung Treuhandstelle möglich war, durch einzelne wirtschaftsfördernde Maßnahmen - Kreditgewährung aus eigenen Mitteln - weitgehend mitzuwirken.

Die rund 2800 von der Treuhandverwaltung betreuten Betriebe konnten infolge der eingeleiteten Maßnahmen der Wirtschaft des Generalgouvernements erhalten werden. Sie haben damit, abgesehen von der Förderung des allgemeinen Wirtschaftsaufbaues einer erheblichen Zahl von Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates im Generalgouvernement Arbeitsmöglichkeit gegeben und so erheblich zur sozialen Befriedung beigetragen. Für die Zukunft wird ein allmählicher Abbau der treuhänderischen Verwaltung und die Überführung der betreuten Betriebe in die eigene verantwortliche Privatwirtschaft ange-

müssen der Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates nur dann erfolgt, wenn die Angehörigen dieses Staates dies erforderten. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Angehörigen des Generalgouvernements einbezogen und andere Vermögenswerte beschlagnahmt worden.

Die Erfahrungen mit den Trennständen, denen die Verwaltung der ersten Unternehmen übertragen wurde, sind nicht ganz einheitlich. Es hat sich herausgestellt, daß ein kleiner Prozentsatz der Trennstände keine Tragfähigkeit nicht verstanden hat. Auf der anderen Seite hat jedoch weitaus die größte Zahl der Trennstände ihre Aufgaben erfüllt. Es verdient Hervorhebung, daß eine nicht unerhebliche Zahl von Trennständen in Gärten hervorgehoben der Weise die ihnen anvertrauten Betriebe entwickelt hat, wobei es der Abteilung Trennstandteile möglich war, durch einzelne wirtschaftliche Maßnahmen - Kreditgewährung aus eigenen Mitteln - weitgehend mitzuwirken.

Die rund 2800 von der Trennstandsverwaltung betreuten Betriebe konnten infolge der eingehaltenen Maßnahmen der Wirtschaft des Generalgouvernements erhalten werden. Sie haben damit, abgesehen von der Förderung des allgemeinen Wirtschaftsaufbaues einer erheblichen Zahl von Angehörigen des ehemaligen polnischen Staates im Generalgouvernement Arbeitsmöglichkeit gegeben und so erheblich zur sozialen Befriedung beigetragen. Für die Zukunft wird ein allmählicher Abbau der trennstandlichen Verwaltung und die Überführung der betreuten Betriebe in die eigene verantwortliche Privatwirtschaft ange-

strebt werden müssen.

Neben den Unternehmungen spielen in der Verwaltung der Abteilung Treuhandstelle die Grundstücke eine erhebliche Rolle. Hier ist es vornehmlich der jüdische Grundbesitz, dessen Erfassung und Verwaltung durch die Abteilung Treuhandstelle vorgenommen werden muß. Der Umfang des jüdischen Grundbesitzes steht außer jedem Verhältnis zu der Bevölkerungszahl der Juden im Generalgouvernement. Allein in Warschau stehen über 9000 Miets- und Bürohäuser im Eigentum von Juden.

Die Abteilung Treuhandstelle hat in diesem Zusammenhang eine Verordnung über die Entjudung des Grundbesitzes im Generalgouvernement vorgelegt, die zur Zeit Gegenstand von Erörterungen im Amt des Generalgouverneurs bildet. Der Verordnungsentwurf versucht in umfassender Weise eine großzügige Lösung des für das Generalgouvernement besonders schwierigen Judenproblems auf diesem Gebiet herbeizuführen. Einstweilen sind die Grundstücke, und zwar auch die herrenlosen, in die Verwaltung der Treuhandaußenstellen bzw. der von ihnen berufenen Stellen genommen worden.

Einen nicht unerheblichen Teil an dem beschlagnahmten und herrenlosen Vermögen stellen aber auch die beweglichen Vermögenswerte dar. Wegen der besonderen Eigenart der Erfassung und Verwertung ist hierfür bei der Abteilung Treuhandstelle eine Gesell-

strebt werden können.

Neben den Untersuchungen spielen in der Verwaltung der Abteilung Treuhandstelle die Grundstücke eine erhebliche Rolle. Hier ist es vornehmlich der jüdische Grundbesitz, dessen Erbschaft und Verwaltung durch die Abteilung Treuhandstelle vorgenommen werden muß. Der Umfang des jüdischen Grundbesitzes steht außer jedem Verhältnis zu der Bevölkerungszahl der Juden im Generalgouvernement. Allein in Warschau stehen über 2000 Miets- und Wohnhäuser im Eigentum von Juden.

Die Abteilung Treuhandstelle hat in diesem Zusammenhang eine Verordnung über die Einführung des Grundbesitzes im Generalgouvernement vorgelegt, die zur Zeit Gegenstand von Erörterungen im Amt des Generalgouverneurs bildet. Der Verordnungsentwurf versucht in umfassender Weise eine großartige Lösung des für das Generalgouvernement besonders schwierigen Judenproblems auf diesem Gebiet herbeizuführen. Einzelheiten sind die Grundstücke, und zwar auch die herrenlosen, in die Verwaltung der Treuhandstellen bzw. der von ihnen betriebenen Stellen genommen worden.

Einen nicht unerheblichen Teil an dem beschriebenen und herrenlosen Vermögen stellen aber auch die beweglichen Vermögenswerte dar. Wegen der besonderen Eigenart der Erbschaft und Verwertung ist hierfür bei der Abteilung Treuhandstelle eine Gesellschaft

schaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die Treuhandverwertungs-G.m.b.H., errichtet worden. Diese hat ihre sehr schwierige Aufgabe bisher mit gutem Erfolg lösen können. So war es möglich, nachdem die Treuhandverwertungs-G.m.b.H. noch nicht ein Jahr bestand, bereits 10 Millionen Zloty dem Generalgouvernement zur Verfügung zu stellen.

Wegen des Polens Teils nicht eingebracht, welche Verträge, welche Verträge im übrigen ver-
bracht. Der Vorkriegsstand hat durch den Krieg
unvergleichlich gestiegen und war auch schon vor
dem Kriege, an deutschen Verhältnissen gemessen,
ein schlechter Stand. Die vorläufige Grenz-
ziehung hat den Status der früheren Republik Po-
lens vorläufige landwirtschaftlicher Überschussge-
biets beruht, die einstellt in die neue Reichs-
grenze einbezogen werden und den anderen Teil auf
russischen Grenzgebiet liegen. Dieses ungünstig
hat sich infolge der neuen Grenzziehung die Lage
der Landwirtschaft gestaltet. Auch hier waren
die Kriegsverluste beträchtlich und die Verluste
durch die neue Grenzziehung bedingt. Trotzdem
hat sich die anwachsende Bevölkerung auf dem
Gebiet der Generalgouvernements nicht verringert,
ist vielmehr infolge zahlreicher Siedlungsmaß-
nahmen aus dem Gebiet und infolge von Flüchtlingen
aus dem sowjetrussischen Interessengebiet größer
geworden. So hat z.B. die Bevölkerung der Haupt-
stadt Warschau um 3 - 400 000 gegenüber der Vor-
kriegszeit zugenommen.

Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Die Aufbauarbeit auf diesem Gebiet mußte sich naturgemäß unter besonderen Schwierigkeiten vollziehen. Die Kriegsschäden waren ungewöhnlich tief und nachhaltig, die Ernte durch die Auswirkungen des Feldzuges teils nicht eingebracht, teils vernichtet, weite Vorräte im übrigen verschleppt. Der Viehbestand hat durch den Krieg außerordentlich gelitten und war auch schon vor dem Kriege, an deutschen Verhältnissen gemessen, in schlechtem Zustand. Die vorläufige Grenzziehung hat das Gebiet der früheren Republik Polen wertvoller landwirtschaftlicher Überschußgebiete beraubt, die einestails in die neue Reichsgrenze einbezogen wurden und zum anderen Teil auf russischem Grenzgebiet liegen. Ebenso ungünstig hat sich infolge der neuen Grenzziehung die Lage der Forstwirtschaft gestaltet. Auch hier waren die Kriegsschäden beträchtlich und die Verluste durch die neue Grenzziehung bedeutend. Trotzdem hat sich die zu ernährende Bevölkerung auf dem Gebiet des Generalgouvernements nicht verringert, ist vielmehr infolge zahlreicher Evakuierungsmaßnahmen aus dem Reich und infolge von Rückflüssen aus dem sowjetrussischen Interessengebiet größer geworden. So hat z.B. die Bevölkerung der Hauptstadt Warschau um 3 - 400 000 gegenüber der Vorkriegszeit zugenommen.

Prüfung, Landwirtschaft und Forsten.

Die Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet wurde sich naturgemäß unter besonderen Schwierigkeiten vollziehen. Die Kriegsschäden waren ungewöhnlich tief und nachhaltig, die Exakte durch die Auswirkungen des Feindes teils nicht eingebracht, teils vernichtet, weite Vorste im übrigen ver- schleppt. Der Viehbestand hat durch den Krieg außerordentlich gelitten und war auch schon vor dem Kriege, an deutschen Verhältnissen gemessen, in schlechtem Zustand. Die vorläufige Grenz- abgrenzung hat das Gebiet der früheren Republik Po- len vertvöllig landwirtschaftlicher Überwachung- stelle beraubt, die einstweilen in die neue Reichs- grenze einbezogen wurden und zum anderen Teil auf russischen Grenzgebiet liegen. Ebenso ungünstig hat sich infolge der neuen Grenzsetzung die Lage der Forstwirtschaft gestaltet. Auch hier waren die Kriegsschäden beträchtlich und die Verluste durch die neue Grenzsetzung bedeutend. Trotzdem hat sich die zu ernährnde Bevölkerung auf dem Gebiet des Generalgouvernements nicht verringert, ist vielmehr infolge zahlreicher Verdrängungen na- men aus dem Reich und infolge von Hungertoten aus dem sowjetrussischen Interessengebiet größer geworden. So hat z. B. die Bevölkerung der Haupt- stadt Warschau um 3 - 400 000 gegenüber der Vor- kriegszeit zugenommen.

Trotzdem kann am Ende des ersten vollen Jahres der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement festgestellt werden, daß auf allen Gebieten Verhältnisse anzutreffen sind, die eine stete Aufwärtsentwicklung mit Sicherheit erwarten lassen. Auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft steht der organisatorische Aufbau der Verwaltung. Eine einheitliche Gliederung ist bis in die Kreisinstanz durchgeführt. Die Verwaltung vollzieht sich nach einheitlichen Geschäftsverteilungsplänen. Die erhaltenswerten Einrichtungen der polnischen Ernährung und Landwirtschaft sind wieder aufgestellt, organisatorisch vereinigt und den Weisungen der Regierung unterstellt worden.

Auf dem Gebiete der Erzeugung sind alle landwirtschaftlichen Betriebe über 50 ha in einer Landbewirtschaftungsstelle zusammengefaßt, soweit sie nicht der Liegenschaftshauptverwaltung unterstehen. Alle übrigen landwirtschaftlichen Betriebe werden durch die Landwirtschaftskammern betreut. Die Umstellung von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsweise ist auf breiter Front eingeleitet worden und kommt in der Vergrößerung der Anbauflächen von Zuckerrüben und Kartoffeln zum Ausdruck. Die Zuckerrübenanbaufläche stieg von 38 367 ha auf 42 739 ha.

545 to Weizen
45 to Wintergerate
380 to Sämereien
5 000 to Kartoffel-Pflanzgut

Erst nach dem Ende des ersten vollen Jahres der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement festgestellt werden, daß auf allen Gebieten Verhältnisse anzuordnen sind, die eine stete Entwicklung mit Sicherheit erwarten lassen. Auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft steht der organisatorische Aufbau der Verwaltung. Eine einheitliche Gliederung ist bis in die Kreisstände durchzuführen. Die Verwaltung vollzieht sich nach einheitlichen Geschäftsverteilungsplänen. Die erhaltenen Nachrichten der polnischen Regierung und Landwirtschaft sind wieder aufgestellt, organisatorisch vereinigt und den Bestimmungen der Regierung unterstellt worden.

Auf dem Gebiete der Erzeugung sind alle landwirtschaftlichen Betriebe über 50 ha in einer landwirtschaftlichen Zusammensetzung, soweit sie nicht der Gegenstandsverwaltung unterstehen. Alle übrigen landwirtschaftlichen Betriebe werden durch die Landwirtschaftsämter betreut. Die Umstellung von der extensiven zur intensiven Wirtschaftsweise ist auf breiter Front eingeleitet worden und kommt in der Vorbereitung der Anbauflächen von Getreide und Kartoffeln zum Ausdruck. Die Erzeugung anbauflächen stieg von 38 367 ha auf 42 739 ha.

Im nächsten Wirtschaftsjahr sollen 60 000 ha erreicht werden. Zur Schließung der Fettlücke wurde der Ölfruchtbau um etwa 12 % vergrößert. Das Ziel liegt bei etwa 30 % Steigerung. Die Herbstbestellung ist in allen Kreisen ordnungsgemäß durchgeführt. Der Saatenstand ist zufriedenstellend. An Wintergetreide sind in diesem Herbst etwa 4 % mehr bestellt als im Herbst 1939. Zur Erhöhung der viel zu niedrigen Hektarerträge des Generalgouvernements wurde hochwertiges Saatgut und ausreichende Mengen von Kunstdünger bereit gestellt. Die Saatgutstelle des Generalgouvernements ermöglichte die Überwindung der großen Saatgut-Schwierigkeiten des Frühjahrs und des Herbstes 1940, so daß kein Stück Land unbestellt liegen geblieben ist.

Als Ausgang für den Anlauf einer Eigenerzeugung wurde aus deutscher Züchtung folgendes Saatgut eingeführt:

Anfertigung von 1 275 to Sommerweizen
Verkauf von 100 to Gerste
weitgehend gefördert 3 350 to Hafer
für den Anbau von 4 500 to Kartoffeln
625 to Sämereien

Für die Herbstsaat sind nochmals eingeführt worden:

2 200 to Roggen
545 to Weizen
45 to Wintergerste
380 to Sämereien
5 000 to Kartoffel-Pflanzgut

Im nächsten Wirtschaftsjahr sollen 60 000 ha
erzucht werden. Zur Schließung der Pflanzfläche
wurde der Üflrntstern um etwa 12 % vergrößert.
Der Areal liegt bei etwa 30 % Steigerung. Die
Herbstbestellung ist in allen Kreisen ordnungs-
gemäß durchgeführt. Der Saatstand ist außer-
gewöhnlich. An Wintergetreide sind in diesem
Herbst etwa 4 % mehr bestellt als im Herbst
1939. Zur Erhöhung der viel zu niedrigen Mel-
terträge des Generalgouvernements wurde hoch-
wertiges Saatgut und ausreichende Mengen von
Kunstdünger bereit gestellt. Die Saatgutstelle
des Generalgouvernements ermöglichte die Über-
windung der großen Saatgut-Schwierigkeiten des
Frühjahrs und des Herbstes 1940, so daß kein
Stück Land unbestellt liegen geblieben ist.

Als Ausgang für den Anbau einer Eigenherzeugung
wurde aus deutscher Rüchlung folgendes Saatgut
eingesetzt:

1 275 to	Sommerweizen
2 200 to	Gerste
3 350 to	Hafer
4 500 to	Kartoffeln
625 to	Büben

Für die Herbstsaat wird nochmals eingesetzt
worden:

2 200 to	Wegw. Weizen
245 to	Wintergerste
45 to	Büben
380 to	Kartoffel-Pflanzen

Das gesamte Saatenanerkennungswesen des Generalgouvernements ist neu aufgebaut worden. Das Sortenversuchswesen wurde geschaffen, um eine Sortenbereinigung vorzubereiten. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Kartoffelerträge von deutschem Pflanzgut im Durchschnitt der untersuchten Betriebe dreifach höher als die der polnischen Sorten liegen. Die Getreide-Vergleichsversuche haben ergeben, daß die schlechtesten deutschen Getreidesorten um 3,2 dz je Hektar über dem Ertrag der besten polnischen Sorten liegt.

Der Verbrauch von Stickstoff ist von 6 000 to Reinstickstoff (vor dem Kriege) auf 15 000 to Reinstickstoff gestiegen. Die gleiche Steigerung ist bei der Kalianwendung erzielt worden. Der Kalkverbrauch ist um das Doppelte gestiegen. Der Pflanzenschutz wurde ausgebaut, insbesondere ist die Beizung des Saatgetreides durch Aufstellung von 900 Beiztonnen und durch den Verkauf von 100 to bewährter Trockenbeizung weitgehend gefördert worden. Die Vorbereitungen für den Ausbau von Richtbetrieben in jedem Kreis, die künftig als Beispiels-Wirtschaften dienen sollen, sind soweit gefördert, daß diese Betriebe im nächsten Jahre bereits ihre Aufgabe erfüllen werden.

Die Kleintierzucht, die durch den Krieg besonders gelitten hatte, ist im Aufbaue. Die Bestände

Das gesamte Getreideanbauwesen des Gene-
ralgouvernements ist neu aufgelegt worden. Das
Sortenverzeichnis wurde geschaffen, um eine
Sortenreinigung vorzubereiten. Bemerkenswert
ist die Tatsache, daß die Kartoffelerträge von
deutschem Pflanzgut im Durchschnitt der unter-
suchten Betriebe dreifach höher als die der
polnischen Sorten liegen. Die Getreide-Ver-
gleichsveruche haben ergeben, daß die schließ-
teste deutsche Getreidesorte um 3,2 bis 4,5 Hek-
tar über dem Ertrag der besten polnischen Sor-
ten liegt.

Der Verbrauch von Stickstoff ist von 6 000 to
Kilogramm (vor dem Kriege) auf 12 000 to
Kilogramm gestiegen. Die gleiche Steige-
rung ist bei der Kaliumverwendung erzielt worden.
Der Kaliverbrauch ist um das Doppelte gestie-
gen. Der Pflanzenschutz wurde ausgebaut, insbe-
sondere ist die Bekämpfung des Getreideheu durch
Aufstellung von 300 Bataillon und durch den
Verkauf von 100 to bewährter Trockenheide
weitgehend gefördert worden. Die Vorbereitungen
für den Ausbau von Nichtbetrieben in jedem Kreis,
die künftig als Beispiel-Wirtschaften dienen
sollen, sind soweit gefördert, daß diese Betrie-
be in nächsten Jahre bereits ihre Aufgabe erfüllt
sein werden.

Die in den letzten Jahren
erzielten Erfolge sind
ein Beweis für die
Wirksamkeit der
Maßnahmen.

Die Tierzucht ist in besonderer Weise gefördert worden. Zur Ausfüllung großer Lücken sind in diesem Jahre eingeführt worden:

70 Hengste
2 000 Rinder
90 000 Schweine
10 500 Schafe.

Zwei Hauptgestüte und drei Landgestüte im Generalgouvernement bilden die Grundlage für die Pferdezucht. Der Bestand von 80 vorhandenen staatlichen Hengsten wurde auf 453 erhöht. Auf Grund der Verordnung zur Förderung der Tierzucht sind bei den Hengstkörungen im Herbst von 4 375 vorgestellten Hengsten 1 650 Hengste angekört worden. Alle übrigen Tiere werden unfruchtbar gemacht. Die Körungen für die Rinder und Schweine im Frühjahr 1941 sind in Vorbereitung.

Für alle Betriebe über 100 ha ist ab 1. Juli 1940 die Pflicht-Milchkontrolle eingeführt worden, um durch diese Kontrolltätigkeit allmählich die Milcherträge durch Ausmerzungen unnützer Fresser zu steigern. Zurzeit werden 356 000 Kühe kontrolliert. Melkergehilfenschulen sorgen für die Fortbildung der Tierpfleger.

Die Kleintierzucht, die durch den Krieg besonders gelitten hatte, ist im Aufbau. Die Bestände

Die Tierzucht ist in besonderer Weise gefördert worden. Zur Ausbesserung großer Lücken sind in diesem Jahre eingekauft worden:

70 Hengste
2 000 Kühe
90 000 Schweine
10 500 Schafe

Zwei Hauptzucht- und drei Landgestütze im Generalgouvernement bilden die Grundlage für die Pferdezucht. Der Bestand von 80 vorhandenen staatlichen Hengsten wurde auf 450 erhöht. Auf Grund der Verordnung zur Förderung der Tierzucht sind bei den Hengstzuchtungen im Herbst von 4 375 vorgestellten Hengsten 1 650 Hengste abgelaufen worden. Alle übrigen Tiere werden im nächsten Sommer. Die Kühe werden für die Kinder und Schweine im Frühjahr 1941 ab in Vorbereitung.

Die alle Betriebe über 100 ha ist ab 1. Juli 1940 die Pflicht-Milchkontrolle eingeführt worden, um durch diese Kontrollmöglichkeit allgemein die Milchträge durch Auswertung unmittelbarer Proben zu steigern. Fürsorglich werden 350 000 Kühe kontrolliert. Milchergänzungsmittel sorgen für die Fortbildung der Tierpfleger.

Die Kleintierzucht, die durch den Krieg besonders gelitten hatte, ist im Aufbau. Die Bestände

Auf dem Gebiete des Gartenbaus ist eine sukzessive Zuchtbetriebe sind wieder aufgefüllt. Die Zahl dieser Betriebe wurde auf das Doppelte vermehrt. Etwa 5 500 Zuchthennen wurden aus Holland eingeführt.

Die Beschaffung von Landmaschinen wurde durch Wiederaufnahme der Landmaschinen-Produktion im Generalgouvernement in 9 Landmaschinenfabriken ermöglicht. Die Fabriken arbeiten nach einem Herstellungsprogramm der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft. Es wurden bisher im Generalgouvernement erzeugt:

ca. 43 000	Ackerkulturgeräte
3 000	Drillmaschinen
5 000	kleinere Dreschmaschinen mit Pferdeantrieb
2 000	Häckselmaschinen
3 500	Windfegen
2 000	weitere Reinigungsgeräte.

Eingeführt aus dem Altreich wurden:

18 000	Ackerkultur-Geräte
1 650	Drillmaschinen
1 000	Gras- und Getreidemäher
120	Acker-Bulldoggs mit Anhänger.

In Schlepperkursen werden die Schlepperführer ausgebildet; ca. 350 weitere Schlepper rollen in Kürze aus dem Altreich an.

sowie Korbweiden im Werte von 500 000 Zl.

der Nachtbetriebe sind wieder aufgestellt.
Die Zahl dieser Betriebe wurde auf das Doppelte vermehrt. Etwa 5 500 Insassen wurden aus Holland eingekauft.

Die Beschaffung von Landmaschinen wurde durch Wiederkaufnahme der Landmaschinen-Funktion im Generalgouvernement in 2 Landmaschinenfabriken ermöglicht. Die Fabriken arbeiteten nach einem Herstellungsprogramm der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft. Es wurden bisher im Generalgouvernement erzeugt:

ca. 45 000	Ackerkulturgeräte
3 000	Traktoren
3 000	kleinere Traktoren
3 000	Traktoren mit Pferdeantrieb
3 000	Traktoren
3 500	Winkelwagen
3 000	weitere Reinigungsgeräte

Eingekauft aus dem Ausland wurden:

18 000	Ackerkultur-Geräte
1 650	Traktoren
1 000	Gras- und Getreidemäher
120	Acker-Pumpen mit Anhängern

In Schlepptreibern werden die Schlepptraktoren ausgestellt; ca. 350 weitere Schlepper sollen in Korea aus dem Ausland ankommen.

Auf dem Gebiete des Gartenbaues ist eine zusammenfassende berufsständische Organisation aller Angehörigen des Gartenbaues aufgebaut. Die Gemüse-Anbaufläche wird um 30 % vergrößert (bisher 25 000 ha). Im Distrikt Warschau wurde das Versuchsgut Mory für Anbauversuche von Feldgemüse eingerichtet. Die erforderlichen Maßnahmen zum Ausgleich der großen Frostschäden auf dem Gebiet des Obstbaues im letzten Winter sind eingeleitet. Die Teichwirtschaft ergab 11 000 Doppelzentner Karpfen, von denen 1 500 dz ins Reich ausgeführt wurden.

Auf dem Gebiete der Marktordnung sind aus der Verteilung und der Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse alle Juden ausgeschaltet. Zur Erfassung der Vorräte aus alter und neuer Ernte ist eine weitgehende Erfassungsaktion durchgeführt worden. Besondere Versorgungsaktionen laufen für die Belegschaften der Rüstungsbetriebe, Straßenbauarbeiter, Waffen-SS, kasernierter Polizei, lebenswichtiger Betriebe der Post und Ostbahn. In den Städten sind einheitliche Lebensmittel-Rationen und allgemein gültige Lebensmittelkarten eingeführt. Kriegs- und lebenswichtigen Betriebe werden bevorzugt. Ins Reich sind bisher ausgeführt worden:

etwa	42 000 000	Stück	Eier
	150 000	Stück	Geflügel
und	85 000	Kilo	Federn

sowie Korbweiden im Werte von 500 000 Zl.

Auf dem Gebiet des Garfianus ist eine massen-
mentende berufliche Organisation al-
ter Angehörigen des Garfianus aufgetreten. Die
Gewerkschaftliche wird im 30. vergangen
(bisher 25 000 ha). Im Distrikt Wachen wur-
de das Versammlungs-Motiv für Anwesenheit von
Feldgemeinden eingerichtet. Die erforderlichen
Maßnahmen zum Ausgleich der großen Wirtschaft-
den auf dem Gebiet des Obstandes im letzten
Winter sind eingeleitet. Die Wirtschaftskraft
ergab 11 000 Doppelzentner Karpfen, von denen
1 500 ha im Reich ausgeteilt wurden.

Auf dem Gebiet der Marktorde sind aus der
Verteilung und der Be- und Verarbeitung land-
wirtschaftlicher Erzeugnisse alle Juden ausge-
schlossen. Zur Erhaltung der Vorrechte aus alter
und neuer Mitte ist eine weitgehende Erhaltung-
aktion durchgeführt worden. Besonders hervor-
zuheben sind die Befugnisse der
Kommunalarbeiter, Straßenarbeiter, Wachen-SS,
Kommunisten, Polizei, lebenswichtiger Betriebe
der Post und Ostbahn. In den Städten sind ein-
heitliche Lebensmittel-Laktionen und allgemein
günstige Lebensmittel-Laktionen eingerichtet.

Im Reich sind bisher ausgeteilt worden:

etwa 42 000 Stück Eier
120 000 Stück Geflügel
und 82 000 Kilo Federn

sowie Korbeiden im Werte von 500 000 RM.

Errichtet sind 9 Schlachtviehmärkte und 420
Die Ausfuhr von Schlachtabfällen läuft an.

Im Erntejahr 1939/40 sind noch 135 000 to
Brotgetreide aus dem Reich eingeführt wor-
den. Im laufenden Jahre soll ohne Einfuhr
ausgekommen werden.

Bisherige Getreide-Erfassung:

323 000 to davon 249 000 to Brotgetreide
und 74 000 to Futtergetreide

In den Lagern liegen:

85 000 to Brotgetreide
und 15 000 to Futtergetreide

Die unzähligen kleinen Dorfmühlen als Han-
delsmühlen sind ausgeschaltet. Nur noch mo-
dern eingerichtete Mühlen in kleiner Zahl
sind als Handelsmühlen zugelassen.

36 Brauereien und 1 Mälzerei sind in Betrieb
gesetzt worden.

Der Bedarf an Kartoffeln ist voll gedeckt.
Die größeren Verbrauchsplätze und die kriegs-
und lebenswichtigen Betriebe wurden bevorra-
tet.

16 Zuckerfabriken, teils zerstört, wurden
wieder in Gang gebracht. 6 Trocknungsanlagen
für Rübenschnitzel und -Blätter sind in Vorbe-
reitung.

Die Ausfuhr von Schiffschrauben ist an

den Ausfuhr von Schiffschrauben ist an

Im Jahre 1939/40 sind noch 135 000 to

Protektreife aus dem Reich eingeführt wor-

den. Im laufenden Jahre soll ohne Einfuhr

ausgekommen werden.

Die Einfuhr von Protektreife ist an

Bisherige Getreide-Einfuhr:

Im Jahre 1939/40 sind noch 135 000 to

Protektreife und 135 000 to Futtergetreide

eingeführt worden.

In den Jahren liegen:

Im Jahre 1939/40 sind noch 135 000 to

Protektreife und 135 000 to Futtergetreide

eingeführt worden.

Die Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

den Einfuhr von Protektreife ist an

Errichtet sind 9 Schlachtviehmärkte und 120 Kreisviehmärkte, eine gewaltige Steigerung der Auflieferungen ist zu verzeichnen.

Die Vorratshaltung in Fleischwaren beträgt an eingefrorenen Beständen:

270 000 kg Schweinefleisch
100 000 kg Rindfleisch
450 000 kg Fleischkonserven

Vorräte an Wurst, Speck und Pökelfleisch:
30 000 kg.

Zur Mast für die Vorratshaltung sind 16 000 Rinder aufgestellt.

438 Molkereien, die fast sämtlich still lagen, sind in Gang gesetzt. 35 Molkereien und Neubauten sowie ein Neubau mit Härungsanlage und eine Margarine-Fabrik sind geplant.

Der Bau der Talasperrre Rownow ist beinahe vollendet. Erfasst wurden weiter:

300 Millionen Eier
750 000 Stück Geflügel
500 000 Kilo Federn
50 000 Kilo Honig
100 Millionen Eier in Kühlhäusern und Kalkbecken, 300 000 Stück Geflügel im Kühlhaus.

Erreichte sind 9 Schichtvolumen und 120
Kreisläufe, eine gewisse Steigerung
der Aufzeichnungen ist zu erwarten.

Die Vorratshaltung in Fleischwaren beträgt
an eingetragenen Beständen:

270 000 kg Schweinefleisch
100 000 kg Rindfleisch
450 000 kg Fleischkonserven

Vorräte an Wurst, Speck und Ferkelfleisch:
30 000 kg.

Für Mast für die Vorratshaltung sind 16 000
Rinder aufgestellt.

438 Molkerien, die fast sämtlich still la-
gen, sind im Gang gesetzt. 32 Molkerien und
Neubauten sowie ein Neubau mit Hartungsanlage
und eine Magermilch-Fabrik sind geplant.

Entlastet wurden weiter:

300 Millionen Eier

750 000 Stück Geflügel

500 000 Kilo Federn

50 000 Kilo Honig

100 Millionen Eier im Kühlhaus und Kalk-
becken, 300 000 Stück Geflügel im Kühlhaus.

Die Vorratshaltung ist weiter, werden
wieder in Gang gebracht. 6 Produktionsanlagen
für Konservierung und -Mischen sind in Vor-
bereitung.

Auf dem Gebiete der Bodenordnung sind nur
Das Genossenschaftswesen hat einen ungeahnten Aufstieg erlebt. Der Umsatz gegenüber dem Jahre 1938 hat sich beinahe verzehnfacht. 40 Kreisgenossenschaften mit deutschen Kommissaren an der Spitze sind neu errichtet. Zur Steuerung des polnischen Genossenschaftsnetzes sind lediglich 130 deutsche Fachkräfte eingesetzt.

Für die Vornahme sind 282 000 ha Land- und
Auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft sind 300 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche durch wasserwirtschaftliche Maßnahmen verbessert worden. 6 000 ha Wiesen wurden umgebrochen und neu angesät. 15 000 ha sind für die Einsaat im Frühjahr fertig. Die Zahl der in der Wasserwirtschaft Beschäftigten stieg von 25 500 im Juni auf 34 000 im August und 42 000 im Oktober. Insgesamt sind 48 Millionen Zloty aufgewendet worden.

Beitrag zur Reichsverteidigung.
Der Bau der Talsperre Roznow ist beinahe vollendet. Im Sommer 1941 kann die Talsperre, deren Fassungsvermögen 230 Millionen cbm beträgt, wasserwirtschaftlich als Hochwasserschutz betrieben werden. Ab September 1941 ist mit der Stromerzeugung zu rechnen. Zunächst werden monatlich 5 Mill. KW-Stunden erzeugt. Durch den Bau der Talsperre Roznow werden weitere 200 000 ha Land vor Hochwasserschäden bewahrt.

Erweitert sind 9 Landwirtschaftliche und 120
Kolonien, eine weitere Erweiterung
des Genossenschaftswesens hat einen ungeheuren
Aufstieg erlebt. Der Umsatz gegenüber dem
Jahre 1938 hat sich beinahe verdreifacht. 40
Kriegsgenossenschaften mit deutschen Kommuna-
ren an der Spitze sind neu errichtet. Für Star-
kung des polnischen Genossenschaftswesens sind
lediglich 130 deutsche Fachkräfte eingesetzt.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind 300 000
ha landwirtschaftliche Nutzfläche durch wasser-
wirtschaftliche Maßnahmen verbessert worden.
6 000 ha Wiesen wurden umgegraben und neu ange-
legt. 15 000 ha sind für die Rinderzucht im Frühjahr
fertig. Die Zahl der in der Landwirtschaft Be-
schäftigten stieg von 25 500 im Juni auf 34 000
im August und 42 000 im Oktober. Insgesamt sind
43 Millionen Zloty aufgewendet worden.

Der Bau der Talsperre Komow ist beinahe vollan-
det. Im Sommer 1944 kann die Talsperre, deren
Bausumme 230 Millionen zsm beträgt, was-
serwirtschaftlich als Hochwasserschutz betrieben
werden. Ab September 1944 ist mit der Stromerzeu-
gung zu rechnen. Zunächst werden monatlich 5 Mill.
KW-Stunden erzeugt. Durch den Bau der Talsperre
Komow werden weitere 200 000 ha Land vor Hoch-
wasserständen bewahrt. Folgende im Komow:

Auf dem Gebiete der Bodenordnung sind zur Vorbereitung durchgreifender Reformen 1 Hauptlandamt, 4 Landämter und 40 Landinspektionen geschaffen worden. 500 Umlegungsverfahren aus der polnischen Zeit mit einer Fläche von 400 000 ha wurden wieder aufgenommen.

Für die Wehrmacht sind 282 000 ha land- und forstwirtschaftlich genutzte Fläche bereitgestellt worden.

172 000 Menschen wurden in verschiedenen Etappen evakuiert und anderweitig untergebracht.

In der Zeit vom Oktober 1939 bis Dezember 1940 wurden 276 000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte ins Reich vermittelt.

Von der landwirtschaftlichen Liegenschaftshauptverwaltung sind 639 landwirtschaftliche Betriebe mit zusammen 258 325 ha erfasst.

In dem Gebiete der Bodennutzung sind zur
Vorbereitung durchgeführter Reformen
Hauptland, 4 Landhäuser und 40 Landhäuser
speziell geschaffen worden. 700 Umlage-
verfahren aus der polnischen Zeit mit einer
Mische von 400 000 ha wurden wieder aufge-
nommen.
Für die Wehrmacht sind 282 000 ha Land- und
forstwirtschaftlich genutzte Fläche bereit-
gestellt worden.
172 000 Menschen wurden in verschiedenen
Stufen evakuiert und anderweitig unterge-
bracht.
In der Zeit vom Oktober 1939 bis Dezember
1940 wurden 276 000 landwirtschaftliche Ar-
beitskräfte ins Reich vermittelt.
Von der landwirtschaftlichen Bevölkerung
hauptverwundet sind 639 landwirtschaftliche
Berufstätige mit zusammen 228 325 ha erfasst.

Auf dem Gebiete der Forstverwaltung war die dringlichste Aufgabe die durch den Krieg und die auf diesem Gebiete durch besonders starke polnische Mißwirtschaft geschädigten Holzbestände zu erhalten und für ihre Verbesserung zu sorgen. Gleichzeitig mußte der Holzeinschlag und die Holzverarbeitung für den großen Wiederaufbaubedarf möglichst wieder voll in Gang gesetzt werden. Beides ist in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen. Der Holzeinschlag wurde naturgemäß durch den überaus strengen Winter ungemein verzögert. Weitere erhebliche Schwierigkeiten verursachte die ungenügende Ernährung der Waldarbeiter und der Mangel an brauchbaren Holzhauer-Werkzeugen. Diesen Schwierigkeiten wurde durch teilweisen Übergang zur Naturalentlohnung und durch Beschaffung guter Werkzeuge aus dem Reich begegnet. Der besonders schlechte Zustand der polnischen Straßen in den hauptsächlichsten Waldgebieten hat den Holztransport ungeheuer erschwert. Trotz dieser zunächst unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten gelang es, das geschlagene Holz im Laufe des Sommers an die Verarbeitungsstätten zu bringen. Hierzu hat wesentlich die Inanspruchnahme der Gespanndienstpflicht und das tatkräftige Eingreifen des vom Reichsforstmeister aufgestellten Forstschutzkommandos beigetragen. Zur Stärkung der

Im Jahre wurde die restliche Anschaffung aller

Auf dem Gebiete der Forstverwaltung war die dringlichste Aufgabe die durch den Krieg und die auf diesem Gebiete durch besondere starke polnische Wirtschaft geschädigten Holzeinkünfte zu erhalten und für ihre Verbesserung zu sorgen. Gleichzeitig mußte der Holzeinkommen und die Holzverarbeitung für den großen Wiederaufbau möglichst wieder voll in Gang gesetzt werden. Beides ist in verhältnismäßiger kurzer Zeit gelungen. Der Holzeinkommen wurde naturgemäß durch den überaus strengen Winter ungemein vergrößert. Weitere erhebliche Schwierigkeiten verursachte die ungenügende Ernährung der Waldbesitzer und der Mangel an brauchbaren Holzkutter- und Kettensagen. Diesen Schwierigkeiten wurde durch teilweisen Übergang zur Naturalienlieferung und durch Beschaffung guter Werkzeuge aus dem Reich begegnet. Der besonders schlechte Zustand der polnischen Straßen in den hauptsächlichsten Waldgebieten hat den Holztransport ungemein erschwert. Trotz dieser zunächst unüberwindlichen erscheinenden Schwierigkeiten gelang es, das geschlagene Holz im Laufe des Sommers an die Verarbeitungsstätten zu bringen. Hierzu hat wesentlich die Inanspruchnahme der Gesammlebensfähigkeit und das tatkräftige Eingreifen des vom Reichsforstmeister aufgestellten Forstschutzkommandos beigetragen. Zur Stärkung der

deutschen Kriegswirtschaft wurde die Gewinnung von Harz in großem Stil in Angriff genommen mit dem Erfolg, daß schon im ersten Jahre der Verwaltung 5 Millionen Kilo Harz gewonnen wurden. Als Ersatz fehlender überseeischer Rohstoffe wurden große Mengen von Gerbrinde und Gerbholz aufbereitet und in Verbrauch genommen. Außerdem wurde angesichts des schweren Brennstoffmangels eine großzügige Ausnützung der umfangreichen Hochmoore zur Torfgewinnung vorbereitet. ~~a voll.~~

Von dem gewonnenen Holz war etwa 1/5 der Stammholzmenge zur Ausfuhr in das Reich vorgesehen, während das Grubenholz fast ausschließlich in das oberschlesische Industrieviertel ging, das auf die Versorgung aus dem Generalgouvernement angewiesen ist. Mit Fichtenfaserholz waren in erster Linie die im Generalgouvernement liegenden Papier- und Zellulosefabriken zu versorgen, während das Kiefern-Faserholz dem Reich zur Verfügung gestellt wurde. Das Schwellenholz diente zur Befriedigung des Bedarfs der Reichsbahn und der Ostbahn. Im September wurde wegen vordringlicher wehrwirtschaftlicher Aufgaben (Wehrmacht, Ottoprogramm) die Ausfuhr von Holz in das Reich (mit Ausnahme von Grubenholz) gestoppt.

Anfang Mai wurde das vom Reichsforstmeister auf- Die Holzwirtschaft lag im ehemaligen Polen fast ausschließlich in den Händen der Juden. In diesem Jahre wurde die restlose Ausschaltung aller

deutscher Kriegswirtschaft wurde die Gewinnung von Holz im großen Stil in Angriff genommen mit dem Erfolg, daß schon im ersten Jahre der Verwertung 5 Millionen Kilo Holz gewonnen wurden. Als Ersatz fehlender überseeischer Rohstoffe wurden große Mengen von Gerbäben und Gerbholzen aufbereitet und in Vorrat genommen. Außerdem wurde angesichts des schweren Brennstoffmangels eine großartige Ausnutzung der umfangreichen Hochmoore zur Torfgewinnung vorbereitet.

Von dem gewonnenen Holz war etwa $\frac{1}{5}$ der Stammholzmengen zur Ausfuhr in das Reich vorgesehen, während das Gerbholz fast ausschließlich in das oberdeutsche Industriegebiet ging, das auf die Versorgung aus dem Generalgouvernement angewiesen ist. Mit Kleinfaserholz waren in erster Linie die im Generalgouvernement liegenden Papier- und Zellulosefabriken zu versorgen, während das Kiefern-Baumholz dem Reich zur Verfügung gestellt wurde. Das Schweißholz diente zur Befriedigung des Bedarfs des Reichsbahn und der Ostbahn. Im September wurde wegen vorrückender wirtschaftlicher Aufgaben (Wehrmacht, Ostprogramm) die Ausfuhr von Holz in das Reich (mit Ausnahme von Gerbholz) gestoppt.

Die Holzwirtschaft lag im ehemaligen Polen fast ausschließlich in den Händen der Juden. Im ersten Jahre wurde die restlose Ausbeutung aller

in Generalgouvernement eingesetzt. Der Einsatz jüdischen Elemente zu Ende geführt. Um den holzwirtschaftlichen Wiederaufbau voranzutreiben, erklärten sich zahlreiche deutsche Firmen zur Mitarbeit bereit; auch polnische Firmen, die durch die bisherige jüdische Vormachtsstellung unterdrückt waren, fassten Vertrauen zur deutschen Wirtschaftsführung und arbeiten loyal mit. Soweit es sich nicht um veraltete oder rückständige Betriebe handelt, sind die Sägewerke wieder in Gang gebracht und arbeiten voll.

Infolge des im ehemaligen Polen betriebenen Raubbaus bleibt die Holzerzeugung im Generalgouvernement hinter dem Bedarf zurück; das gilt nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für zukünftige Friedensjahre.

Auf dem Gebiete der Jagd und des Naturschutzes wurde eine vorläufige Regelung der Jagdausübung angeordnet; eine endgültige Regelung kann erst nach dem Kriege getroffen werden. Für die Staatsforsten wurde eine Jagdnutzungsanweisung erlassen, außerdem wurden eine Reihe von Staatsjagdrevieren eingerichtet. Für eine Ordnung des Naturschutzes im Generalgouvernement sind die Vorarbeiten im Gange.

Anfang Mai wurde das vom Reichsforstmeister aufgestellte Forstschutzkommando vom Generalgouverneur übernommen und in Stärke von rund 1 500 Mann

Indischen Elemente zu Ende geführt. Um den
holsteinischen Widerstand voranzutreiben
dem, erklärten sich zahlreiche deutsche Firmen
zur Mitarbeit bereit; auch polnische Firmen,
die durch die blutige Indische Vörmachtstafel-
lung unterdrückt waren, ließen Versuchen zur
deutschen Wirtschaftsförderung und arbeiteten loyal
mit. Soweit es sich nicht um veraltete oder
rückständige Betriebe handelt, sind die Bege-
werke wieder in Gang gebracht und arbeiten voll.

Infolge des im ehemaligen Polen betriebenen
Handels bleibt die Holzversorgung im Generalgouver-
nement hinter dem Bedarf zurück; das gilt
nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für
zukünftige Friedensjahre. Die Holzversorgung wurde in
auf dem Gebiete der Jagd und des Naturschutzes
wurde eine vorläufige Regelung der Jagdverwaltung
angeordnet; eine endgültige Regelung kann erst
nach den Kriegen getroffen werden. Für die Staats-
forsten wurde eine Jagdverwaltungsverordnung erlas-
sen, außerdem wurden eine Reihe von Staatsjagd-
revieren eingerichtet. Für eine Ordnung des Na-
turschutzes im Generalgouvernement sind die Vor-
arbeiten im Gange. (Anhang von Verordnungen)

Anfang Mai wurde das vom Reichsforstmeister auf-
gestellte Forstschutzkommando vom Generalgouver-
neur übernommen und in Stärke von rund 1500 Mann
aus dem Gebiet des russischen Kaiserreichs ab-

im Generalgouvernement eingesetzt. Der Einsatz des Forstschutzkommandos war ein voller Erfolg, der sich auch auf die Tätigkeit der Forstverwaltung überhaupt sehr segensreich ausgewirkt hat. Bis Ende Oktober wurden vom FSK. über 2 Millionen Zloty Straf gelder eingetrieben und rund 28 000 fm gestohlenen Holzes sichergestellt; die Anfuhr von über 1 Million fm Holz konnte nur Dank der tatkräftigen Mithilfe des FSK. durchgeführt werden. Neben diesen forstpolizeilichen Funktionen, für welche die Verordnung zum Schutze des Waldes und Wildes im Generalgouvernement vom 13. April 1940 die gesetzliche Grundlage bildete, hat das FSK. sich auch auf forstwirtschaftlichem Gebiet erfolgreich betätigt. Durch Abhaltung zahlreicher Lehrgänge wurden die polnischen Waldarbeiter in moderner Arbeitstechnik und holzsparender Haushaltung geschult; diese Maßnahmen werden sich schon in den Leistungen dieses Winters arbeitsfördernd und nutzbringend auswirken. Zwecks weiterer Durchsetzung rationeller Arbeitsmethoden werden die Forstschutz Männer auch im praktischen Forstbetrieb eingesetzt, um den Polen Beispiel und Vorbild zu sein.

im Generalgouvernement eingesetzt. Der Einsatz
des Forstschutzkommandos war ein voller Erfolg.
der sich auch auf die Tätigkeit der Forstver-
waltung überhaupt sehr segensreich ausgewirkt
hat. Bis Ende Oktober wurden von PSE. über 2
Millionen Elitz Sträucher eingestrichen und
rund 28 000 im gestochenen Holze sichergestellt;
die Anzahl von über 1 Million im Holz konnte nur
Dank der tatkräftigen Mithilfe des PSE. durchge-
führt werden. Neben diesen forstpolizeilichen
Funktionen, für welche die Verordnung zum Schutz
zu des Waldes und Wildes im Generalgouvernement
vom 13. April 1940 die gesetzliche Grundlage bil-
det, hat das PSE. sich auch auf forstwirtschaft-
lichen Gebiet erfolgreich betätigt. Durch Abhal-
tung zahlreicher Lehrgänge wurden die polnischen
Waldarbeiter in moderner Arbeitstechnik und Holz-
sparender Handhabung geschult; diese Maßnahmen
werden sich schon in den Leistungen dieses Win-
ters arbeitserhöhend und kostensparend auswirken.
Zwecks weiterer Verbesserung rationaler Arbeits-
methoden werden die Forstschutzleute auch im
praktischen Forstbetrieb eingesetzt, um den Polen
Beispiel und Vorbild zu sein.

Strassenbau.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, welche ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden waren, um die Ernährung und Holzwirtschaft des Generalgouvernements auf den heutigen Stand zu bringen. Ziel der weiteren Arbeit der künftigen Jahre wird sein, trotz karger Bodenbedingungen und schlechter Rohstofflage die Erzeugung so zu steigern, daß wenigstens das übervölkerte Gebiet des Generalgouvernements aus eigenen landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Vorräten bestehen kann.

Das Generalgouvernement verwaltet, das zu verwalten ist, ein Straßennetz mit einer Gesamtlänge von 14 240 km. Davon entfallen auf Durchgangsstraßen, welche den Reichsstraßen entsprechen, 3553 km, auf Distriktsstraßen - im Reich landesüblicher I. Ordnung - 3 780 km und auf Kreisstraßen - im Reich landesüblicher II. Ordnung - 6 910 km. Insgesamt sind bei der Unterhaltung dieses Straßennetzes 2 200 Straßenwärter und 270 polnische Straßenmeister eingesetzt.

Wegen der Einbeziehung des Generalgouvernements in das Verkehrsgebiet des Reichs traten die West-Ost-Verbindungen als Anschlußachsen an das Reich in den Vordergrund. Diese wurden deshalb bei den im Frühjahr 1940 beginnenden Arbeiten in erster Linie berücksichtigt. Das Ausbauprogramm umfaßte zunächst rd. 1000 km Straßen. Für die nach den Hauptverkehrsachsen des Reichs erfolgende technische Durchführung dieser Straßenbauten wurde eine Ausbaugeschwindigkeit von 60 km/Stunde und je nach der Verkehrsbedeutung eine Fahrbahnbreite von 6,0 m oder

7,5 m

in Generalverwaltung eingesetzt, der Minister
des Innern, der die Verwaltung der
die bisherigen Ausführungen haben gezeigt,
welche ungeheuren Schwierigkeiten zu über-
winden waren, um die Ernährung und Holz-
wirtschaft des Generalgouvernements auf
den heutigen Stand zu bringen. Ziel der
weiteren Arbeit der künftigen Jahre wird
sein, trotz harter Bodenbedingungen und
schlechter Rohstofflage die Erzeugung so
zu steigern, daß wenigstens das Übervöl-
kerungsgebiet des Generalgouvernements aus
eigenen landwirtschaftlichen und forst-
wirtschaftlichen Vorständen bestehen kann.
Dieses Ziel ist natürlich nur durch
eine radikale Umgestaltung der polnischen
Wirtschaft zu erreichen, wobei die polnische
Landwirtschaft in erster Linie in Betracht
kommen muß. Die polnische Landwirtschaft
war bisher fast ausschließlich auf den
Anbau von Getreide und Viehzucht be-
zogen. Die polnische Landwirtschaft
muß sich auf den Anbau von Holz und
Landwirtschaft umstellen, um die
Wirtschaft des Generalgouvernements
auf den heutigen Stand zu bringen.

VI

B a u w e s e n .

1.) Straßen- und Brückenbau.

Vordringlichste Aufgabe der Gruppe Straßen- und Brückenbau nach Beendigung des polnischen Feldzuges war es, die frühere polnische Straßenverwaltung zu sammeln, insbesondere, die polnischen Straßenmeister und Straßenwärter zu erfassen und neu einzusetzen. Zu diesem Zwecke wurden 8 Außendienststellen der Gruppe Straßen- und Brückenbau - je 2 in jedem Distrikt - mit dem Sitz in Warschau, Minsk, Krakau, Rzeszow, Radom, Kielce, Lublin und Zamose errichtet, die jetzt das Straßennetz des Generalgouvernements verwalten. Das zu verwaltende Straßennetz hat eine Gesamtlänge von 14 240 km. Davon entfallen auf Durchgangsstraßen, welche den Reichsstraßen entsprechen, 3550 km, auf Distriktsstraßen - im Reich Landstraßen I. Ordnung - 3 780 km und auf Kreisstraßen - im Reich Landstraßen II. Ordnung - 6 910 km. Insgesamt sind bei der Unterhaltung dieses Straßennetzes 2 200 Straßenwarte und 270 polnische Straßenmeister eingesetzt.

Durch die Einbeziehung des Generalgouvernements in das Interessengebiet des Reichs traten die West-Ost-Verbindungen als Anschlußstrecken an das Reich in den Vordergrund. Diese wurden deshalb bei dem im Frühjahr 1940 beginnenden Ausbau in erster Linie berücksichtigt. Das Ausbauprogramm umfaßte zunächst rd. 1000 km Straßen. Für die nach den Ausbaurichtlinien des Reichs erfolgende technische Durchführung dieser Straßenbauten wurde eine Ausbaugeschwindigkeit von 60 km/Stunde und je nach der Verkehrsbedeutung eine Fahrbahnbreite von 6,0 m oder

7,5 m

ANMERKUNGEN

1.) Straßen- und Verkehrsplan

Verkehrsplan (Anlage der Gruppe Straßen- und Verkehrsplan nach Bedeutung des politischen Verkehrs war an die folgende politische Verwaltung zu stellen, insbesondere die politischen Verwaltungseinheiten und Verkehrsplan zu erstellen und zu erläutern. In diesem Bereich wurden 6 Aufgabenstellungen der Gruppe Straßen- und Verkehrsplan - je 2 in jeder Phase - mit dem Ziel im Verkehrsplan, nämlich, Verkehrsplan, Verkehrsplan und Verkehrsplan, die jetzt den Verkehrsplan des Gesamtverkehrsplan vorweisen. Das war vor- wärtige Verkehrsplan hat eine Gesamtlänge von 14 km. Neben entstehen auf Verkehrsplan, welche den Verkehrsplan enthalten, 1750 km, auf Verkehrsplan - in Reich Landesplan I. Ordnung - 2 750 km und auf Verkehrsplan - in Reich Landesplan II. Ordnung - 6 910 km. Insgesamt wird bei der Vorbereitung dieses Verkehrsplan 2 500 Verkehrsplan und 270 politische Verkehrsplan ein- gestellt.

Durch die Einrichtung des Gesamtverkehrsplan- nenns in den Verkehrsplan des Reichs treten die Verkehrsplan als Verkehrsplan an das Reich in den Verkehrsplan. Diese werden jedoch bei den in Verkehrsplan 1940 beginnenden Jahren in erster Linie berücksichtigt. Das Verkehrsplan wurde zunächst im 1900 im Verkehrsplan die nach dem Verkehrsplan des Reichs erfolgende Verkehrsplan dieser Verkehrsplan wurde eine Verkehrsplan von 50 km/Strasse und je nach der Verkehrsplan eine Verkehrsplan von 6,0 m oder 1,0 m.

7,5 m vorgesehen. Die Fahrbahn selbst wurde mit einer einfachen Oberflächenteuerung befestigt. Alle im Zuge dieser 1000 km liegenden zerstörten bzw. wenig tragfähigen oder in der Fahrbahnbreite ungenügenden Brücken wurden auf eine Mindesttragfähigkeit von 16 to und eine Fahrbahnbreite von 7,5 m gebracht. Es wurden um- bzw. neu gebaut insgesamt 388 Brücken mit einer Gesamtlänge von 7 377 m. Als bedeutendste sind zu nennen: 2 Weichselbrücken bei Sandomierz mit je 480 m Länge, die Weichselbrücken bei Annopol, Pulawy, Deblin und Swidry mit 895, 438, 425 und 1 300 m Länge, die Bugbrücken bei Wyskow und Brok mit 398 bzw. 316 m Länge, die Brücke über die Pilica bei Bialebrzegi mit 248 m Länge, die Brücke bei Chabowka im Zuge der Straße Krakau-Zakopane mit 258 m Länge und die Dunajec-Brücken bei Zakliczyn, Neu-Sandez und Zglobice und 280, 238 und 240 m Länge.

Bei der Durchführung dieses Programms waren insgesamt 25 deutsche Firmen aus allen Gauen des Reichs mit rd. 3000 deutschen Ingenieuren, Schachtmeistern, kaufmännischen Angestellten und Facharbeitern sowie rd. 47 000 polnischen Hilfsarbeitern eingesetzt.

An Materialien wurden verwendet: 2,5 Mio. to Steinmaterialien, 75 000 fm Holz, 14 000 to Teer und 4 000 to Eisen. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die in der Beschaffung der Geräte und Fahrzeuge, der notwendigen reichsdeutschen Fachkräfte, der Steinmaterialien, der Treibstoffe, ja selbst der polnischen Arbeitskräfte lagen, ist es gelungen, das Straßenbauprogramm 1940 fristgerecht fertigzustellen.

Für den kommenden Winter ist auf diesen Straßen ein Winterdienst eingerichtet für Schneeräumung und Glatteisbekämpfung, sodaß die Verkehrsbereitschaft

im

7,5 m vorgesehen. Die Fährbahn selbst wurde mit einer
einfachen Überlappung hergestellt. Alle im Zuge
dieser 1000 m liegenden Gerüste best. wenig trag-
fähigen oder in der Fährbahn nicht anzuwendenden
Teile wurden auf einer Widerstandsfähigkeit von 10 zu
nach einer Fährbahn von 7,5 m Gerüst. Es wurden
von der neu gebaut insgesamt 200 Fährbahnen mit einer Ge-
samtlänge von 7 377 m. Die bedeutendsten sind zu nennen:
2 Weichenbahnen bei Gumbinnen mit je 400 m Länge, die
Weichenbahnen bei Königsberg, Königsberg, Königsberg und Königsberg
mit 300, 400, 400 und 1 200 m Länge, die Fährbahnen
bei Königsberg und Königsberg mit 300 m. 316 m Länge, die Fährbahnen
über die Fährbahn bei Königsberg mit 245 m Länge, die
Fährbahn bei Königsberg in Höhe der Straße Königsberg-Königsberg
mit 200 m Länge und die Königsberg-Königsberg bei Königsberg,
Königsberg und Königsberg mit 200, 200 und 200 m Länge.
Bei der Herstellung dieses Programms waren
insgesamt 25 deutsche Firmen aus allen Teilen des Reichs
mit rd. 3000 deutschen Ingenieuren, Schweißern,
Kaufleuten angestellt und Arbeiter aus allen rd.
47 000 polnischen Arbeiter eingesetzt.
Am Ende der Fährbahn wurden verwendet: 2,5 Mio. m³
Steinmaterialien, 75 000 t Holz, 14 000 t Eisen und
4 000 t Blei. Trotz der ungenutzten Schweißarbeiten,
die in der Herstellung der Gerüste und Fährbahnen, der
notwendigen verschiedenen Fachkräfte, der Steinmaterial-
alien, der Arbeiter, je selbst der polnischen Arbeiter-
kräfte liegen, ist es gelungen, das Steinbahnprogramm
1940 fristgerecht fertigzustellen.
Für den kommenden Winter ist auf diesen
Strassen ein Winterdienst eingerichtet für Schneeräumung
und Glätteherstellung, sodass die Verkehrsverhältnisse

im Winter gewährleistet ist.

2.) Wasserstraßen.

Aufgabe der Gruppe Wasserstraße ist:

- a) Erhaltung des Ausbauzustandes der Weichsel und Nebenflüsse,
- b) weiterer Ausbau dieser Wasserläufe,
- c) Hochwassermelde- und Warndienst,
- d) Bau von Talsperren,
- e) Anschluß an das deutsche und russische Wasserstraßennetz.

Es wurde im Kalenderjahr 1940 folgendes geleistet:

Einrichtung der ehemals polnischen Wasserbauämter, Bergung des schwimmenden und landfesten Baugerätes, Wiederaufbau der staatlichen Werften. Die Bauarbeiten zur Wiederherstellung verfallener Strombauten und als Beginn des endgültigen Ausbaues wurden an rd. 130 einzelne Baustellen mit rd. 6 500 Arbeitern aufgenommen. Es sind rd. 14 km Bühnen sowie Deck- und Längswerke in Stand gesetzt oder neu hergestellt ; rd. 21 km Uferböschungen sind erneuert. An 14 zerstörten Brücken über Weichsel, San und Bug wurden die Räumungsarbeiten aufgenommen und bei 7 Brücken beendet. Die Kriegsschäden im Handelshafen Warschau wurden beseitigt. Der Gewässerkundliche Dienst ist voll eingerichtet. Der erste Überblick über die Abflussmengen der Weichsel liegt vor. Mit der Untersuchung der Geschiebebewegung und der natürlichen Flußbettbildung der Weichsel ist begonnen.

Ein Vorentwurf für den Ausbau der Weichsel (Gesamtbauprogramm) ist aufgestellt.

Die Organisation des Hochwassermelde- und Warndienstes steht.

Mit der Errichtung eines gewässerkundlichen

Beobach-

im Winter gewöhnlich ist.

3.1. Wasserwirtschaft.

Infolge der Größe Wasserkräfte ist:

- a) Erhaltung des Wasserstandes der Weiche und
Binnenwasser,
- b) weiterer Ausbau dieser Wasserkräfte,
- c) Hochwasserabwehr und Wasserkraft,
- d) Bau von Schleusen,
- e) Ausbau an den deutschen und russischen Wasserstraßen.

Es wurde im Kalenderjahr 1950 folgendes

geleistet:

Einrichtung der ersten polnischen Wasser-
bauwerke, Beseitigung des Schiffsverkehrs und landwirtschaftlichen
Wasser, Beseitigung der stehenden Gewässer. Die Bau-
arbeiten zur Wasserkraftverteilung vorläufiger Stromwerke
und die Beginn der endgültigen Arbeiten wurden am 25. 12. 1950
einschließlich der Arbeiten mit 1. 8 300 Arbeitskräften begonnen.
Es sind 14 km Binnenschiffahrt und 14 km Binnenschiffahrt
gebaut worden oder noch im Bau. 14 km Binnenschiffahrt
arbeiten sind beendet. Es ist weiterer Ausbau der
Weiche, der und der Binnenschiffahrt der Binnenschiffahrt
geplant und der 7 km Binnenschiffahrt. Die Binnenschiffahrt
Binnenschiffahrt werden werden beendet. Der Binnenschiffahrt-
Binnenschiffahrt ist voll abgeklärt. Der erste Binnenschiffahrt
über die Binnenschiffahrt der Weiche liegt vor. Die der
Binnenschiffahrt der Binnenschiffahrt und der Binnenschiffahrt
Binnenschiffahrt der Weiche ist beendet.

Ein Vorhaben für den Ausbau der Weiche

(Gesamtbudget) ist aufgestellt.

Die Organisation des Binnenschiffahrt- und

Wasserkrafts steht.

Mit der Errichtung eines Binnenschiffahrt- und

Binnenschiffahrt-

Beobachtungsnetzes ist begonnen. Die Talsperrenstellen im Einzelnen sind roh erkundet, 2 Staugebiete durch Vermessung und Bohrungen näher untersucht.

Ein Entwurf für den Ausbau des Bug ist aufgestellt, die Kanalverbindung Brestlitowsk-Deblin im Gelände untersucht.

Der Schiffsverkehr auf der Weichsel wurde wieder aufgenommen.

Es sind befördert:

Auf der oberen Weichsel

Kohlen von Oberschlesien	rd. 70 000 to
Stückgüter	rd. 1.000 to
Personen	rd. 60 000

Auf der mittleren Weichsel

verschiedene Massengüter	rd. 50 000 to
Stückgüter	rd. 5 000 to
Holz auf dem Bug	12 000 fm
Personen	rd. 250 000 .

3.) Hochbau .

Zu Beginn des Jahres 1940 war es die vor-
dringlichste Aufgabe der Gruppe Hochbau, für die räum-
liche Unterbringung der Verwaltungsbehörden im Gesamt-
bereich des Generalgouvernements zu sorgen. Die hierfür
vorgesehenen früheren polnischen Gebäude mußten durch
Um- und Anbauten bzw. Instandsetzungsarbeiten so vorge-
richtet werden, daß sie den Bedürfnissen, die eine
deutsche Behörde billigerweise an ihre Diensträume stel-
len kann, in zweckentsprechender Weise Rechnung tragen.
Hierbei mußte auch auf die Einrichtung von Speiseräumen,
Kasinos und sonstigen Wohlfahrtsräumen Bedacht genommen
werden. Ein besonderes Arbeitsgebiet boten die Bauten
der

Beobachtungsstation ist begonnen. Die Beobachtungsstation
ist im Einzelnen nicht von Interesse, 2 Beobachtungsstationen
durch Vermessung und Höhenmessungen näher untersucht.
Ein Bericht über den Verlauf der Tag hat
ausgegeben, die Beobachtungsstationen sind
im Gelände untersucht.
Der Beobachtungsstation auf der Höhe wurde

weiter aufgenommen.

Es sind folgende:

Auf der oberen Höhe

Kohlen von Oberbächen	10. 70 000
Stroh	10. 70 000
Ferkel	10. 70 000

Auf der mittleren Höhe

verarbeitete Holzstücke	10. 70 000
Stroh	10. 70 000
Holz auf der Höhe	10. 70 000
Ferkel	10. 70 000

2. Beobachtung

Es begann das Jahr 1940 war es die vor-
hergehende Aufgabe der Gruppe, die die
nicht Untersuchung der Verwaltungsbüro im Gesamt-
bereich des Generalgouvernements zu sorgen. Die Arbeit
vorgesehen früheren polnischen Gebiete hatten durch
die und anderen der. Untersuchungsbüro es vor-
reitet werden, das die den Behörden, die die
deutsche Behörden billigen an ihre Behörden ab-
ien kann, in verschiedenen Teile Rechnung tragen.
Hinter sollte auch auf die Einrichtung von Spionage,
Klassen und anderen Verhältnissen beachtet werden
werden. Ein besonderer Arbeitsplan sollte die haben

der Ordnungs- und Sicherheitspolizei, bei denen außer der Errichtung der Unterkünfte oft recht umfangreiche Garagenbauten notwendig wurden.

Im Laufe des Jahres wuchsen die Bauanträge mit ihren verschiedenen Zweckbestimmungen immer mehr an, sodaß die mannigfaltigsten Bauaufgaben der Gruppe Hochbau zur Prüfung und Begutachtung vorgelegt wurden. Von Anfang September bis Mitte Dezember 1940 sind nicht weniger als 90 Bauanträge mit einer Gesamtbausumme von rd. 46 Mil. Złoty in architektonischer, fachtechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht eingehend geprüft und begutachtet worden.

Besonders erwähnt seien:

Instandsetzung des Hygienischen Institutes in Warschau	654.000,--	Złoty
Umbau des Hauses der NSDAP in Krakau	1.100.000,--	"
Einbau des Distriktskasinos in Krakau, Annagasse	1.220.000,--	"
Umbau des Wohnhauses des Gouverneurs in Radom	1.500.000,--	"
Umbau des Theaters in Radom	1.500.000,--	"
Neubau der Kriminaldirektion in Krakau	1.450.000,--	"
Einrichtung des Deutschen Hauses in Warschau	3.200.000,--	"
Neubau des Distriktsgebäudes in Radom	18.100.000,--	"
Umbau des Distriktskrankenhauses in Lublin	297.000,--	"

der Ordnung- und Sicherheitspolitik, bei denen es-
für der Erfüllung der Aufgabe oft recht wichtig-
reiche Gegenstände notwendig wurden.

In letzter Zeit haben die Besondere-
ge mit ihren verschiedenen Zweckbestimmungen immer
mehr an, wobei die mannigfaltigsten Kombinationen der
Gruppe Hochbau zur Prüfung und Bestätigung vorgelegt
wurden. Von Anfang September bis Mitte November 1940
sind nicht weniger als 50 Besondere als einer Ge-
samtheits von rd. 45 Hl. Stück in architektoni-
scher, technischer und wirtschaftlicher Hinsicht
eingehend geprüft und festgestellt worden.

Besondere enthält:

Instandsetzung des Hygienischen Instituts in Berlin		254.000,-
Umbau des Hauses des KDA in Berlin		1.100.000,-
Umbau des Ministeriums in Berlin, Anhang		1.250.000,-
Umbau des Hauses des Konsums in Berlin		1.500.000,-
Umbau des Theaters in Berlin		1.500.000,-
Umbau der Ministerien in Berlin		1.450.000,-
Instandsetzung des Deutschen Hauses in Berlin		3.200.000,-
Umbau des Ministeriums in Berlin		18.100.000,-
Umbau des Ministeriums in Berlin		257.000,-

VI.I

Die Arbeitsvermittlung und Umsiedlungsbewegung.

1.) Die Arbeitsvermittlung und der Arbeitseinsatz.

Die Arbeitsvermittlung sowohl vom Generalgouvernement in das Reich wie auch innerhalb des Generalgouvernements konnte in diesem Jahre in großem Umfang und mit beachtlichem Erfolg durchgeführt werden, nachdem bereits im Jahre 1939 als Grundlage ein Netz von 20 Arbeitsämtern mit 76 Nebenstellen errichtet worden ist und Arbeitslosenhilfe gezahlt wurde, um die polnische Arbeitskraft zu erhalten und Seuchen zu vermeiden. Mit Kraftwagen ausgestattete Werbekolonnen - im ganzen 60 Kolonnen - fuhren im Winter manchmal bei über 30° Kälte auf völlig verschneiten, unwegbaren Straßen bis in die kleinsten Dörfer und warben dort Kräfte für den Arbeitseinsatz im Reich an. Soweit die feindliche Gegenpropaganda diese freiwillige Werbung behinderte, wurden an Ort und Stelle an Hand der Einwohnerkarteien der Wojts geeignete Arbeitskräfte ausgewählt und zur Arbeit beordert. Diese angeworbenen Kräfte mußten in eigenen Sammelagern gründlichst ärztlich untersucht werden, da der Gesundheitszustand der Bevölkerung im Generalgouvernement außerordentlich schlecht ist. Nach der Untersuchung und einer gründlichen Entlausung kamen die Arbeiter in Sonderzügen ins Reich. Trotz der großen Verkehrsschwierigkeiten der Ostbahn und der Reichsbahn gelang es dabei an manchen Tagen bis zu 10 Sonderzüge laufen zu lassen. Insgesamt wurden 340 000 polnische Arbeitskräfte in das Reich vermittelt. Neben den landwirtschaftlichen Arbeitern gelangte auch eine große Zahl gewerblicher Arbeiter zur Vermittlung. Da die Bezahlung der meisten im Reich tätigen polnischen Arbeitskräfte zum Unterhalt der rückbleibenden Familien zu gering ist, mußten für den Unterhalt der zurückgebliebenen Familien von den Arbeitsämtern Unterstützungen in der Höhe von 8.332.000,-- Złoty ausgegeben werden. Die Arbeitsämter hatten neben der Vermittlung in das

Reich

Reich noch Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der Wirtschaft im Generalgouvernement zu stellen. Für die Wirtschaft im Generalgouvernement selbst, die einen wichtigen Beitrag zur Rüstung des Deutschen Reiches liefert, vermittelten die Arbeitsämter rd. 557 000 Arbeitskräfte. Auf diese Weise konnten die gesamten, verschiedenartigsten Aufgaben, die dem Generalgouvernement gestellt wurden, ohne Hinzunahme reichsdeutscher oder anderer fremder Arbeitskräfte gelöst werden. Hierbei galt es vor allem die Rüstungsbetriebe und die sonstigen im Vierjahresplan zusammengefaßten Betriebe mit Facharbeitern zu versehen. Hinzu kamen die hohen Anforderungen der Forstwirtschaft, der verschiedenen groß angelegten Bauvorhaben und Entwässerungsmaßnahmen und der großzügigen Straßenbauprogramme. Insgesamt mußten die Arbeitsämter, um allen Anforderungen gerecht zu werden, täglich 3.400 Arbeitskräfte in Arbeit vermitteln. So kam es, daß die im früheren polnischen Staat vorhandene Arbeitslosigkeit nahezu restlos verschwunden ist, ja bei manchen Berufsgruppen schon ein ausgesprochener Mangel herrscht. Die Arbeitsämter haben daher bereits Schulungswerkstätten für Metallfachkräfte und andere Berufszweige eingerichtet, in denen geeignete Arbeiter zum Zwecke der Umschulung und Nachschulung ausgebildet werden. Außerdem wurden eigene Kurse zur Erlernung der deutschen Sprache, der Kurseschrift und Schreibmaschine durchgeführt, um die verhältnismäßig vielen arbeitslosen Angestellten unterzubringen. Da trotz aller dieser Maßnahmen die polnischen Arbeitskräfte allein zur Durchführung aller im Generalgouvernement geplanten Aufbaumaßnahmen nicht mehr ausreichten, mußten die Juden im großen Ausmaße nach heitlichen

Reich nach Arbeitskräfte für den Lebensunterhalt der
Wirtschaft im Generalgouvernement zu stellen. Für die
Wirtschaft im Generalgouvernement selbst, die einen
wichtigen Beitrag zur Erhaltung des deutschen Lebens
liefert, vermittelte die Arbeitsstelle Nr. 527 000
Arbeitskräfte. Auf diese Weise konnten die gesamten
verschickten Arbeitskräfte, die dem Generalgouver-
nement gestellt wurden, ohne Rücksicht auf die Lebensunter-
haltung der deutschen Arbeitskräfte gestellt werden. Hier-
bei geht es vor allem um die Lebensunterhalte und die
Arbeitskräfte im Generalgouvernement. Man kann die hohen
Anforderungen der Wirtschaft, der verschickten
Arbeitskräfte, der Wirtschaft und Lebensunterhalte
und der gesamten Wirtschaft. Insgesamt
wurden die Arbeitskräfte, um allen Anforderungen gerecht
zu werden, für die 1.400 Arbeitskräfte in Arbeit ver-
mittelt. So kam es, daß die in früheren Jahren
stark vorhandene Arbeitslosigkeit nicht mehr vor-
zukommen ließ. In der deutschen Bevölkerung haben wir
ausgesprochenen Mangel herrscht. Die Arbeitskräfte ha-
ben daher bereits sehr geringe Löhne für die Arbeits-
kräfte und andere Arbeitskräfte eingestellt, in denen
geringeren Arbeits- und Löhnen der Wirtschaft und der
Wirtschaft ausgestellt werden. In der deutschen Bevölkerung
wurde zur Erhaltung der deutschen Sprache, der Kultur-
schicht und der Wirtschaft der Wirtschaft, um die ver-
mittelte Arbeitskräfte vielen Arbeitskräften Angehörigen unter-
bringen. In der deutschen Bevölkerung die polnischen
Arbeitskräfte allein zur Erhaltung aller im General-
gouvernement gestellten Arbeitskräfte nicht mehr aus-
reichten, wurden die in der deutschen Bevölkerung auch die
Arbeitskräfte.

heitlichen Gesichtspunkten dem Arbeitseinsatz zugeführt werden. Zwecks einheitlicher Regelung des Arbeitseinsatzes wurde daher auch der Judeinsatz den Arbeitsämtern übertragen. Selbstverständlich konnte hierbei den Juden nur eine Bezahlung gewährt werden, die nur einen Bruchteil dessen darstellt, was der Jude zur Fristung der primitivsten Lebensnotdurft braucht. Für den Fehlbetrag müssen die Judenräte aufkommen. In diesem Jahre wurden den Arbeitslosen noch insgesamt 26.357.000,-- Złoty Arbeitslosenhilfe gezahlt. Die zur Durchführung der Aufgaben der Arbeitsämter erforderlichen Mittel werden von der Abteilung Arbeit selbst aus den Mitteln des von der Abteilung Arbeit geleisteten " Arbeitsfonds " aufgebracht.

2.) Die Umsiedlungsbewegung.

Nach Beendigung des polnischen Feldzuges ist das Gebiet der ehemaligen Republik Polen in ein deutsch-russisches Interessengebiet geteilt worden. Von dem deutschen Interessengebiet ist der westliche Teil dem deutschen Reichsgebiet eingegliedert. Mit dieser Aufteilung erhoben sich erhebliche Umsiedlungsprobleme, die in drei Gruppen zu teilen sind:

- 1.) Aus den wiedergewonnenen, ehemals rein deutschen Gebieten, die in den deutschen Reichsverband zurückgekehrt sind, mußte eine große Anzahl von fremdstämmigen Elementen wieder nach dem Osten zurückgebracht werden.
- 2.) Neben den Deutschen, die schon bisher im russischen Staatsverband gelebt hatten, sind eine Reihe von Flüchtlingen im Verlauf des polnischen Feldzuges

in

beistehenden Geschäften des Arbeitnehmers an-
zuordnen. Diese ordnungsgemäße Regelung des Ar-
beitsvertrages wurde daher auch der Arbeitsweise des
Arbeitnehmers entsprechend. Selbstverständlich konnte
hierbei der Arbeiter nur eine Beratung gewährt werden,
die nur einen Zweck hatte, dessen Darstellung, was der
Arbeiter zur Erlangung der gewünschten Arbeitsweise
braucht. Für den Arbeiter waren die Interessen
aufzuheben. In diesem Jahre wurden dem Arbeiter
noch insgesamt 26.757,000,-- bzw. 12,5% Arbeitslosen-
entschädigung. Die zur Durchführung der Aufgaben der Arbeits-
losenversicherung wurden von der Abteilung
Arbeitslosenversicherung * Arbeitslosen * entnommen.

2.) Die Arbeitslosenversicherung

Nach Beendigung des politischen Jahres
ist das Gesetz der Arbeitslosenversicherung in die
deutsche-vorstehende Interessengruppe geteilt worden. Von
den deutschen Interessengruppen ist der westliche Teil
des deutschen Reiches geteilt. Mit dieser
Aufteilung stehen sich verschiedene Interessengruppen,
die in drei Gruppen zu teilen sind:

1.) Von den Arbeitslosen, ebenso wie den deutschen
Arbeitslosen, die in den deutschen Arbeitslosen-
versicherung sind, wurde eine große Anzahl von Arbeits-
losen in den deutschen Reiches wieder nach dem Gesetz zur
Arbeitslosenversicherung.

2.) Neben den deutschen, die neben dieser in deutschen
Arbeitslosenversicherung geteilt hatten, eine Reihe von
Arbeitslosen in der deutschen Arbeitslosenversicherung.

in russisches Interessengebiet geflüchtet. Beide Gruppen mußten in deutsches Interessengebiet zurückgenommen werden.

- 3.) Angesichts der großen Wohnungsnot im deutschen Reichsgebiet ist eine Aussiedlung von Juden - insbesondere aus den großen Städten - mit möglicher Beschleunigung notwendig geworden. Mit diesen Bevölkerungsbewegungen von gewaltigem Ausmaß mußte die Regierung des Generalgouvernements im Benehmen mit den Reichsstellen in kürzester Frist fertig werden. Dies ist unter Anstrengung aller Kräfte gelungen. Weitere große Umsiedlungsbewegungen stehen noch bevor.

Endlich war die Bereitstellung ausreichender Flächen für die Durchführung von Wehrmachtsvorhaben eine der dringlichsten Aufgaben, die im Interesse der Landesverteidigung in kürzester Terminsetzung zu lösen war.

In der Gegend von Radom und im Weichsel - San - Dreieck waren insgesamt 5 große Übungs- und Versammlungszentren für Heer, Luftwaffe und SS zu schaffen, in einer Größenordnung, die im Reichsgebiet bisher nicht vorkam; etwa 2600 qkm Land sollte freigemacht werden. Die Festlegung dieser Übungsplätze im großen ging nach den im Reich bereits erprobten Grundsätzen der Raumordnung verhältnismäßig glatt vonstatten. Die Belange der Wehrmacht konnten im großen in allen Fällen mit den Belangen der zivilen Verwaltung in Einklang gebracht

in russisches Interessengebiet geflöhret. Beide Gruppen hatten in deutschen Interessengebiet zusammengekommen werden.

2.) Angesichts der großen Verengung des deutschen Reichsgebietes ist eine Ausdehnung von Osten - und besonders aus den großen Städten - mit militärischer Beschleunigung notwendig geworden. Mit dieser Ausdehnungsbewegung von gewaltigen Massen hatte die Regierung des Generalgouvernements in Konstantinopel mit dem Reichsstatthalter in Konstantinopel fertig werden. Dies hat unter Anstrengung aller Kräfte gelungen. Solche große Ausdehnungsbewegungen stehen noch bevor.

Endlich war die Herstellung eines einheitlichen Reiches für die Durchführung von Wirtschaftsverfahren eine der dringlichsten Aufgaben, die im Interesse der Landesverwaltung in Konstantinopel notwendig zu lösen war.

In der Gegend von Salon und im Reichsgebiet - Salon - Trebizond waren insgesamt 2 große Truppen- und Versammlungsstellen für die Truppen, Infanterie und 20.000 Mann, in einer großen Versammlung, die im Reichsgebiet bisher nicht vorhanden war; etwa 2000 Mann sind zu versammelt worden. Die Festlegung dieser Truppen ist in großen Teilen nach dem Reichsgebiet erfolgt. Es ist zu erwarten, dass die Truppen der Reichsarmee in großen Teilen in allen Teilen mit der Lösung der zivilen Verwaltung in Konstantinopel

gebracht werden. Die Durchführung dieser Vorhaben im einzelnen bereitete nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Eine Bevölkerungsmasse von über 170 000 Menschen war zu evakuieren und zu neuem produktiven Ansatz zu bringen. Die Evakuierung läuft seit dem Herbst 1940 und wird sich bis in den Herbst 1941 erstrecken. In enger Zusammenarbeit mit der vom Oberkommando des Heeres und dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe beauftragten Reichsumsiedlungsgesellschaft wurden die schwierigen Fragen der Entschädigung und der praktischen Umsiedlung grundsätzlich gelöst. Alle im Interesse der Reichsverteidigung von den Wehrmachtsstellen gesetzten Termine und Fristen wurden innegehalten. Die sachliche Zusammenarbeit mit den Wehrmachtsdienststellen vollzieht sich in ausgezeichnete und kameradschaftlicher Form.

Die Bereitstellung des notwendigen Geländes für die Schaffung von Wehranlagen innerhalb der Verteidigungszone bereitete räumlich an sich kaum Schwierigkeiten. Wegen des Umfanges der einzelnen Anlagen mußten jedoch zur Vermeidung von wirtschaftlichen Erschwernissen, Ernterückgängen und anderen Folgewirkungen ausgedehnte Untersuchungen der Entschädigungs- oder Umlegungsnotwendigkeit angestellt werden. Die Frage des Ausgleichs lebenswichtiger Zivilinteressen mit den militärischen Notwendigkeiten im gesamten Schutzbereich der Verteidigungszone (insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrs und der Siedlung) wurde von der Dienststelle des Reichsverteidigungskommissars im Benehmen mit der Abteilung Raumordnung befriedigend gelöst.

Einzelheiten über die Durchführung der Umsiedlung und über die Zahl der Umesiedelten sind aus dem Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers im Generalgouvernement Seite 36 - 41 zu entnehmen.

geordnet werden. Die Durchführung dieser Vorhaben ist
einzelnen Vereinen nicht ausschließlich vorbehalten.
Eine Bevölkerungszunahme von über 175 000 Menschen war
zu erwarten und es waren produktive Arbeitskräfte zu
bringen. Die Bevölkerung ist seit dem Herbst 1940
und wird sich bis in den Herbst 1941 erhöhen. In
enger Zusammenarbeit mit der von Oberbürgermeister
Hörner und dem Oberbürgermeister der Industrie beauf-
tragten Reichsindustrie- und Handelskammer werden die
schwierigen Fragen der Arbeitsbeschaffung und der Arbeits-
losen Bekämpfung grundsätzlich gelöst. Alle in Inter-
esse der Arbeitsbeschaffung von den Wirtschaftskreisen
gestellten Forderungen sind strikte zu berücksichtigen. Die
entscheidende Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskreisen ist
in vollem Maße in der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosen-
fürsorge zu sehen.

Die Arbeitsbeschaffung des notwendigen Arbeits-
kräfte ist die Aufgabe von Vereinen innerhalb der
Vereinsstruktur. Soweit möglich ist dies zu tun.
Schwierigkeiten wegen der Verteilung der Arbeitskräfte in-
lagen müssen jedoch zur Vermeidung von wirtschaftli-
chen Rückschlägen, Unterbrechungen und anderen Folgen
wirkungsmäßigsten Unternehmungen der Arbeitsbeschaffung
oder Arbeitsbeschaffungsmittel angeordnet werden. Die Pro-
zeß der Arbeitsbeschaffung ist als einseitige Arbeitsbeschaffung
des wirtschaftlichen Arbeitskräfte in gewissen Grenzen
nicht der Arbeitsbeschaffung (Arbeitsbeschaffung) und der Be-
trieb der Betriebe und der Industrie) wurde von der
Ministerialverwaltung der Arbeitsbeschaffung in der
Menge mit der Arbeitsbeschaffung zusammengeführt.
Einzelheiten über die Durchführung der Be-
schaffung sind über die Zahl der Arbeitsbeschaffung und die
den Bereich der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsbeschaffung in der
Arbeitsbeschaffung Seite 35 - 41 zu entnehmen.

VIII .

bahnen.

Die Entwicklung des Verkehrswesens.

Personal: Der Personalstand entwickelte sich im Laufe des Jahres in folgender Weise

Die Ostbahn:

Der Beginn des Jahres 1940 sah die Ostbahn im Aufbau ihrer Organisation. Es wurden eingerichtet die Generaldirektion der Ostbahn mit 6 Abteilungen (Finanz- und Rechtsabteilung, Personal- und Verkehrsabteilung, Maschinentechnische Abteilung, Betriebsabteilung, Bauabteilung, Werkstättenabteilung), zu denen im Herbst die Sonderabteilung S zur Durchführung der besonderen Bauvorhaben trat. Der Cedob wurde ein Prüfungsamt angegliedert, zur Be- 17 Kontrolleure versehen die äußere Dienstüberwachung. Die 4 Eisenbahnbetriebsdirektionen nahmen ihre Tätigkeit auf, denen ihrerseits 452 Bahnhöfe, 23 Güterabfertigungen, 10 Bahnhofskassen, 2 Fahrkartenausgaben, 39 Haltepunkte, 27 Bahnbetriebswerke, 3 Bahnbetriebswagenwerke, 30 Bahnspektionen, 5 Hochbauinspektionen, 1 Stellwerksinspektion und 4 Oberbaustofflager unterstellt wurden. Die Neubauhämter Przemysl und Terespol zum Ausbau der Grenzbahnhöfe und das Vermessungsamt Krakau wurden der Cedob unmittelbar unterstellt, ebenso 5 Eisenbahnausbesserungswerke und die Signal- u. Telegraphenwerkstätte Krakau. Im EBD-Bezirk Radom wurde das Schmalspurbahnamt Jedrzejow eingerichtet. Es betreibt unter der Aufsicht der EBD Radom ein zusammenhängendes Schmalspurbahnnetz. Die Streckenlängen der Ostbahn betragen rund 4 000 km Normalspurbahnen und 1 000 km Schmalspur-

VIII.

Die Entwicklung des Verkehrswesens.

Die Ostbahn:

Der Beginn des Jahres 1949 sah die Ostbahn in
Aufbau ihrer Organisation. Es wurden eingerichtet
die Generaldirektion der Ostbahn mit 6 Abteilungen:
Gen (Finanz- und Rechtsabteilung, Personal- und
Verkehrsabteilung, Maschinenbautechnische Abteilung,
Betriebsabteilung, Bauabteilung, Werkstättenabteilung)
I (zu denen im Herbst die Sonderabteilung 2
zur Ausführung der besonderen Bauvorhaben trat.
Der Betrieb wurde ein Programmamt angegliedert,
17 Kontrollen versehen die äußere Dienstüberwa-
chung. Die 4 Kleinbahnbetriebsdirektionen nahmen
ihre Tätigkeit auf, denen überstellt 422 Bahnhöfe,
28 Güterabfertigungen, 10 Bahnhofsassen, 2 Fahr-
tenausgaben, 89 Haltepunkte, 27 Betriebswerke,
3 Bahnbetriebswagenwerke, 30 Bauingenieurkassen, 5 Hoch-
bauingenieurkassen, 1 Stellwerkabteilung und 4 Ober-
bauabteilungen unterstellt wurden. Die Hauptunter-
nehmen und Betriebe zum Ausbau der Grenzabschnitte
und des Vermögensamt Krasen wurden der Gebot unter-
stellt unterstellt, ebenso 5 Kleinbahnabschnitte
wurde und die Signal- u. Telegraphenwerkstätte Krasen.
Im HBD-Bereich Krasen wurde das Schmalspurbahnamt
Lehrerow eingerichtet. Es betreibt unter der Auf-
sicht der HBD Krasen ein zusammenhängendes Schmalspur-
bahnnetz. Die Streckenlänge der Ostbahn betragen
rund 4 000 km Normalspurbahnen und 1 000 km Schmalspur-

bahnen.

Am 1.1.1940 wurde der Binnentarif für den Personen-, Gepäck- und Frachtverkehr Personal: Der Personalstand entwickelte sich in Laufe des Jahres in folgender Weise

Tag	Reichsdeutsche	Volksd.	Nicht-deutsche
1.1.40	6962	2483	35 989
1.7.40	5870	1750	44 508
1.12.40	5757	1581	50 752

Das reichsdeutsche Personal ist abgeordnet. Zur Regelung der Dienst- und Lohnverhältnisse für die Volksdeutschen wurde die Dienstordnung A, für die Nichtdeutschen die Dienstordnung B erlassen. Neben dieser grundsätzlichen Lohnregelung wurden Rangierprämien und ein Prämienverfahren bei den EBD'en eingeführt. Zum Jahresschlusse wird noch eine durchschnittlich 13 %ige Lohnerhöhung durchgeführt.

Der Betreuung des reichsdeutschen Personals wurde besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Frage der Verpflegung insbesondere hat oft große Schwierigkeiten gemacht. Sie konnte mit Hilfe der Wehrmacht gelöst werden. Die Sozialversicherung der nicht-reichsdeutschen Bediensteten wurde geregelt und ein Bahnarztsystem für das gesamte Gebiet der Ostbahn errichtet.

Personal: Der Personalstand entwickelte sich
in Laufe des Jahres in folgender Weise

Tag	Reichsdeutsche	Volksd.	Nicht-deutsche
1.1.40	6922	8423	32 989
1.7.40	5870	1750	44 508
1.12.40	5757	1501	50 752

Das reichsdeutsche Personal ist abgerundet. Der He-
dienst der Dienst- und Lohnverhältnisse für die
Volksdeutschen wurde die Dienstordnung A, für die
Nichtdeutschen die Dienstordnung B erlassen. Neben
dieser grundsätzlichen Lohnregelung wurden Rangver-
größerungen und ein Lohnanhebungsbescheid bei den WED ein-
geführt. Das Lohnschieden wird noch eine durch-
schnittlich 15 Tage Lohnzahlung durchgeführt.
Der Betreuung des reichsdeutschen Personals wurde
besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Frage der
Vergütung insbesondere hat oft große Schwierig-
keiten gemacht. Die Kontakte mit Hilfe der Wehrmacht
gelöst werden. Die Sozialversicherung der nicht-
reichsdeutschen Bediensteten wurde geregelt und ein
Bezugsverhältnis für das gesamte Gebiet der Ostbahn
errichtet.

Verkehr: Am 1.1.1940 wurde der Binnentarif für den Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr auf der Ostbahn eingeführt. Am 26.1.1940 erging das Judenreiseverbot. Am 1. Juli wurden die Fahrpreise für den Binnenverkehr gesenkt und neu geordnet. Zum gleichen Zeitpunkt wurden im Binnenverkehr folgende Fahrpreismäßigungen eingeführt:

Januar 1940 16,7 " " 0,6 " " 18,3 " "

November 1940 16,7 " " 0,6 " " 17,3 " "

- a) Sonntagsrückfahrkarten für Reichs- und Volksdeutsche
- b) Urlaubskarten für Reichs- und Volksdeutsche
- c) für sportliche Wett- und Trainingskämpfe deutscher Sportgemeinschaften
- d) für die deutsche Jugend im Generalgouvernement
- e) für Kranke, die die allgemeine Volksgesundheit gefährden.

Neue Ausweise für den Ostbahnverkehr eingeführt und zwar für

Im Wechselverkehr mit dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren wurde am 1. Juli das Tarifheft II (Preistafeln) eingeführt. Hierdurch ist die durchgehende Abfertigung nach fast allen Bahnhöfen im Reich ermöglicht worden. Ab 6. Oktober wurde der durchgehende Personenverkehr, Reich - UdSSR über Ostbahnstrecken aufgenommen. Am 15. November traten die neuen Tarifbestimmungen für den Wechselverkehr mit verschiedenen Fahrpreismäßigungen in Kraft. In Krakau und Warschau wurden MHR-Ausgabestellen eingerichtet. Im Reich werden die deutschen Tarife angewandt. Die Vorarbeiten für die Schaffung

Verkehr: Am 1.1.1940 wurde der Binnentransit für den Personen-, Güter- und Expressverkehr nicht auf der Ostbahn eingestellt. Am 26.1.1940 erging das Zugverkehrsverbot. Am 1. Juli wurden die Fahrpreise für den Binnentransit erhöht und neu geordnet. Dem gleichen Zeitpunkt wurden im Binnentransit folgende Fahrpreisklassifikationen eingeführt:

- a) Sonntags- und Feiertagsfahrten für Reisende und Volkseisenbahn
- b) Urlaubsfahrten für Reisende und Volkseisenbahn
- c) Für sportliche Wett- und Trainingsfahrten der deutschen Sportgemeinschaften
- d) Für die deutsche Jugend im Generalgouvernement
- e) Für Kranke, die die allgemeine Volksgesundheit gefährden.

Im Wechselverkehr mit dem Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren wurde am 1. Juli das Tarifsystem II (Preisstufe) eingeführt. Hierdurch ist die durchgehende Abfertigung nach fast allen Bahnhöfen im Reich ermöglicht worden. Ab 6. Oktober wurde der durchgehende Personennverkehr, Reich - GUS, über Ostbahnstrecken aufgenommen. Am 15. November traten die neuen Tarifbestimmungen für den Wechselverkehr mit verschiedenen Fahrpreisklassifikationen in Kraft. In Krakau und Warschau wurden KKB-Angebote stellen eingerichtet.

eines neuen Gütertarifs Deutsche Reichsbahn -
Einnahmen:, sind in Gange. Für den Verkehr mit der

Monat	Pers.Verkehr	Gepäck- u. Expressgut- verkehr	Zusammen
Januar	10,5 Mill Zl.	0,5 Mill Zl.	11 Mill Zl.
Juli	17,7 " "	0,6 " "	18,3 " "
November	16,7 " "	0,6 " "	17,3 " "

Die Wagenstellung im Güterverkehr betrug:

Als erste Tarifunterlagen für den Güterverkehr wurde eine besondere vorläufige Gütereinteilung und ein besonderer Frachtsatzzeiger geschaffen. Im Juni wurde ein besonderer Entfernungszeiger für die Ostbahn erstellt.

Allein in der Zeit von 1.10. bis 15.12.1940 wurden neue Ausnahmetarife für den Binnenverkehr eingeführt und zwar für

- Ton, Erde, Sand, Kies, Grand
- Zuckerrübenschnitzel
- Düngemittel zum Düngen im Generalgouvernement
- Brennholz
- Steine zum Wegebau im Generalgouvernement
- Eisenerz
- Frische Kartoffeln zur Verwendung im Generalgouvernement
- Gasöl und Schwefelkies.

Im Wechselverkehr mit dem Reich werden die deutschen Tarife angewandt. Die Vorarbeiten für die Schaffung

Ergebnisse

Monat	Postenverkehr	Geldverkehr	Ergebnis
Januar	10,5	11,1	0,6
Februar	14,7	15,3	0,6
März	16,7	17,3	0,6

Als erste Tarifunterlagen für den Güterverkehr wurde eine besondere vorläufige Gütereinteilung und ein besonderer Frachttarif festgesetzt. Im Juni wurde ein besonderer Entgelttarif für die Ostbahn erstellt.

Neue Annahmetarife für den Eilgutverkehr wurden eingeführt und zwar für

- Ton, Erde, Sand, Kies, Geröl
- Zuckerzuckerrüben
- Düngemittel aus Kacken im Generalgouvernement
- Brennholz
- Steine aus Vologda im Generalgouvernement
- Kleinerer
- Russische Kartoffeln zur Verwendung im Generalgouvernement
- Gasöl und Schmelzstein

Im Wechselverkehr mit dem Reich werden die deutschen Tarife angewandt. Die Vorarbeiten für die Schaffung

eines neuen Gütertarifs Deutsche Reichsbahn - Ostbahn, sind im Gange. Für den Verkehr mit der UdSSR wurde zu Beginn des Jahres ein auf dem Provisorium aufgebauter direkter deutschsowjetischer Gütertarif erstellt. Dieser wurde auf Grund der inzwischen getroffenen Vereinbarungen am Ende des Jahres durch einen neuen Tarif ersetzt. Am 1.11.40 wurden die Ostbahnstrecken an das Internationale Übereinkommen über den Güterverkehr angeschlossen.

Hauptaufgabe war Beseitigung der Kriegsschäden. Die Wagenstellung im Güterverkehr betrug:

Am Beginn des Jahres 1940, wurde aber bald durch die strenge und lang anhaltende Kälte und die Schneeverwehungen eine Beeinträchtigung des Winterverkehrs eingeleitet. Dieser wurde wieder glatt ab bis zum Ende des Jahres.

Januar	17 730	Wagen
Juni	52 077	Wagen
November	86 862	Wagen

Allein in der Zeit vom 1.10. bis 15.12.1940 wurden gestellt für

den. Durch die plötzlich einsetzende starke Kälte ist der Verkehr mit Russland dringend geworden. Das Jahr 1940 ist ein Jahr der stärksten Drosselung des Güterverkehrs. Die schwierige Betriebslage aufweist.

Kartoffeln	18 365	Wagen
Getreide	11 028	Wagen
Rüben und Schnitzel	13 657	Wagen

Der Güterverkehr mit Rußland setzte am 19.12.39 mit dem ersten Getreidezug aus Rußland ein. Der erste Kohlenzug nach Rußland passierte am 25.3.40 die Interessengrenze. Es sind bisher befördert worden: aufgenommen. Neben den erheblichen Vorräts-

transporten wurden folgende Sonderleistungen durchgeführt:

im Eingang von Rußland	1 078 000 to
im Ausgabe nach Rußland	1 340 000 to

eines neuen Güterverkehrs Deutsche Reichsbahn -
 Ostbahn, sind im Gange. Für den Verkehr mit der
 USSR wurde zu Beginn des Jahres ein auf dem
 Provianten aufgebauter direkter deutsch-sowjet-
 scher Güterverkehr erstellt. Dieser wurde auf Grund
 der inzwischen getroffenen Vereinbarungen am
 Ende des Jahres durch einen neuen Tarif ersetzt.
 Am 1.11.40 wurden die Ostbahnstrecken an der In-
 ternationale Übereinkommen über den Güterverkehr
 angeschlossen.

Die Wagenabteilung im Güterverkehr betrug:

17 750	Wagen	Jänner
22 077	Wagen	Juni
26 825	Wagen	November

Allgemein in der Zeit vom 1.10. bis 15.12.1940 wur-
 den gestellt für

18 365	Wagen	Karlsruhe
11 028	Wagen	Stettin
13 657	Wagen	Elben und Schiffahrt

Der Güterverkehr mit Holland setzte am 15.12.39
 mit dem ersten Gefährdung aus Holland ein. Der
 erste Kohlenzug nach Holland passierte am 25.1.
 40 die Interessengrenze. Es sind bisher befördert
 worden:

1 078 000 to	im Richtung von Holland
1 340 000 to	in Ausgabe nach Holland

1.) Umsiedlung der Polynesian- und Galisien-
deutschen 124 000 Personen mit 24 000
Im Binnenverkehr der Ostbahn wurden in der Zeit
vom Januar bis Oktober 5,3 Millionen Tonnen be-
fördert und im Wechselverkehr mit der Reichsbahn
in derselben Zeit: 40 000 Personen

4.) Der zweite Teilplan (V. Teil) 68 000 Pers.
im Versand: 1,2 Mill. to
5.) im Empfang: 9,0 " to
im Durchgang: 1,9 " to

Betrieb: Hauptaufgabe war Beseitigung der Kriegs-
schäden und Verbesserungen. Die Betriebsanlage
war zu Beginn des Jahres flüssig, wurde aber bald
durch die strenge und lang anhaltende Kälte und
die Schneeverwehungen schwierig. Nach Beendigung
des Winters wickelte sich der Verkehr wieder glatt
ab bis zum Einsetzen der gewaltigen Transportlei-
stungen für das Otto-Programm und die Wehrmacht.
Den Kohlentransporten war eine mindere Wichtig-
keit als den Baustofftransporten zugesprochen wor-
den. Durch die plötzlich einsetzende starke Kälte
ist die Versorgung mit Kohle besonders dringend
geworden, sodaß das Jahresende trotz stärkster Drosse-
lung des Personenverkehrs eine äußerst schwierige
Betriebslage aufweist.

Der Reisezugfahrplan wurde verdichtet und insbe-
sondere die Verbindungen nach dem Reich verbessert.
Der elektrische Vorortverkehr in Warschau wurde
wieder aufgenommen. Neben den erheblichen Wehrmachts-
transporten wurden folgende Sonderleistungen durch-
geführt:

Im Rinnungsverkehr der Ostbahn wurden in der Zeit
von Januar bis Oktober 2,5 Millionen Tonnen be-
fördert und im Wechselverkehr mit der Reichsbahn
in derselben Zeit:

in Versand:	1,2 Mill. to
in Empfang:	2,0 " to
in Durchgang:	1,9 " to

Betrieb: Hauptaufgabe war Beseitigung der Kriega-
schäden und Verbesserung. Die Betriebsanlage
war zu Beginn des Jahres fähig, wurde aber bald
durch die strengen und lang andauernden Kälte und
die Schneeverwehungen sehr beeinträchtigt. Nach Beseitigung
des Winters wies die sich der Verkehr wieder glatte
ab als zum Winter der gewöhnlichen Transport-
leistungen für das Otto-Programm und die Wirtschaft.
Den Kohlentransporten war eine andere Wichtig-
keit als den Bausstofftransporten zugesprochen wor-
den. Wegen der gütlichen einsetzenden starken Kälte
ist die Versorgung mit Kohle besonders dringend
geworden, wobei das Jahresende trotz starker Prose-
lung des Personalverkehrs eine äußerst schwierige
Betriebslage aufweist.

Der Eisenbahnplan wurde verändert und insbe-
sondere die Verbindungen nach dem Reich verbessert.
Der elektrische Vorortverkehr in Potsdam wurde
wieder aufgenommen. Neben den erheblichen Wehrmacht-
transporten wurden folgende Sonderleistungen durch-
geführt:

- 1.) Umsiedlung der Wolhynien- und Galizien-
deutschen 124 000 Personen mit 24 000
Pferden und 13 000 Wagen.
- 2.) der erste Nahplan der Umsiedlung von
Polen und Juden 90 000 Personen
- 3.) der Zwischenplan 40 000 Personen
- 4.) der zweite Nahplan (I. Teil) 65 000 Pers.
- 5.) Umsiedlung der Weißrussen und Ukrainer
nach UdSSR 13 300 Personen
- 6.) Flüchtlingsaustausch 66600 Personen
- 7.) Arbeitertransporte 210 000 Landarbeiter
11 000 Industriearbeiter
- 8.) Nordbuchenland-Umsiedlung 44 476 Personen
- 9.) Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem Ge-
biet San - Weichsel 59 098 Personen
- 10.) Polenumsiedlung aus dem Warthegau
36 500 Personen
- 11.) Polenumsiedlung aus Ostoberschlesien
10 500 Personen
- 12.) Sonstige Sonderzüge (Feldarbeiter, Flücht-
linge, Zwangsarbeiter) 33 000 Personen
- 13.) Urlaubszüge Weihnachten/Neujahr 1940/41
22 000 Personen

Dem Betriebsmaschinendienst standen zu Beginn des Jah-
res 1 309 Dampflokomotiven zur Verfügung. Dieser Bestand
erhöhte sich bis zum Ende des Jahres auf 1 470 Lokomo-
tiven, unter denen sich 45 Altreiche- und 133 französi-
sche Lokomotiven befanden. Dazu kamen noch 6 elektrische
Lokomotiven, 63 elektrische Triebwagen für den Warschauer

Wird umfasst: 1,5 Mill. von ...
1000 von 8000 u. Militärwagen, 350 km Gleisanlagen,
Kilometer von 2,100 Weicheneinheiten. Der Schotterbedarf
wurde ...

Vorortverkehr und 8 Verbrennungstriebwagen. Der Fahrzeugpark der Schmalspurbahnen beträgt am Jahresschluß 79 Dampflok, 62 Personenwagen, 28 Gepäck- und Postwagen, 1213 Güterwagen und 2 Triebwagen. Aus der Aufteilung mit der Reichsbahn hat die Ostbahn 2 680 Reisezugwagen bekommen. Die Aufteilung der Güterwagen hat noch nicht stattgefunden.

Bauwesen: Neben der Beseitigung der Kriegsschäden war die Hauptaufgabe die Errichtung der beiden Umladebahnhöfe Zurawica Nord (bei Przemysl) und Malaszewice (bei Terespol). Beide Bahnhöfe sind bereits in Betrieb genommen, werden aber noch weiter ausgebaut. Auch der Bahnhof Zagnansk wurde ausgebaut.

In der planmäßigen Bahnunterhaltung wurden 70 km Strecken verstärkt, 15 km umgebaut und 60 Weichen ausgewechselt. 4 Oberbaustofflager wurden nach deutschem Muster errichtet. Es wurden weitere 58 zerstörte Brücken und der Tunnel bei Zegiestow wieder hergestellt.

Die besonderen Bauaufgaben des Otto-Programms machten den Einsatz einer besonderen Abteilung S bei der Generaldirektion der Ostbahn erforderlich. Die Arbeiten sind im Gange. Das gesamte Bauvorhaben wird umfassen: 1,8 Mill. cbm Erdbewegung, Herstellung von 8000 m Militärrampen, 360 km Gleisausbau, Einbau von 2,100 Weicheneinheiten. Der Schotterbedarf schlesien weiterhin gedeckt werden soll. Die Fahrzeugindustrie wurde betreut. Ein erheblicher

Vorortverkehr und 6 Verbrennungsmotoren. Der
Fahrzeugpark der Schmalspurbahnen beträgt an
Jahresschluss 79 Dampflok, 62 Personenzüge, 28
Gepäck- und Postwagen, 1213 Güterwagen und 2
Triebwagen. Aus der Aufteilung mit der Reichsbahn
hat die Ostbahn 2 630 Reisezugwagen bekommen. Die
Aufteilung der Güterwagen hat noch nicht stattge-
funden.

Bauwesen: Neben der Beseitigung der Kriegsschäden
war die Hauptaufgabe die Erhaltung der beiden
Unschadhaften Eisenbahn Nord (bei Trier) und
Kaiserslautern (bei Trier). Beide Bahnhöfe sind
bereits in Betrieb genommen, werden aber noch
weiter ausgebaut. Auch der Bahnhof Trierbach wurde
ausgebaut.

In der planmäßigen Bahnunterhaltung wurden 70 km
Strecken verbessert, 15 km umgebaut und 60 km
ausgewechselt. 4 Oberbauabteilungen wurden nach
deutschem Muster errichtet. Es wurden weitere 58
zerstörte Brücken und der Tunnel bei Ebstorf
wieder hergestellt.

Die besonderen Bauaufgaben des Otto-Programms nach-
ten den Wünschen einer besonderen Abteilung 3 bei
der Generaldirektion der Ostbahn erforderlich. Die
Arbeiten sind im Gange. Das gesamte Bauwesen
wird zwischen 1,8 Mill. öst. Kr. Bewegung, Fersol-
lung von 2000 in Kilitrungen, 300 in Glasanbau,
Hinzu von 2,100 Weichenheiten. Der Schotterbedarf

beträgt 480 000 cbm, der Bedarf an Schwellen 600 000 cbm. (8 %) der im gesamten Reich angelieferten Güterwagen stammt aus den Wer-

ken des Generalgouvernements.
Werkstättenwesen: Von den 7 im Generalgouvernement vorhandenen Ausbesserungswerken wurden 5 Werke in Betrieb genommen und zur Erfüllung der gesamten Werkstättenaufgaben ausgebaut und umgestaltet. Die Gesamtzahl der im Werkstättendienst beschäftigten Bediensteten stieg von 4 727 am Anfang des Jahres auf 8 991 am Ende des Jahres. Die Zahl der Reichsdeutschen in der Leitung der Werke ging von 310 auf 194 zurück, so daß in den 5 Werken im Mittel, 2,1 % Reichsdeutsche den gesamten Werkbetrieb leiteten. Die Leistungen in der Fahrzeugausbesserung stiegen von Monat zu Monat beträchtlich. Im ganzen Jahr wurden ausbessert: 690 Lokomotiven, 2 170 Personenwagen und 16 420 Güterwagen. Für den Ausbau der Werke wurde ein Dreijahresplan aufgestellt, nach dessen Vollendung die Werke voll nach deutschem Arbeitsverfahren arbeiten können. Der Stoffdienst in den Werken wurde neu geordnet und für ausreichende Vorratsbestände für die Fahrzeugerhaltung wurde gesorgt. Im Laufe des Jahres 1940 wurde die Reichsbahn noch für Aushilfe in der Lokomotivausbesserung herangezogen, während bei der Güterwagenausbesserung bereits Aufträge aus dem Reich in beträchtlichem Umfange übernommen werden konnten. Aushilfe aus dem Reich wird 1941 nur noch in ganz seltenen Fällen nötig sein, während die Hilfe in der Güterwagenausbesserung mit Rücksicht auf die große Verkehrsteigerung in Oberschlesien weiterhin geleistet werden soll. Die Fahrzeugbauindustrie wurde betreut. Ein erheblicher

betragt 480 000 ebn, der Bedarf an Schwellen
600 000 ebn.
Verkehrswesen: Von den 7 im Generalgouverne-
ment vorhandenen Anbahnungswerken wurden 5
Werke in Betrieb genommen und zur Erhaltung der
gesamten Verkehrsanlagen eingesetzt und un-
gestaltet. Die Gesamtzahl der im Verkehr
dienst beschafften Bediensteten stieg von
4 727 am Anfang des Jahres auf 8 921 am Ende des
Jahres. Die Zahl der Reichsbahnen in der Lei-
tung der Linie von 310 auf 194 zurück, so
daß in den 5 Werken im Mittel, 2,1 Reichsbahnen
den gesamten Verkehrsfahrplan leiteten. Die Leistungen
in der Fahrzeugunterhaltung stiegen von Monat zu
Monat beträchtlich. Im ganzen Jahr wurden unge-
fähr: 690 Lokomotiven, 2 170 Personenzüge und
16 430 Güterzüge. Nur den Ausbau der Werke wurde
ein Zeitplan aufgestellt, nach dessen Voll-
endung die Werke voll nach deutschen Arbeitsver-
fahren arbeiten können. Der Stoffbedarf in den Wer-
ken wurde neu geordnet und für ausreichende Vorräte
bestimmt für die Fahrzeughaltung wurde gesorgt.
Im Laufe des Jahres 1940 wurde die Reichsbahn noch
für Anhalte in der Lokomotivunterhaltung herangezogen,
während bei der Güterwagenunterhaltung bereits Auf-
träge aus dem Reich in beträchtlicher Menge über-
nommen werden konnten. Anhalte aus dem Reich wird
1941 nur noch in ganz seltenen Fällen nötig sein.
Während die Hilfe in der Güterwagenunterhaltung mit
Erkenntnis auf die große Verkehrsteigerung in Ober-
schlesien weiterhin geleistet werden soll. Die Fahr-
zeugunterhaltung wurde betreut. Ein erheblicher

Prozentsatz (8 %) der im gesamten Reich angelieferten Güterwagen stammt aus den Werken des Generalgouvernements.

Der Aufbau des Post- und Fernmeldewesens war in die Vereinsabrechnung (laufende Abrechnungen mit der Reichsbahn und anderen fremden Bahnen) wurde aufgebaut. Das Dienstes nach reichs-
der Reichsbahn. Dabei sind berücksichtigt
Die voraussichtlichen Einnahmen 1940.
betrugen: für die Zukunft, 489 000 000 Zloty
und für die während der Zeit der Kriegsführung von
Ausgaben einschl. der notwendigen Rücklagen und Rückstellungen für noch nicht erfüllte Verpflichtungen
569 000 000 Zloty
und 1940 mit Polen besetzte Gebiete
bilanzmäßiger Fehlbetr. ca. 80 000 000 Zloty
Die Liquidität der Ostbahn bleibt jedoch ge-
wahrt. Das der früheren PKP gehörige Vermögen
ist erfasst worden. Als vorläufiges Ergebnis
sind 2 633 000 000 Zloty Neuherstellungswert
und 1 053 000 000 Zloty Zeitwert festgestellt
worden. Die Feststellungen der sonstigen Akti-
ven und Passiven aus der Zeit der PKP sind
noch im Gange. Der Umfang des Dienstes ist er-
heblich. Im Oktober wurden außer dem Feldpost-
sendungen rund 15 000 000 Briefsendungen aufgelie-
fert. Die Verkehrssteigerung betrug auch im letzten

Prozentante (8 1/2) der im gesamten Reich
angelegten Gitterungen stammt aus den Ver-
ken des Generalgouvernements.

Die Veranschlagung (laufende Abrechnungen)
mit der Reichsbank und anderen fremden Banken)
wurde aufgestellt.

Die voranschätzlichen Einnahmen 1940.

betrugen: 489 000 000 Reichsmark

Ausgaben einschli. der notwendigen
Einklagen und Einnahmestellen für noch
nicht erteilte Vergütungen

269 000 000 Reichsmark

Wahrscheinlicher Reinertrag. ca. 22 000 000 Reichsmark

Die Identität der Güter bleibt jedoch ge-

wahrt. Das der früheren RVP gehörige Vermögen

ist erfüllt worden. Als vorläufiges Ergebnis

sind 2 631 000 Reichsmark Reinertrag

und 1 029 000 Reichsmark Reinertrag festgesetzt

worden. Die Reinerträge der sonstigen Akti-

ven und Passiven aus der Zeit der RVP sind

noch im Gange.

Die RVP ist eine selbständige Einheit ge-
blieben. Die RVP ist in der Reichsbank
Reichsbank und die RVP Reinertrag ist
Reinertrag Reinertrag Reinertrag. Die RVP
Reinertrag Reinertrag Reinertrag. Die RVP

Die Deutsche Post Osten.

Der Aufbau des Post- und Fernmeldewesens war im Rohbau etwa am 30. Juni 1940 beendet. Seit dieser Zeit steht die Arbeit im Zeichen der Bemühung um den Ausbau des Dienstes nach reichsdeutschem Muster. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Dienst zu 85 % mit polnischen Kräften, auch für die Zukunft, geführt werden muß; nur die führenden Stellungen dürfen von reichsdeutschen Beamten eingenommen werden. Am 30. November 1940 waren 1349 Postanstalten eingerichtet, davon 130 Postämter und Zweigpostämter, die mit deutschen Beamten besetzt sind und 1049 mit Polen besetzte Postanstalten. 2 Fernsprechämter, 6 Verstärkerämter, 20 Werkstätten für Kraftfahrdienst und 1 Postscheckamt dienen weiterhin dem Post- und Fernsprechdienst. Die Organisation der Deutschen Post Osten in den Mittelbehörden ist der allgemeinen Verwaltung angegliedert.

Postdienst: Der Postdienst im Generalgouvernement entspricht schon jetzt zu 85 % dem der Deutschen Reichspost. Der Umfang des Dienstes ist erheblich. Im Oktober wurden außer den Feldpostsendungen rund 19 000 000 Briefsendungen aufgefertigt. Die Verkehrsteigerung betrug auch im letzten

Die Deutsche Post Osten.

Der Aufbau der Post- und Fernmeldewesen war im Herbst 1945 im wesentlichen beendet. Seit dieser Zeit steht die Arbeit im Osten der Deutschen Post unter dem Einfluß des allgemeinen Wiederaufbaus. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Dienst an 25 % mit polnischen Kräften, auch für die Zukunft, geteilt werden muß; nur die führenden Stellen dürfen von reichsdeutschen Beamten eingenommen werden. Im 30. November 1945 waren 1349 Poststellen ein-gerichtet, davon 133 Postämter und 1216 Poststellen, die mit deutschen Beamten besetzt sind und 1049 mit Polen besetzte Poststellen. 2 Fernsprechämter, 6 Fernsprechkabinen, 20 Fern-sprechkabinen für Kraftfahrzeuge und 1 Postschleife sind ebenso wie in der Post- und Fernsprechanstalt, die Organisation der Deutschen Post Osten in den Mittelgebieten der allgemeinen Verwal-tung angegliedert.

Postämter: Der Postdienst im Generalgouverne-ment entspricht schon jetzt an 25 % dem der Post-schleife. Der Umfang des Dienstes ist er-heblich. Im Oktober wurden außer den Post-ämtern rund 19 000 Briefsendungen entlie-fernt. Die Verkehrsleistung betrug auch im letzten

Postverkehrsleistungen: Nach den aus vorübergehenden Vierteljahr noch 25 %. Im Monat Oktober wurden rund 250 000 Pakete den Empfängern zugestellt. Hier ist die Steigerung in einen Vierteljahr 69 %. Z.B. hat der Paketverkehr in der Stadt Warschau den zu polnischen Zeiten erheblich überflügelt. 176 Bahnposten sind erforderlich, um die Postbeförderung durchzuführen. Dabei werden 1 125 000 Achskilometer im Monat gefahren. Rund 450 Kraftfahrzeuge sind eingesetzt. 30 Kraftfahrlinien legen täglich eine Strecke von 1500 km zurück und befördern im Monat etwa 100 000 Personen. Die Entwicklung des Postzahlungsverkehrs zeigt die gleiche steigende Kurve wie die des Postdienstes. So ist z.B. der Betrag der Zahlungsanweisungen innerhalb des Generalgouvernements von 20,6 Millionen im April auf 73,1 Millionen im Oktober gestiegen. Noch schneller hat sich der bargeldlose Zahlungsverkehr innerhalb des Generalgouvernements entwickelt, während der Überweisungsverkehr mit dem Reich durch die Devisenvorschriften wesentlich behindert wird. Die Gesamtzahl der Postscheckkonteninhaber hat sich von Februar bis zum November verzehnfacht und beträgt heute 3655. Das Postscheckgut haben ist von 3,9 Millionen im Februar auf rund 52 Millionen im November gestiegen. Die Vorarbeiten für die Einrichtung der Postsparkasse lassen eine Aufnahme des Postsparkassendienstes für den Anfang des nächsten Jahres zu. Postfernverkehr: Die erste Fernkabelstrecke von 250 km soll bis

Postwertzeichen: Nach den zum vorübergehenden Gebrauch bestimmten Überdruckmarken wurde am 5. August die endgültige Postwertzeichenausgabe des Generalgouvernements herausgebracht. Sondermarken zum einjährigen Bestehen des Generalgouvernements und solche zu Gunsten des Kriegshilfswerks und des Winterhilfswerks sind herausgegeben worden.

Posten sind zur Zeit rund 14 000 Kräfte beschaff-
Fernmeldedienst: Der schon im früheren Polen verhältnismäßig starke T e l e g r a p h e n - v e r k e h r wächst vierteljährlich um etwa 25 %. Er hat schon rund 70 % des früheren polnischen Verkehrs erreicht. Zur Zeit werden im Generalgouvernement rund 70 000 Telegramme im Monat aufgeliefert, im April waren es nur 35 000. Im F e r n s p r e c h d i e n s t sind 750 Vermittlungsstellen eingerichtet. 42 000 Fernsprechteilnehmer im Generalgouvernement führen rund 7 000 000 Ortsgespräche monatlich und sprechen damit um etwa 40 % mehr als im Deutschen Reich. Die Zahl der Ferngespräche liegt bei 700 000 im Monat. Sie hat im letzten Vierteljahr bei den abgehenden Gesprächen eine Steigerung von 80 % erfahren. Auch hier ist schon, trotz der Ausschaltung der Juden, 3/4 des Anfalles zur polnischen Zeit erreicht. Das F e r n s p r e c h n e t z ist bereits wieder zu 90 % des früheren polnischen Netzes ausgebaut. Rund 70 000 km Gesamtleitungslänge steht zur Verfügung. Das von der Deutschen Post Osten übernommene unbedeutende Fernkabelnetz von 250 km soll bis

Postverhältnisse: Nach den zum vorübergehenden
Gebrauch bestimmten Übernahmestellen wurde am
5. August die endgültige Postverhältnisse-
gabe des Generalgouvernements herausgegeben.
Sonderkarten zum einjährigen Bestehen des Gene-
ralgouvernements sind jedoch zu Gunsten des
Kriegsministeriums und des Wirtschafts-
ministeriums herausgegeben worden.
Telegraphische: Der schon im früheren Jahre
verwirklichte starke Ausbau des telegraphischen
Netzes ist während der letzten Monate in etwa
25 % der bisher schon vorhandenen telegraphischen
Verbindungen erfolgt. Zur Zeit werden im
Generalgouvernement rund 70 000 Telegramme im
Monat entgegengenommen, im April waren es nur 35 000.
Im Fernverkehr sind 45 000 Fern-
Verbindungen eingeleitet, 45 000 Fern-
sprechverbindungen im Generalgouvernement führen
rund 7 000 000 Ortsangehörige monatlich und spre-
chen damit zu etwa 40 % mehr als im Deutschen
Reich. Die Zahl der Ferngespräche liegt bei
700 000 im Monat. Sie hat im letzten Viertel-
jahr bei den abgehenden Gesprächen eine Steige-
rung von 50 % erfahren. Auch hier ist schon
trotz der Anschaffung der neuen, 3/4 des Ab-
falls zur polnischen Zeit erreicht. Der Fern-
verkehr hat sich wieder um 50 %
den früheren polnischen Zustand annähert. Rund
70 000 im Gesamtumfang steht zur Verfü-
gung. Das von der Deutschen Post Osten übernommene
unbedeutende Fernnetz von 250 km soll die

zum 1.4.1941 um 775 km vermehrt werden. Die Arbeiten dazu sind im Gange. Der Ausbau bedingt den Neubau und die Erweiterung von 15 Verstärkerstationen. Im Generalgouvernement sind 3 Rundfunksender in Betrieb: Krakau, Warschau II und Weichsel. Der Gesundheitszustand ist nicht auffällig.

Personalwesen: Im Bereich der Deutschen Post Ostern sind zur Zeit rund 14 000 Kräfte beschäftigt. Davon sind 2300 Beamte der Deutschen Reichspost, 700 sonstige deutsche Kräfte, rund 11 000 ukrainische und polnische Bedienstete. Schon im Oktober wurde eine Dienstpostenbewertung und Personalbemessung nach den Richtlinien der Deutschen Reichspost für die Reichspostbeamten vorgenommen. Diese hat ergeben, daß die Zahl der reichsdeutschen Beamten sich nicht wesentlich mehr ändern wird. Es fehlt jedoch erheblich an leitenden Beamten. So sind Stellen für 106 Postamtänner bewertet worden, während bisher nur 8 zur Verfügung gestellt werden konnten. Ähnlich liegt es bei den höheren Beamten und bei sämtlichen Gruppen der gehobenen mittleren Laufbahn. Eine Verbesserung der Personalszusammensetzung stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Das einheimische Personal vermehrt sich in jedem Monat um rund 1000 Köpfe. Der voraussichtlich normale Personalbestand wird ungefähr bei 16 bis 18 000 Kräften liegen. Bemühungen, die soziale Lage des einheimischen Personals zu ver-

am 1.4.1941 um 775 im versetzt worden. Die
Arbeiten dann sind im Gange. Der Ausbau
bedingt den Ausbau und die Erweiterung von
12 Versteckstellen. Im Versteckversteck
sind 3 Versteckstellen im Bereich Krimm,
Versteck II und Versteck III.
Personalwesen: Im Bereich der Deutschen Post
Guten sind zur Zeit rund 14 000 Kräfte beschit-
tigt. Davon sind 2500 Beamte der Deutschen
Postpost, 700 sonstige Deutsche Kräfte, rund
11 000 Wehrmacht und Wehrmacht Bedienstete.
Bis zum 1. Oktober wurde eine Personalstelle-
verteilung und Personalabrechnung nach dem Richt-
linien der Deutschen Postpost für die Deutsche
Postpost vorgenommen. Diese hat ergeben,
dass die Zahl der wehrmacht Bediensteten sich
nicht wesentlich mehr ändern wird. Es fehlt
jedoch erheblich an wehrmacht Bediensteten. So sind
etwa 100 Postbeamten bewertet worden,
während bisher nur 8 zur Verfügung gestellt wor-
den konnten. Ähnlich liegt es bei den höheren
Beamten und bei ähnlichen Gruppen der Deutschen
Postpost. Eine Verbesserung der Personal-
zusammensetzung steht auf erhebliche Schwierig-
keiten. Den einheitlichen Personal versetzt sich
in jedem Monat um rund 1000 Kräfte. Der voran-
schätzliche normale Personalbestand wird ungefähr
bei 16 bis 18 000 Kräfte liegen. Bewährungs, die
soziale Lage des einheitlichen Personals zu ver-
bessern. Die soziale Lage des Personal ist
wesentlich verbessert von 250 bis 300 bis

bessern, hatten in der Form Erfolg, daß sowohl Bekleidungsstücke als auch zusätzliche Verpflegung zu einem beträchtlichen, wenn auch noch nicht ausreichenden Teil, beschafft werden konnten. Im Unterstützungswege wurde ebenfalls versucht, die Lage zu verbessern. Der Gesundheitszustand ist nicht auffällig.

Haushaltswesen: Die Entwicklung der Einnahmen ist günstig. Die Gesamteinnahmen betragen bis 30. November 50 Millionen Zloty, 8 1/2 Millionen mehr als veranschlagt. Auch in diesen Zahlen kommt die über Erwarten schnelle Entwicklung in allen Zweigen des Post- und Fernmeldedienstes zum Ausdruck. Die günstige Entwicklung der Einnahmen kann jedoch einen wesentlichen Zuschuß nicht verhindern, da die Ausgaben zur Schaffung von Anlagewerten, insbesondere auf dem Gebiete des Fernmelde- und Kraftpostwesens, sehr hoch sein müssen, um die Bedürfnisse der deutschen Verwaltung auch einigermaßen befriedigen zu können. Ein wesentlicher Geldbedarf wird für die Errichtung von Postgebäuden und Wohnungen für die reichsdeutsche Gefolgschaft entstehen, da die vorhandenen Bauten in keiner Weise auch nur den bescheidensten deutschen Ansprüchen genügen.

Der Kraftfahrzeugbestand im Generalgouvernement von einer kaum bemerkenswerten Zahl zu Beginn des letzten Jahres auf etwa 6000 gegen Jahresende angewachsen war. Bei der Kreis- und Stadtkommunalverwaltung errichtete Straßen-

bessern, hatten in der Form Erfolg, das sowohl
Bekleidungsstücke als auch ausstehende Ver-
pflanzung zu einem beträchtlichen, wenn auch noch
nicht ausreißenden Teil, beschafft werden konn-
ten. In letzterem Maße wurde ebenfalls ver-
sucht, die Lage zu verbessern. Der Gesundheits-
zustand ist nicht zufrieden.

Wirtschaftsplan: Die Entwicklung der Einnahmen ist
günstig. Die Gesamteinnahmen betragen die 30. Ho-
vorher 50 Millionen Reich, 8 1/2 Millionen mehr
als veranschlagt. Auch in dieser Folge kommt die
über letzten noch eine Entwicklung in allen Zweigen
des Post- und Fernverkehrsbedeutendes zum Ausdruck. Die
günstige Entwicklung der Einnahmen kann jedoch et-
was wesentlichen Rücksicht nicht verhindern, da die
Ausgaben zur Deckung von Anlagekosten, insbeson-
dere auf dem Gebiete des Fernverkehrs- und Kraftpost-
wesens, sehr hoch sein werden, um die Bedürfnisse
der deutschen Verwaltung auch einigermaßen befrie-
digen zu können. Ein wesentlicher Goldbedarf wird
für die Erhaltung von Postgebäuden und Wohnungen
für die reichsweite Gefolgschaft entstehen, da
die vorhandenen Bestände in keiner Weise auch nur
den beschleunigten deutschen Ansprüchen genügen.

Die Entwicklung des Straßenverkehrs.

Die Organisation, Beaufsichtigung und Lenkung des Straßenverkehrs im Generalgouvernement wurde im Anfang der Aufbauarbeit nicht von der jetzt eingesetzten Zentralstelle aus aufgebaut und wahrgenommen. Während infolgedessen zunächst wichtige und dringende Fragen der einschlägigen Gesetzgebung sowie die Beschaffung und der Einsatz von Kraftfahrzeugen von anderen Abteilungen als Nebenarbeit mitbehandelt wurden, ist Mitte Mai des vergangenen Jahres auf Anordnung des Generalgouverneurs eine einheitliche Organisation zur Regelung aller mit dem öffentlichen Straßenverkehr zusammenhängenden Fragen geschaffen worden. Die Führerschein-Erteilung für das Gebiet des Generalgouvernements einheitlich geregelt worden. Trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Aufbauzeit sind eine Reihe von grundsätzlichen Fragen praktisch gelöst worden. Die Lösung aller übrigen wichtigen Fragen ist durch umfangreiche Vorarbeiten für die nahe Zukunft sichergestellt. Als vorrangigste Aufgabe war die Regelung der Zulassung von Kraftfahrzeugen und Personen zum Straßenverkehr zu erledigen, nachdem der Kraftfahrzeugbestand im Generalgouvernement von einer kaum nennenswerten Zahl zu Beginn des letzten Jahres auf etwa 6000 gegen Jahreschluß angewachsen war. Bei den Kreis- und Stadthauptmännern errichtete Straßen-

in der nächsten Zeit bevorsteht.

Die Entwicklung des Straßenverkehrs.

Die Organisation, Beaufsichtigung und Lenkung des Straßenverkehrs im Generalgouvernement wurde im Anfang der Aufbaumphase nicht von der jetzt eingerichteten Zentralstelle aus erlassen und wahrgenommen. Während infolgedessen zunächst wichtige und dringende Fragen der einschlägigen Gesetzgebung sowie die Beschaffung und der Einsatz von Kraftfahrzeugen von anderen Abteilungen als Nebensache mitbehandelt wurden, ist Mitte Mai des vergangenen Jahres auf Anordnung des Generalgouverneurs eine einheitliche Organisation zur Regelung aller mit dem öffentlichen Straßenverkehr zusammenhängenden Fragen geschaffen worden.

Trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Aufbaumzeit sind eine Reihe von grundsätzlichen Fragen praktisch gelöst worden. Die Lösung aller übrigen wichtigen Fragen ist durch umfangreiche Vorarbeiten für die nahe Zukunft sichergestellt. Als vorrangigste Aufgabe war die Regelung der Zulassung von Kraftfahrzeugen und Personen zum Straßenverkehr zu erledigen, nachdem der Kraftfahrzeugbestand im Generalgouvernement von einer kaum neu zu bewertenden Zahl zu Beginn des letzten Jahres auf etwa 6000 gegen Jahresanfang angewachsen war. Bei den Krafte- und Straßenfahrzeugen erstellte Straßen-

verkehrsämter haben die Zulassung sämtlicher Kraftfahrzeuge im Generalgouvernement unter Aufsicht der Zentralinstanz durchgeführt und sämtliche Fahrzeuge für eine Zentral-Sammelkartei erfaßt. Die endgültige Besetzung der Straßenverkehrsämter mit geeigneten besonders geschulten Personen ist durch Entgegenkommen der Korpsführung des NSKK. sichergestellt. Mit dem Steigen des Kraftfahrzeugbestandes wurde der Mangel an Kraftfahrzeugführern immer fühlbarer. Zur Sicherstellung einer einwandfreien Prüfung der Fahrschüler auf ihre persönliche und praktische Eignung ist in der Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr und die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern die Führerschein-Erteilung für das Gebiet des Generalgouvernements einheitlich geregelt worden. Eine weitere Verordnung hat die Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr in einer Prüfstelle für das Generalgouvernement unter Leitung der Zentralinstanz zusammengefaßt. Mit der Erteilung von Führerscheinen, die auch im deutschen Reich Gültigkeit haben, ist begonnen.

Der Erlaß einer Straßenverkehrsordnung ist durch umfangreiche Vorarbeiten soweit gefördert, daß ihre Herausgabe durch den höheren SS.- und Polizeiführer im Generalgouvernement in der nächsten Zeit bevorsteht.

Verkehrsmittel haben die Erlaubnis sämtlicher
ober Kraftfahrzeuge im Generalgouvernement
unter Aufsicht der Zentralinspektion durchge-
führt und sämtliche Fahrzeuge für eine Ein-
trag-Nummernausstellung erstellt. Die endgültige Be-
setzung der Straßenverkehrsmitel mit Ge-
nossen besonderer genehmigten Personen ist
durch Eingekommen der Korporation des
KRM, nicht genehmigt. Mit dem Beginn der
Kraftfahrzeugebestände wurde der Mangel an
Kraftfahrzeugführern immer größer. Der
Abwehrstellung einer einseitigen Prüfung
der Führer auf ihre persönlichen und
praktischen Eignung ist in der Verordnung über
die Erlaubnis von Personen zum Straßenverkehr
und die Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
die Führerschein-Erteilung für das Gebiet des
Generalgouvernements einheitlich geregelt wor-
den. Eine weitere Verordnung hat die Sachver-
ständigen für den Kraftfahrverkehr in
einer Prüfung für das Generalgouvernement
unter Leitung der Zentralinspektion zusammenge-
stellt. Mit der Erteilung von Führerscheinen,
die auch in deutschen Reichsmitteln haben,
ist begonnen.

Der Inhalt einer Straßenverkehrsverordnung ist
durch entsprechende Vorarbeiten bereits festge-
legt, das ihre Herausgabe durch den höchsten
SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement
in der nächsten Zeit bevorsteht.

Zur einheitlichen Regelung der Einfuhr und des Handels mit Kraftfahrzeugen ist der Erwerb von gebrauchten und neuen Kraftfahrzeugen aller Art durch Verordnung genehmigungspflichtig gemacht worden. Angesichts der besonderen kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse ist ein straff gelenktes Bezugsscheinverfahren eingeführt. Die Bezugsscheine werden nach sorgfältiger Prüfung ihrer dringenden Berechtigung durch die Zentralbehörde über die zuständigen Reichsbehörden beim Reichsverkehrsministerium geleitet und von dort entsprechend den dem Reich zur Verfügung stehenden Rohstoff-Kontingenten ausgegeben. Bedauerlicherweise ist infolge der kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse auch der gerechtfertigte Bedarf an neuen Kraftfahrzeugen wesentlich höher als die bisherige Zuteilung. Infolgedessen war unter größtmöglicher Beschränkung aller persönlichen Wünsche eine Lenkung des Einsatzes von Fahrzeugen aller Art unter Beschränkung auf außergewöhnliche Staats- und Wirtschaftsaufgaben unbedingt erforderlich.

Die Personenbeförderung ist im engen Benehmen mit der Ostbahn und der Deutschen Post Osten gesetzlich geregelt worden, wobei dem Überhandnehmen von Omnibuslinien unter privatem Betrieb zugesteuert wurde.

Nur einseitigen Regelung der Wirtschaft und
des Handels mit Kriegsmaterialien ist der Er-
werb von Gegenständen und neuen Kriegsmateri-
alien aller Art durch Vererbung, Anschaffung,
Pflichtig gemacht worden. Angehörige der be-
sonders kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse
ist ein streng gelinktes Besondereinverleib-
en angeordnet. Die Besondereinverleibung
nach sorgfältiger Prüfung ihrer dringenden
Berechtigung durch die Kontrollbehörde über
die zuständigen Reichsbehörden beim Reichs-
verwaltungsamt geleistet und von dort ent-
sprechend dem dem Reich zur Verfügung stehenden
Rohstoff-Kontingenten anzuweisen. Bedauerlicher-
weise ist infolge der kriegswirtschaftlichen
Bedürfnisse auch der geschäftliche Bedarf
an neuen Kriegsmaterialien wesentlich höher als
die bisherige Forderung. Infolgedessen war unter
größtmöglicher Beschonung aller geschäftlichen
Wünsche eine Lenkung des Minus aus den Fabriken
aller Art unter Beachtung der anderweitigen
Staats- und Wirtschaftsaufgaben unbedingt erfor-
derlich.

Die Personalverwaltung ist im engen Zusammen-
hang mit der Götter und der Deutschen Post Götter ge-
stellt. Götter sind, wobei dem Überwachungs-
man von Götterlinien unter privaten Betrieb zuge-
ordnet wurde.

Besonders wichtige Vorarbeiten sind mit dem Ziele der Streckung der Treibstoffdecke im Gange. Im Einvernehmen mit der Abteilung Forsten sollen Holztankstellen für holzgasgeneratorgetriebene Fahrzeuge errichtet werden.

Die ersten deutschen Schulen sind im Dezember 1940 in Warschau eröffnet worden. Damit hat die Zentralstelle für die Lenkung des Straßenverkehrs im Wesentlichen in der kurzen Zeit ihres Bestehens alle verkehrswichtigen Fragen gelöst. Einen ungeahnten Aufschwung des Straßenverkehrs wird allerdings erst die Rückkehr normaler durch die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft nicht mehr behinderter Zeiten bringen können. Für diese Zeit ist die Regierung des Generalgouvernements auch auf dem Gebiete des Straßenverkehrs gerüstet. In Warschau befinden sich 12 deutsche Volksschulen mit 1 1/2 Millionen Schülern und über 20 000 Lehrern umfassend wieder aufgebaut.

Für Ukrainer sind 630 Schulen mit über 90 000 Schülern eingerichtet. Bei der Erziehungsarbeit ist engste Verbindung mit der Hitlerjugend hergestellt.

Während außer den Volksschulen für die polnische Bevölkerung lediglich das Berufs- und Fachschulwesen und insbesondere das landwirtschaftliche Schulwesen wieder aufgebaut wurde, galt eine be-

Besondere wichtige Vorarbeiten sind mit dem Ziele der Streckung der Freileitung desche im Gange. Im Zusammenhang mit der Abstellung Vorarbeiten sollen Holzkantenteile für Holz-gegenübergestellten Fahrzeuge einrichtet werden.

Demnach hat die Kantenteile für die Lenkung des Straßenverkehrs im wesentlichen in der kurzen Zeit ihres Bestehens alle verkehrswichtigen Fragen gelöst. Ihnen ungenügenden Ausführung des Straßenverkehrs wird allerdings erst die Rückkehr normaler durch die Bedürfnisse der Wirtschaftlichkeit nicht mehr bedingter Zeiten bringen können. Für diese Zeit ist die Regelung des Generalverkehrs auch auf den Gebiete des Straßenverkehrs gestärkt.

Die Regelung des Generalverkehrs ist im ersten Stadium mit dem Ziel und dem Bestehen von zwei Haupt-richtungen zu sehen, wobei der Generalverkehr von den Hauptwegen aus zu den Nebenwegen führt. Die Regelung des Generalverkehrs ist im ersten Stadium mit dem Ziel und dem Bestehen von zwei Haupt-richtungen zu sehen, wobei der Generalverkehr von den Hauptwegen aus zu den Nebenwegen führt.

Die weitere Entwicklung auf kulturellem Gebiet.

1. Schulwesen.

Die ersten deutschen Schulen sind im Dezember 1939 in Warschau und Mitte Januar 1940 in Krakau feierlich eröffnet worden. Bereits Mitte März ist die Oberschule für Jungen in Zakopane, in Verbindung mit dem erstklassig geführten Schülerheim, in Betrieb genommen worden. Heute stehen nach Ablauf eines Jahres etwa 250 deutsche Schulen mit 13 000 deutschen Schülern und 350 deutschen Lehrern.

Durch den Krieg fast gänzlich zerfallen war das polnische Schulwesen. Es ist heute mit etwa 7 200 polnischen Volksschulen und 1 1/2 Millionen Kindern und über 20 000 Lehrern umfassend wieder aufgebaut.

Für Ukrainer sind 830 Schulen mit über 90 000 Schülern eingerichtet. Bei der Erziehungsarbeit ist engste Verbindung mit der Hitlerjugend hergestellt.

Während außer den Volksschulen für die polnische Bevölkerung lediglich das Berufs- und Fachschulwesen und insbesondere das landwirtschaftliche Schulwesen wieder aufgebaut wurde, galt eine be-

Die weitere Entwicklung auf kulturellem Gebiet.

1. Schulwesen.

Die ersten deutschen Schulen sind im Dezember 1939 im Warschau und Mitte Januar 1940 in Krakau förmlich eröffnet worden. Bereits Mitte März ist die Oberschule für Jungen in Łódź in Verbindung mit dem erstklassig geführten Schullehrer in Betrieb genommen worden. Heute stehen nach Ablauf eines Jahres etwa 250 deutsche Schulen mit 13 000 deutschen Schülern und 350 deutschen Lehrern.

Durch den Krieg fast gänzlich zerstört war das polnische Schulwesen. Es ist heute mit etwa 7 500 polnischen Volksschulen und $1\frac{1}{2}$ Millionen Kindern und über 20 000 Lehrern umfassend wieder aufgebaut.

Für Ukrainer sind 850 Schulen mit über 90 000 Schülern eingerichtet. Bei der Erziehungsgarantie ist engste Verbindung mit der Hitlerjugend hergestellt.

Während außer den Volksschulen für die polnische Bevölkerung lediglich das Berufs- und Fachschulwesen und insbesondere das landwirtschaftliche Schulwesen wieder aufgebaut wurde, galt eine be-

sondere Sorge der Entwicklung der deutschen höheren Schulen. Die grundsätzliche Forderung, daß für die Kinder jeder deutschen Familie, die ins Generalgouvernement übersiedelt, eine passende höhere Schule bereit steht, ist durchgeführt. Daneben ist auch das höhere Schulwesen der Ukrainer stark gefördert und aufgebaut worden, die heute in Jaroslau und Chelm Vollgymnasien besitzen.

Die Hochschulen sind geschlossen. Trotzdem ist in mühevoller Arbeit eine Sicherstellung der bestehenden Hochschuleinrichtungen, insbesondere der Forschungs-Institute und der wissenschaftlichen Bibliotheken, durchgeführt. Deutsche Volksbüchereien sowie eine Zentralstelle für Film und Bild haben am Ende des verflossenen Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen.

2. Die kulturelle Betreuung der Deutschen im Generalgouvernement.

In weniger als einem Jahr ist das führende Organ der Deutschen, die Krakauer und Warschauer Zeitung, zu einem weithin bekannten Presseorgan geworden, da es den Vergleich mit führenden Blättern des Reiches nicht zu scheuen braucht. Die Überwachung aller Druck-

sondere Sorge der Entwicklung der deutschen höheren Schulen. Die grundsätzliche Forderung, daß für die Kinder jeder deutschen Familie, die im Generalgouvernement wohnen, eine passende höhere Schule bereit steht, ist durchgesetzt. Daneben ist auch das höhere Schulleben der Ukrainer stark gefördert und ausgebaut worden, die heute in Jaroslaw und Orlow Vollgymnasien besitzen.

Die Hochschulen sind geschlossen. Trotzdem ist in mühevoller Arbeit eine Sicherstellung der bestehenden Hochschuleinrichtungen, insbesondere der Forschungs-Institute und der wissenschaftlichen Bibliotheken, durchgesetzt. Deutsche Volkshochschulen sowie eine Kontrollstelle für Film und Bild haben am Ende des vergangenen Jahres ihre Tätigkeit aufgenommen.

2. Die kulturelle Betreuung der Deutschen im Generalgouvernement.

In weniger als einem Jahr ist das kulturelle Leben der Deutschen, die Kraker und Warssauer, zu einem weithin bekannten Presseorgan geworden, da es den Vergleich mit kulturellen Blättern des Reiches nicht zu scheuen braucht. Die Übersetzung aller Druck-

erzeugnisse steht. Außerdem sind ein Pressearchiv und eine Bildstelle ins Leben gerufen, an deren Ausbau weiter gearbeitet wird. Die propagandistische Erfassung der Volksdeutschen ist in umfangreichem Einsatz aufgenommen worden, sie wird laufend geführt und erweitert, in engstem Einvernehmen mit der NSDAP. Arbeitsbereich Generalgouvernement.

Auf dem Gebiete des Rundfunks war infolge Beschlagnahme aller Rundfunkgeräte im Generalgouvernement und des Fehlens von Sendemöglichkeiten die Arbeitsmöglichkeit im Anfang gering. Zunächst wurden nach glücklichen Verhandlungen mit dem Reich über die Sender Krakau und Warschau den Deutschen die Reichssendungen zugänglich gemacht. Zur Übermittlung von örtlichen Nachrichten und Mitteilungen wurden in allen Distrikten stationäre Lautsprecheranlagen geschaffen, die sich außerordentlich bewährt haben.

Das Bedürfnis nach guten Filmvorführungen war nach Beendigung des polnischen Feldzuges, besonders bei der Truppe, außerordentlich groß. Die neu gegründete Treuhandstelle für das Filmtheaterwesen hat zerstörte Theater wieder spielfähig gemacht, Apparaturen aus dem Reich herangezogen und ebenso Filme beschafft. Heute sind mindestens 100 ortsfeste Lichtspielhäuser in Betrieb. Darüber hinaus bieten eingesetzte fahrbare Apparaturen den Deutschen auch in den Orten, wo keine Lichtspieltheater sind, Filmvorführungen.

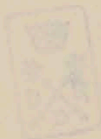
erzogen wurde steht. Außerdem sind ein Prozess-
archiv und eine Bildstelle ins Leben gerufen,
an deren Ausbau weiter gearbeitet wird. Die
propagandistische Erziehung der Volkswirtschaften
ist im umfangreichen Rhythmus aufgenommen wor-
den, als wird laufend geführt und erweitert. In
engsten Zusammenhänge mit der WEIMAR Arbeitsbe-
reich Generalgouvernement.

Auf dem Gebiete des Kunstwerks war infolge Be-
schlagnahme aller Kunstwerke in Generalgou-
vernement und des Fehlens von Bandenmöglichkei-
ten die Arbeitsmöglichkeit im Anfang gering. Zu-
nächst wurden nach glücklichen Verhandlungen mit
dem Reich über die Sender Kräfte und Wachen
den Deutschen die Reichsanstalten zugänglich ge-
macht. Zur Übermittlung von örtlichen Nachrichten
sind nach Mitteln gesucht worden in allen Distrikten
stationäre Lautsprecheranlagen geschaffen, die
sich außerordentlich bewährt haben.

Der Bedürfnis nach guten Filmvorführungen war
nach Beendigung des polnischen Feldzuges, beson-
ders bei der Truppe, außerordentlich groß. Die
neu gegründete Filmhandelsstelle für das Filmthea-
terwesen hat erstellte Theater wieder regelmäßig
gesucht, Apparaturen aus dem Reich herangezogen
und ebenso Filme beschafft. Heute sind mindestens
100 erstellte Lichtspieltheater im Betrieb. Dar-
über hinaus bieten eingestellte fähige Appara-
te von den Deutschen auch in den Orten, wo keine
Lichtspieltheater sind, Filmvorführungen.

Einen ungeahnten Aufschwung hat das Theater- und Musikleben genommen. Mit größtem Einsatz an sachlichen und persönlichen Mitteln wurden in Warschau und Krakau deutsche Theater geschaffen, von denen auch in häufigen Gastspielreisen die in der Provinz tätigen Deutschen bespielt werden. Das Krakauer Theater, ein stattlicher Bau aus der Zeit der österreichischen Herrschaft, hat nach gründlicher Erneuerung am 1. September seine Pforten geöffnet, und ist nach kurzer Zeit zu einer Bühne geworden, die sich mit Recht neben guten Bühnen des Reichs sehen lassen kann.

Neben zahlreichen Gastspielreisen führender deutscher Musiker ist die Philharmonie des Generalgouvernements aufgebaut worden. Unter Einsatz der besten polnischen Musiker und der Oberleitung hervorragender deutscher Kräfte hat sie bereits in der kurzen Zeit ihres Bestehens Aufführungen herausgebracht, die im Reich großen Widerhall gefunden haben.



Einem ungeahnten Aufschwung hat das Theater-
und Musikleben genommen. Mit grösstem Eifer
an sachlichen und persönlichen Mitteln wer-
den in Warschau und Krakau deutsche Theater-
gesellschaften, von denen auch in hiesigen Gast-
spielstätten die in der Provinz tätigen deut-
schen besetzt werden. Das Krakauer Theater,
ein staatlicher Bau aus der Zeit der österreichi-
schen Herrschaft, hat nach gründlicher Erneue-
rung am 1. September seine Pforten geöffnet,
und ist nach kurzer Zeit zu einer Bühne gewor-
den, die sich mit Recht neben guten Bühnen des
Reichs sehen lassen kann.

Neben zahlreichen Gastspielreisen während
deutscher Winters ist die Philharmonie des
Generalgouvernements aufgebaut worden. Unter
der Leitung des besten polnischen Musikers und der
Oberleitung hervorragender deutscher Künstler
hat sie bereits in der kurzen Zeit ihres Be-
stehens Auftritte hervorgerufen, die in
Reich grossen Eifer hervorgebracht haben.



